# Albert Schäffle

## und die geistigen Grundlagen des Kabinetts Hohenwart

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des Doktorgrades
genehmigt von
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Berlin

Von

Dr. iur. RUDOLF GEORG BLAUM

aus Bremen

Tag der Promotion: 9. Juli 1940

Tag der Prüfung: 30. Nov. 1939

1940

P 26

Berichterstatter: Prof. Dr. W. Schüßler

Prof. Dr. W. Elze

Dissertationsdruck A. Preilipper, Hamburg 11, Admiralitätsstr. 16, Ruf: 36 50 89.

## Literaturverzeichnis


*R. Charmatz:* Minister Freiherr von Bruck, Leipzig 1916.

*K. v. Czörnig:* Österreichs Neugestaltung 1848—1858. Stuttgart und Augsburg 1858.

*Eugen Franz:* Der Entscheidungskampf um die wirtschaftspolitische Führung Deutschlands (1856—1867). München 1933.

*W. Lang:* „Schäffle" in Biographisches Jahrbuch, 1903, S. 106 ff.

*Ernst Müller:* Stiftsköpfe, Heilbronn 1938.

*Herm. Oncken:* Historisch-politische Aufsätze und Reden, Band I, S. 147 ff. („Ein großdeutscher Politiker: A. Schäffle"), München-Berlin 1914.

*Alb. Schäffle:* Die Nationalökonomie oder allgemeine Wirtschaftslehre, Leipzig 1861.

— Über die ethische Seite der national-ökonomischen Lehre vom Werte, Tübingen 1862.

— Die Theorie der ausschließenden Absatzverhältnisse, Tübingen 1867.

— Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft, 2. Aufl., Tübingen 1867.

— Kapitalismus und Sozialismus, Tübingen 1870.

— Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft, 3. Aufl., 2 Bände, Tübingen 1873.

— Bau und Leben des sozialen Körpers, 1. Band, 1. Aufl., Tübingen 1875. 2. Band, 1. Aufl., Tübingen 1878. 3. Band, 1. Aufl., (= Neubearbeitung von Kapitalismus und Sozialismus) Tübingen 1878. 4. Band, Neue Ausgabe ( = Enzyklopädie der Staatslehre) Tübingen 1881.

— Die Grundsätze der Steuerpolitik, Tübingen 1880.

— Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie, Tübingen 1885.

— Gesammelte Aufsätze, 2 Bände, Tübingen 1885/86.

— Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ohne Ausnahmegesetz, Tübingen 1890.

— Deutsche Kern- und Zeitfragen, Berlin 1894.

— Deutsche Kern- und Zeitfragen, Neue Folge, Berlin 1895.

— Aus meinem Leben, 2 Bände, Berlin 1905.

— Soziologie, Tübingen 1906.

— Aufsätze in der Deutschen Vierteljahrschrift (DVS) und in der Tübinger Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften (TZ); Titel, Jahrgang und Seitenzahl sind im jeweiligen Zitat angegeben.

*W. Schüßler:* Das Verfassungsproblem im Habsburger Reich, Stuttgart-Berlin 1918.

*Othmar Spann:* „Albert Schäffle als Soziologe" in Tübinger Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften (TZ), Jahrgang 60, S. 209 ff.

*J. Wertheimer:* Andrassy, 1. Band, Stuttgart 1910.

*A. O. Zeithammer:* Zur Geschichte der böhmischen Ausgleichsversuche, 2 Bände, Prag 1912/13.

# INHALTSVERZEICHNIS


Seite

Vorwort . . . . . 7

Einführung . . . . . 9

Herkunft, Jugend und Bildung . . . . . 15

Werden und Reifen der Persönlichkeit . . . . . 31

Exkurse . . . . . 79

# VORWORT

Die vorliegende Arbeit stellt ein erstes und in sich abgerundetes Ergebnis von Untersuchungen dar, deren Ziel es war, die inneren Triebkräfte des 1871 von der österreichischen Regierung Hohenwart versuchten „Böhmischen Ausgleiches" herauszuarbeiten. Das Ziel, die geistigen Hintergründe dieses Unternehmens aufzuhellen, führte zu einer immer eingehenderen Beschäftigung mit der Persönlichkeit Albert Schäffles, der die entscheidende Schlüsselstellung in dem sich ergebendenden Fragenbereiche einnimmt. Das Fesselnde und Schillernde seines vielseitigen Wesens, dazu die Fülle des über ihn vorhandenen Materials ließen bis zu einem gewissen Grade eine Lebensbeschreibung dieses eigenartigen Mannes entstehen. In reichem Maße erfüllte sich hierbei die Hoffnung, in Schäffles Werdegang alle wesentlichen geistigen Grundlagen des Kabinetts Hohenwart und damit des böhmischen Ausgleichsversuches zu finden. Auch im übrigen ist die Herausstellung dieser Persönlichkeit in ihrer gesamten Erscheinung vielleicht nicht ganz ohne Interesse für die Erkenntnis der deutschen Geistesgeschichte im 19. Jahrhundert.

Die folgende Untersuchung reicht bis zum Jahre 1860. Die Hauptmomente für den gesamten inneren Werdegang Schäffles sind in ihr wohl berücksichtigt. Die Arbeit wäre in dieser Form nicht möglich gewesen, wenn nicht auch für die Zeitspanne von 1860 bis 1871, für das Verhältnis Schäffles zu den anderen geistigen und politischen Trägern des Kabinetts Hohenwart und endlich für seine spätere geistige Entwicklung das gesamte Material vom Verfasser durchgearbeitet gewesen wäre. Anlage und Durchführung des Ganzen standen ihm stets vor Augen. Auch konnten die Forschungen des Verfassers im Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien, im württembergischen Hauptstaatsarchiv, Stuttgart, und im Archiv des württembergischen Kultusministeriums, ebenda, für die vorliegende Arbeit bereits zu einem erheblichen Teile verwertet werden. Unter den literarischen Erzeugnissen Schäffles sind, außer sämtlichen Büchern, ebenfalls alle größeren in Zeitschriften erschienenen Aufsätze, soweit sich solche auch nur an irgend einer Stelle erwähnt fanden, benutzt worden. Angesichts der Reichhaltigkeit dieses Materials und bei der auf die große Linie der inneren Entwicklung Schäffles gerichteten Tendenz der Arbeit glaubte der Verfasser auf eine Durchforschung der Zeitungen, für die Schäffle gearbeitet hat, verzichten zu dürfen. Abgesehen davon,

daß diese journalistischen Tagesarbeiten für die Erkenntnis der eigentümlichen Geistigkeit des Politikers Schäffle kaum Neues geboten haben würden, wäre auch die Ermittlung der Autorschaft in den meisten Fällen recht schwierig gewesen. Schon für mehrere, zum Teil bedeutende Zeitschriften-Aufsätze Schäffles konnte die Urheberschaft erst nach längerem Forschen in der zeitgenössischen Publizistik mit Sicherheit festgestellt werden.

Entbehrt auch der Gesamtplan noch der Vollendung, so möge doch gleichwohl auch im Vorliegenden das Wollen und Bemühen des Verfassers sich voll erkennen lassen.

## Einführung

Am 29. Oktober 1870 gab der Kaiser Franz Joseph dem Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien, Albert Schäffle, den Auftrag, gemeinsam mit dem Statthalter für Oberösterreich, Graf Carl Hohenwart, eine Regierung zu bilden. Die vornehmste Aufgabe dieses Kabinetts sollte es sein, die Tschechen, die seit dem 22. 8. 1868 dem Reichsrat, der Gesamtvertretung aller diesseits der Leitha liegenden, nicht zur ungarischen Krone gehörigen Länder Österreichs, aus Obstruktion fern geblieben waren, wieder zu versöhnen und zur positiven Mitarbeit im Staate zu gewinnen. Denn die Tschechen und mit ihnen gemeinsam seit dem Sommer 1870 der böhmische Hochadel erkannten die Verfassung des Zisleithanischen Österreich vom Dezember 1867 und damit auch den in jener Verfassung vorgesehenen Reichsrat nicht an, da diese Bildungen das Ergebnis des ohne ihr Einverständnis zustandegekommenen Ausgleichs von 1867 zwischen der Krone und den Magyaren waren, und da sie zugleich die Herrschaft der Deutschen, vertreten in der liberalen Verfassungspartei, auch weiterhin für Zisleithanien aufrecht zu erhalten schienen.

Durch jenen Ausgleich wurden für die Magyaren alle Länder der Stephanskrone zu einem Staate zusammengefaßt, der mit den verbleibenden Ländern des Kaiserstaates Österreich nur in Heer und Außenpolitik dauernd verbunden war, im übrigen aber volle staatsrechtliche Unabhängigkeit besaß. Diese dualistische Reichsverfassung war freilich für die Deutschen Österreichs, die bis 1866 dank der Verbindung mit Deutschland für die ganze Monarchie den Vorrang behauptet hatten, nur annehmbar, wenn sie ihnen wenigstens in den zisleithanischen Ländern die Herrschaft beließ. So sahen denn die Tschechen und der mit ihnen verbundene böhmische Feudaladel im ungarischen Ausgleich einen tödlichen Schlag für ihre Hoffnungen auf die Wiederherstellung der seit der Schlacht am Weißen Berge und seit den Verwaltungsreformen Maria Theresias dahingeschwundenen Eigenbedeutung des Königsreichs Böhmen. Sie erkannten den nach der Dezemberverfassung von 1867 im Sinne des ungarischen Ausgleichs gebildeten Reichsrat nicht an und weigerten sich, an den Wahlen für das zisleithanische Parlament teilzunehmen.

Das am 18. 2. 1871 ernannte Kabinett Hohenwart-Schäffle versuchte nun, sie von dieser Obstruktionspolitik abzubringen, indem es ihnen die Möglichkeit bot, für das Königreich Böhmen annähernd die gleiche staat-

liche Sonderstellung in der Gesamtmonarchie zu erringen, wie sie dem Königreich Ungarn vier Jahre vorher zugewiesen war. Während Bismarck im französischen Kriege eben eine neue staatliche Einheit für den überwiegenden Teil der Deutschen geschaffen hatte, unternahm im Gegensatz hierzu jene Regierung in dem aus Deutschland ausgestoßenen Österreich den schwersten aller Angriffe auf das innere Gefüge des seit 1749 geschaffenen und in der Verfassung vom Dezember 1867 aufs neue verankerten deutsch-österreichisch-böhmischen Einheitsstaates, der der Kern Zisleithaniens war. Jenes Gebilde sollte jetzt durch einen „böhmischen Ausgleich" wieder in seine einzelnen Kronländer aufgelöst werden. Es handelte sich also nicht um einen Ausgleich, der unmittelbar zwischen den Deutschen und Tschechen in Böhmen selbst vorgenommen wurde. Vielmehr unternahm es die vom Vertrauen der Krone getragene Wiener Zentralregierung Hohenwert-Schäffle, in Zusammenarbeit mit dem böhmischen klerikalen Hochadel und den ihm folgenden Tschechen, im Kampf gegen den Zentralismus der deutschen Verfassungspartei das verfassungsrechtliche Verhältnis des Kronlandes Böhmen zu dem zisleithanischen Einheitsstaat und zur Gesamtmonarchie im Sinne der Landesautonomie umzugestalten.

Der gleichzeitige Versuch einer gesetzlichen Regelung der nationalen Probleme in Böhmen zeigt aber, wie sehr in diesen staatsrechtlichen Kämpfen des Kronlandes auch das schicksalhafte Verhältnis der böhmischen Völker untereinander betroffen war. Bedeutete doch die in der verfassungsrechtlichen Neuordnung geplante Überweisung von Gerichtshoheit und Strafgesetzgebung, Presse-, Versammlungs- und Vereinswesen von der Kompetenz des Reichsrats an den böhmischen Landtag für die Deutsch-Böhmen gegenüber dem bereits siegreich vordringenden Slaventum eine schwere Gefahr. Die Zentralregierung selbst empfand es daher als notwendig, durch ein Nationalitätengesetz für Böhmen im Landtag nationale Kurien zu schaffen, die sich gegenseitig nicht überstimmen konnten. Durch ihre Einrichtung sollte einer Majorisierung der Minderheit in Fragen von völkischem Belang vorgebeugt werden.

Mit einem dreifachen Widerstand mußte das Kabinett Hohenwart-Schäffle sich auseinandersetzen, und jene Mächte sollten sich denn auch tatsächlich in ihrer Vereinigung als unüberwindlich erweisen. Die Deutschen Österreichs, soweit sie nicht im klerikalen oder feudalen Lager standen, kämpften für das Werk Maria Theresias, da ihnen allein der deutsch-österreichisch-böhmische Einheitsstaat eine Sicherung für die deutsche Minderheit in den Ländern der Wenzelskrone gegenüber der tschechischen Mehrheit zu gewähren schien. Für sie war der Reichsrat die einheitlich umfassende Quelle des Rechts, bei der notfalls die Völker vor einer Unterdrückung in den Landtagen der Kronländer Schutz suchen sollten, und die daher eine hinreichende Machtvollkommenheit besitzen mußte. Zudem war ihre Herrschaft eben erst durch den ungarischen Ausgleich endgültig auf Zisleithanien beschränkt, und selbst hier hatten sie den Polen 1869 die Autonomie Galiziens zugestehen müssen. Um so zäher verteidigten sie jetzt die letzten Machtstellungen, die sie noch besaßen, vor allem da, wo sie in ihrer völkischen Existenz am unmittelbarsten bedroht waren, gegenüber den Tschechen.

Hierbei fanden sie nun einen mächtigen Verbündeten in den Magyaren unter Führung Julius Andrassys, der den Sinn der Verfassung von 1867 als eines Reichsteilungspaktes zwischen Deutschen und Magyaren durch den geplanten „böhmischen Ausgleich" gefährdet sah und daher die Aktion des Kabinetts Hohenwart-Schäffle bekämpfte. Denn jene wahre Bedeutung des Dualismus war für die Magyaren, solange sie überhaupt dem Reichsverbande angehörten und angehören wollten, auf Grund ihres natürlichen Spannungsverhältnisses zum Slaventum eine Lebensfrage. Mußte doch jede verfassungsrechtliche Umgestaltung Zisleithaniens, die den Slaven größere Macht in die Hände gab, auf die slavischen und sonstigen nichtmagyarischen Völker jenseits der Leitha zurückwirken und damit den Bau des „Magyarischen Nationalstaates" erschüttern[1].

Der dritte Gegner der Aktion Hohenwart-Schäffle war Bismarck, der wegen der notwendigen Erhaltung des Habsburger-Reiches ein diesem Staate innerlich verbundenes Deutsch-Österreichertum wünschte. Sein Verzicht auf die großdeutsche Lösung war nur durchführbar, wenn die politische Lage der Deutschen in Österreich derart war, daß sie nicht sehnsüchtig über die Grenzen ins neue Deutsche Reich zu schauen brauchten. Eben diese Gefahr aber wurde durch den böhmischen Ausgleichsversuch von 1871 zum ersten Male und gleich in ihrem ganzen Umfange hervorgerufen.

Wenn man so die Gedankengänge der Gegner des „böhmischen Ausgleichs" überschaut, erhebt sich von selbst die Frage, welches eigentlich die letzten politischen Ziele des Kabinetts Hohenwart-Schäffle gewesen sind, ob und gegebenenfalls welche positiven Ideen es erfüllt haben. Denn hinter diesem groß angelegten Versuch einer staatsrechtlichen Umgestaltung Österreichs müssen doch über das bloße Machtspiel politischer Kräfte hinaus geistige Energien gestanden haben, die die Entstehung des Kabinetts, insbesondere die Gewinnung der Person des schon so oft enttäuschten Kaisers, ebenso wie die Taten des Ministeriums erst voll verständlich machen.

Wir sind wohl über das äußere Zustandekommen, die Tätigkeit und den Sturz der Regierung Hohenwart-Schäffle durch die Lebenserinnerun-

---

[1] In dem entscheidenden Ministerrat vom 20. 10. 1871, der den Sturz des Kabinetts Hohenwart vorbereitete, lassen zwei Äußerungen Andrassys seine grundsätzliche Haltung gut erkennen. (Zit. nach dem Sitzungsprotokoll; die letztere der beiden Äußerungen ist wörtlich übereinstimmend, wenn auch ohne Quellenangabe, bei Wertheimer, Andrassy, I, 596, wiedergegeben): „Seiner Auffassung nach wirke jede Veränderung des bestehenden Staatsrechts auf beide Teile der Monarchie, deren dualistische Gestaltung füglich nur so verstanden werden könne, daß beide Regierungen nach den bestehenden Fundamentalgesetzen unabhängig voneinander regieren und administrieren, daß aber jede Veränderung von maßgebenden obersten Grundsätzen nur im beiderseitigen Einvernehmen geschehen könne". Was Andrassy hier unter rechtlich verhüllenden Gesichtspunkten geltend macht, wird in seiner politischen Bedeutung an einer späteren Stelle sichtbar, wo er über die Gefahren des böhmischen Ausgleiches spricht: „Das Slawisch-Deutsch (i. S. eines Gegensatzes, — d. Verf.) werde sich in den sicher eintretenden Konsequenzen immer mehr entwickeln, weil die Böhmen die Suprematie nicht werden behaupten können, sondern über die Leitha hinübergreifen werden, wo sich dann das Slawisch-Deutsch in einer für die Krone (d. h. in Wahrheit für die Magyaren — d. Verf.) sehr unerwünschten Form geltend machen würde".

gen Schäffles und die Biographie Julius Wertheimers über Andrassy hinreichend unterrichtet. Des weiteren hat Anton Ottokar Zeithammer in seiner Geschichte der böhmischen Ausgleichsversuche den Ablauf der Ereignisse von der tschechischen Seite her dargestellt. Die Frage nach einer positiven Staatsidee als Hintergrund des ganzen Geschehens ist aber bisher weder gestellt noch untersucht worden. Dabei erscheint die Aufgabe, nach den geistigen Grundlagen des Kabinetts Hohenwart-Schäffle zu forschen, nur zu berechtigt.

Denn einmal handelt es sich hier überhaupt um den letzten Versuch, der während der Regierungszeit Franz Josephs unternommen wurde, das östereichische Staatsproblem durch eine grundlegende verfassungsrechtliche Neugestaltung zu lösen. Nach der böhmischen Krise von 1871 ist bis zum Untergang des Kaiserstaates der Bau der dualistischen Reichsverfassung und der zentralistischen Dezember-Verfassung weder von der Krone noch von dem zisleithanischen Österreich her je ernstlich erschüttert worden. Zum anderen gehört die Aktion Hohenwart-Schäffle in die lange Reihe der Bemühungen des alten Österreich, durch einen Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Tschechen und der Macht der Deutschen die ersteren mit dem habsburgischen Staate innerlich zu verbinden. Bis zum Weltkrieg hin ist fast jede Regierung Zisleithaniens über die tschechische Frage gestürzt, d. h. über das Problem, wie das Verhältnis der Tschechen einerseits zu den mit ihnen gemeinsam in Böhmen, Mähren und Schlesien lebenden Deutschen und andererseits zu der Gesamtheit des österreichischen Deutschtums gestaltet werden sollte. Unter allen Lösungsversuchen nehmen die Bemühungen der Regierung Hohenwart-Schäffle an allgemeiner Bedeutung den ersten Rang ein. Sie sind am gründlichsten vorbereitet und der Verwirklichung am nächsten gewesen, sie kommen den Tschechen am meisten entgegen und haben allein auch die auswärtigen Verhältnisse, ja die gesamte politische Struktur Mitteleuropas in erhebliche Unruhe zu setzen vermocht, kurz: in ihnen ist das „Böhmische Problem" als Schicksalsfrage für Deutschtum und Tschechentum auf das klarste in seiner vielfältigen nationalen und sozialen Verflochtenheit bis hinauf zu seiner gesamteuropäischen Bedeutung sichtbar geworden, gleichsam als wollte die Geschichte selbst an einem Lehrbeispiel diesen ganzen Problemkreis aufzeigen.

So untersucht man denn in vielem noch heute und gerade heute lebendige geschichtliche Fragen Mitteleuropas, wenn man den geistigen Hintergründen des böhmischen Ausgleichsversuches von 1871 nachgeht. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die Persönlichkeit Albert Schäffles, des Handelsministers im Kabinett Hohenwart. Denn dieser war die eigentlich treibende, geistige Kraft eines politischen Unternehmens, für das Graf Hohenwart seine Erfahrungen als Verwaltungsbeamter, seinen Namen und seinen Parteianhang zur Verfügung stellte.

Erst Schäffle vermochte es, den Kaiser, der gegenüber dem deutschen Zentralismus schwankend geworden war, durch das positive Programm seiner „österreichischen Staatsgrundsätze" endgültig zu gewinnen, so daß Franz Joseph schon in der zweiten Audienz ihm mit den Worten: „Ich kann nicht länger gegen meine Völker lügen" den Auftrag zur Kabinetts-

bildung gab[2]. Schäffle war es daher auch, der in den „böhmischen Fundamentalartikeln" den Ausgleich mit den Führern des böhmischen Hochadels und den Vertretern des tschechischen Volkes zustande brachte. Er war, wie Zeithammer — ein hervorragender Vertrauensmann der Alttschechen und Teilnehmer der Verhandlungen in Böhmen — sagt, „zunächst das treibende Element in der ganzen Transaktion"[3]. Dementsprechend bat er auch bei dem beginnenden Zusammenbruch des Unternehmens als der am meisten Exponierte vor allen anderen Mitgliedern des Kabinetts selbständig um seine Entlassung.

So legen schon die rein äußeren Tatsachen es nahe, dem Wesen dieses Mannes nachzuspüren, um dadurch den Schlüssel für ein tieferes Verständnis des deutsch-tschechischen Ausgleichsversuches von 1871 zu finden. Von der Person Schäffles aus wird sich dann in Beantwortung eines weiteren Fragenkreises auch die notwendige Abgrenzung gegenüber den beiden anderen Hauptbeteiligten jenes Unternehmens, Franz Joseph und Hohenwart, ebenso wie gegenüber den übrigen Regierungsmitgliedern vornehmen lassen. Auf diese Weise wird ein Überblick über die Gesamtheit der zusammenströmenden Kräfte in ihren Gemeinsamkeiten wie in ihren Verschiedenheiten versucht werden, um Entstehung und Sinn des Ganzen in ein helleres Licht geschichtlicher Erkenntnis zu rücken. Auch hierbei aber wird die Betrachtung sich stets auf die Persönlichkeit und das Ideengut des Mannes einstellen müssen, der überall im Vordergrund des Geschehens steht.

So lautet denn die erste grundlegende Frage unserer Untersuchung: Wie kam Schäffle, protestantischer Schwabe und langjähriger leidenschaftlicher Vorkämpfer einer großdeutschen Ordnung Mitteleuropas dazu, geistiger Führer eine fast ausschließlich auf feudale, klerikale und national-slawische Kreise gestützten Regierung zu werden?

Eine sichere Antwort hierauf kann nur durch eine Betrachtung von Schäffles Werdegang bis zu seinem Eintritt in das Kabinett Hohenwart gewonnen werden. Denn jede persönliche und geistige Individualität ist in jedem Augenblick ihres Daseins organisches Ergebnis eines Entfaltungsvorganges. Wenn damit letzthin der gesamte Bereich von Schäffles Herkunft und Begegnungen Gegenstand dieser Untersuchung ist, so ist doch das konkrete Ziel der Arbeit auf das Verständnis des österreichischen Politikers Schäffle gerichtet. Im Vordergrund der Betrachtung hat daher der Entwicklungsgang seiner politischen Anschauungen und Handlungen zu stehen. Da aber Schäffle nicht nur als Begründer einer deutschen Soziologie ein außergewöhnliches wissenschaftliches Lebenswerk geschaffen hat, sondern gerade bei ihm Wissenschaft und Politik in einem innigen und unlösbaren Wechselverhältnis zueinander stehen, so erfordert im Rahmen dieses Wechselverhältnisses ebenfalls der Werdegang des Denkers eingehendere Betrachtung. Endlich sind Veranlagung und inneres Entwicklungsgesetz Schäffles immer wieder von tiefwirkenden Erfahrungen in einem überdurchschnittlichen Ausmaße ergriffen worden, so daß der vielfältige Reichtum dieses Lebensweges in der Gesamtheit seiner Beziehungen der Aufmerksamkeit bedarf.

---

[2] Aus meinem Leben I, 208.
[3] Zeithammer II, 10.

## Herkunft, Jugend und Bildung[1]

Unter den deutschen Politikern des 19. Jahrhunderts stellt Albert Schäffle nach Anlagen des Charakters und Geistes wie auch nach seinem Werdegang eine einzigartige Erscheinung dar. Er ist weder reiner Publizist noch allein dem praktischen Leben zugewandter Staatsmann noch auch von der Tagespolitik unberührter Gelehrter, und doch sind von allen diesen Wesensrichtungen her die Grundelemente seiner Persönlichkeit bestimmt. Eine ähnliche Sonderstellung nimmt er als Denker im Zusammenhang der deutschen Geistesgeschichte ein. Liberaler Indivialismus westeuropäischer Herkunft verbindet sich in ihm mit der Persönlichkeits- und Gemeinschaftsidee des deutschen Idealismus und der Romantik, Vernunftglaube und Fortschrittsoptimismus als Erbe der Aufklärung mit der religiös-philosophischen Überlieferung der deutschen Klassik und dem kritischen Bewußtsein des Historismus konservatives Denken mit moderner Sozialpolitik, weltbürgerlicher Humanitätsglaube mit einem großdeutschen Nationalismus betont kultureller Prägung, und endlich empirischer Rationalismus mit intuitiver Anschauung aus organischem Lebensgefühl. Dergestalt im Schnittpunkt der Ideen und Kräfte seines Jahrhunderts lebend, hat Schäffle auch im Rahmen der ihn zunächst angehenden Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaft seiner Zeit seinen besonderen Platz. Schon seinem Alter nach steht der 1831 Geborene mitten inne zwischen den Nationalökonomen Hildebrand und Roscher, dem Staatswissenschaftler Lorenz von Stein wie auch Marx und Lassalle als älteren Zeitgenossen auf der einen Seite und Gustav Schmoller, Lujo Brentano sowie den übrigen Vertretern der historisch-ethischen Richtung des „Kathedersozialismus" als wenig jüngeren Gelehrten auf der anderen Seite. Innerlich eher der letzteren Generation zugehörig, ordnet sich Schäffle zugleich in den größeren Gesamtbereich jenes Geschlechts von Politikern und Denkern ein, dessen geschichtliche Aufgabe es war, die wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Entwicklungsprobleme des 19. Jahrhunderts in ihrem umwälzenden Ausmaß zu erkennen und sich um ihre Lösung zu bemühen.

In dem württembergischen Städtchen Nürtingen als Kind landeingesessener Eltern geboren, gehört Schäffle dem begabungsreichen schwäbischen Volksstamm an. Von seinem Vater, einem Realschullehrer aus bäuerlicher Familie, erbt er den unbeugsamen Willen, das unbeirr-

---

1 Exkurs s. Anhang.

bare Pflichtbewußtsein und den Mut, seine Überzeugung vor jedermann frei zu äußern. Die Wesenzüge der Mutter, Offenheit, praktische Religiosität und Abneigung gegen das Gerede der Menge vermochten sich wohl mit jenen väterlichen Eigenschaften zu dem aufrichtigen Charakter des Sohnes zu verbinden. An geistigen Gaben wurde die vom Vater überkommene naturwissenschaftlich-praktische Neigung von fruchtbarerer Bildungskraft als die allgemeine Regsamkeit, die sich von der feinsinnigen und offenbar vielseitiger veranlagten Mutter her übertrug.

Die Einfachheit der ländlichen Heimat und die gebildete Atmosphäre des bürgerlichen protestantischen Elternhauses bilden den Hintergrund der Kindheitsjahre. Der Lebensweg Schäffles wird nach mütterlichem Wunsche zunächst durch das Ziel des geistlichen Berufes bestimmt, zumal die kargen wirtschaftlichen Verhältnisse, die nach dem frühen Tode des Vaters eintraten, kaum eine andere höhere Ausbildung erlaubten. So folgt denn 1844 der trotz leidvoller Erfahrung genossenen Jugendzeit die Aufnahme in das niedere Seminar Schönthal. Hier wird der 13jährige Knabe der Pflege eines protestantischen Pfarrhauses anvertraut. Schäffle war ein guter Schüler, nicht nur als Primus seiner Promotion, sondern vor allem in dem Sinne, daß er seine Bildung bewußt erlebte. Zu einer gründlichen humanistischen Ausbildung trat ein frühes Selbststudium von Mathematik, Geschichte und Geographie, denen seine Hauptneigung galt. Da die echt religiös veranlagte Mutter den Knaben wohl innerlich anzuregen vermocht hatte, erweckte eine recht minderwertige geistliche Erziehung bald seelischen und geistigen Widerstand. Sie bewahrte damit zwar vor dogmatischem Buchstabenglauben ebenso wie vor pietistischer Frömmigkeit, ließ aber keinerlei selbständige Neigung zum theologischen Beruf entstehen und ertötete höchstens die etwa vorhandenen Keime einer inneren Bereitschaft zu diesem Amte. Als „Übergang von der physischen Rauflust des Knaben zur geistigen Streitbarkeit des Mannes" bezeichnet Schäffle selbst zusammenfassend seine Schulzeit[4], und nichts könnte wohl treffender widerspiegeln, wie Charakter und Verstand diese ersten Lehrjahre aufnahmen. Ihren Abschluß bildete das Erlebnis der nationalen Volkserhebung von 1848, der der 17jährige mit einem natürlichen Gefühl von Sympathie und jugendlichem Übermut, aber ohne innere Ergriffenheit begegnet.

Noch im Herbst des gleichen Jahres wird er in das Tübinger Stift, die Hohe Schule protestantischer Theologie in Württemberg, aufgenommen. Es spricht für die innere Eigenwilligkeit des an sich geistig aufnahmefähigen und empfänglichen jungen Schäffle, daß keiner seiner neuen Lehrer ihn zu fesseln vermochte. Galt der Mathematik wenigstens als Wissenschaft auch fernerhin fleißige Arbeit, trat die Physik ihr jetzt weitgehend zur Seite, so war die Begegnung mit der Philosophie trotz innerer Bereitschaft Schäffles recht unfruchtbar. Auf Jahrzehnte hinaus wurde er ihr entfremdet, wenn er auch in der Folgezeit durch seine umfassenden Studien immer wieder notwendigerweise mit ihr in Berührung kam.

---

[4] Aus meinem Leben I, 16.

Dürfte diese Dauer der Nachwirkung auf den Mangel eines größeren philosophischen Bedürfnisses bei Schäffle zurückzuführen sein, so hat doch die Abwendung von der Philosophie als solche wohl noch eine weitere Ursache außer jenem Mangel und einigen offenbar nicht besonders glücklichen Vorlesungen. 1848 war der Hegelianismus auf dem Tübinger Stift noch eine geistige Macht ersten Ranges. Ferdinand Christian Baur, der auf der Grundlage Hegel'scher Weltanschauung durch historisch-exakte Forschung der Tübinger Theologie eine neue Richtung gewiesen hatte, stand in der Vollkraft seines Wirkens. Noch war die deutsche Geisteswelt erfüllt von den an Strauß' „Leben Jesu" entbrannten Kämpfen Friedrich Vischers und der anderen an Hegel gebildeten Tübinger Theologen gegen Orthodoxie und Pietismus. Wenig aber konnte die schon dem Schulbetrieb verfallene und weitgehend zur reinen Spekulation gewordene Philosophie des Hegelianismus einen Menschen ansprechen, dessen Neigung den Erfahrungswissenschaften galt, dessen frühgeweckter kritischer Verstand nur hinnahm, was eigener rationaler Prüfung standhielt, und dessen ganze Natur zu selbständiger Stellungnahme in den Auseinandersetzungen des Daseins drängte. In der Tat hallt noch in den Lebenserinnerungen Schäffles die tiefe Abneigung gegen den „Irrgarten der panlogistischen Spekulation", die „Verschrobenheiten der Denkphantastik" und den „Dreitakt der spekulativen Dialektik" nach[5].

Gleichwohl erfüllte Hegels Weltansicht die geistige Luft des Stiftes viel zu mächtig, als daß nicht auch der junge schwäbische Landsmann unbewußt von ihr ergiffen worden wäre. Denn manche der vielfältigen Gedanken, Betrachtungsweisen, Denkmethoden, die das letzte und umfassendste System des deutschen Idealismus enthielt, waren unvermerkt Bestandteile des Zeitgeistes geworden. Hierbei oft eigenartig aus ihrem Sinneszusammenhang gelöst, wirkten sie fast tiefer auf die Menschen ein, als sie in ihrer einheitlichen Gesamtheit es je vermocht hatten. So konnte Schäffle 50 Jahre später ehrlich schreiben, daß Hegel ihn „fast nur negativ" angeregt habe[6]. Gleichwohl waren sein Geschichtsbild über die menschliche Gesellschaft als einheitlichen Ursachen- und Fortschrittszusammenhang im Rahmen der vernunftgemäßen Weltentwicklung, seine Auffassung von der Notwendigkeit einer Lösung der sozialen Frage durch eine neue „Synthese" als dem Berufe der Zeit, beides geistige Wurzeln seines wissenschaftlichen und politischen Strebens, im wesentlichen die Frucht eines Hegelianismus, der nur seiner eigentümlichen religiös-philosophischen Quellen beraubt und gleichsam säkularisiert war. Überhaupt wird allein durch diese geistige Verbindung das grundsätzliche Bemühen Schäffles, von seinen ersten wissenschaftlich-politischen Arbeiten an die Zeitaufgaben aus dem gesamten historischen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß heraus zu erkennen, erst voll verständlich. Daß er dabei die spekulative Grundlage mehr und mehr verließ und mit zunehmender induktiver Kraft auf empirisch-naturwissenschaftlichem Wege vorging, kann doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß seine vom Ganzen des Kosmos wie der Menschheit ausgehende Betrachtung, sein Forschen nach der elementaren Natur der großen gesellschaftlichen

[5] Aus meinem Leben I, 20 u. 44.
[6] Aus meinem Leben I, 44.

Zusammenhänge ohne das von Hegel in die deutsche Geistesentwicklung ausgeströmte Gedankengut kaum denkbar erscheint[7, II]

Zunächst stand freilich die Auseinandersetzung mit der Theologie für Schäffle durchaus im Vordergrund gegenüber jenen allgemeinen geistigen Erfahrungen. Ohne innere Neigung zum geistlichen Beruf war er auf das Stift gekommen, und nichts änderte sich dort an dieser Haltung. Dabei entbehrte Schäffle durchaus nicht eines echten religiösen Bedürfnisses, wie seine umfangreiche Beschäftigung mit Glaubensfragen in den folgenden Jahren erkennen läßt. Als nun Ende 1848 seine Mutter starb, fiel auch die letzte Bindung an die theologische Laufbahn fort.

Umsomehr packten ihn die politischen Parteikämpfe, in denen er sich bald, entsprechend einer starken Strömung in der Studentenschaft, der demokratisch-republikanischen Richtung anschloß. Im Sommer 1849 zog er sogar als Freiwilliger zu den Freischaren, die in Baden für das Rumpfparlament gegen die preußischen Truppen kämpften. Mit der Flucht aus dem Stift fiel auch äußerlich die Entscheidung gegen den geistlichen Beruf. Unter den Motiven jenes bedeutsamen Entschlusses hat jegliche Ergriffenheit durch die radikalen Gedankengänge der süddeutschen Aufständischen gefehlt. Im Gegenteil, Schäffle sah hier nur eine phrasenhafte Demagogie am Werke. Andererseits reicht die in seinen Lebenserinnerungen als Grund angegebene „Enttäuschung über den Verlauf der damaligen Bewegung" doch kaum aus[8]. Vorwiegend scheinen vielmehr persönliche Ursachen die treibenden Kräfte gebildet zu haben: berufliche Sorgen, allgemeine innere Ratlosigkeit und wirtschaftliche Nöte des jetzt ganz auf sich selbst Gestellten. Mag daneben auch ein ursprünglicher nationaler Idealismus eine stärkere Bedeutung gehabt haben, als Schäffle selbst zugibt, im ganzen hat zweifellos die nationale Frage selbst auf der Höhe ihrer geschichtlichen Wirksamkeit ihn nur in beschränktem Umfange gepackt. So war es nicht ohne den Hintergrund eigener Erfahrungen, wenn Schäffle 20 Jahre später glaubte, nationale Probleme durch einen Appell an die wirtschaftliche Vernunft überwinden, d. h. in Wahrheit unterdrücken zu können.

Das Freischar-Unternehmen schlug fehl. Schäffle flüchtete nach Württemberg zurück. Nicht nur „unauslöschlicher Ekel an jeder Art der ziellosen und selbstischen Volksverhetzung" war die Frucht dieser Erlebnisse[9], sondern man darf über jene Bemerkung der Lebenserinnerungen hinaus die persönliche Rückwirkung doch als allgemeiner und tiefer ansehen. Schäffle hatte die politisch-soziale Erscheinung „Revolution" in

---

[7] In der Schrift über die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie (1885, S. 14) bezeichnet Schäffle freilich den Hegelianismus als eine „zugleich ruhelos zersetzende und willkürlich konstruierende Weltbetrachtung . . . nach subjektiven Einfällen aus der Souveränität des subjektiv-individualistischen Vernunft-Räsonnements heraus". Allein dieses Urteil gehört zunächst einmal der Zeit nach den siebziger Jahren an, in denen Schäffle sich von der spekulativen Philosophie ganz abgewandt hatte. Ferner fällt er es im Zusammenhang mit seiner Bekämpfung des Marxismus, dessen hegelianische Wurzeln ihm den Anlaß zu seiner Polemik geben (vgl. auch Exkurs III).

II Exkurs s. Anhang.

[8] Aus meinem Leben I, 24.

[9] Aus meinem Leben I, 35.

ihrer ganzen Problematik als scheiternden Versuch unmittelbar erlebt. Natürliche Folge dieser Begegnung konnte leicht eine Abneigung gegen das revolutionäre Prinzip überhaupt sein, und diese ist bei Schäffle auch tatsächlich zurückgeblieben. Nicht nur, daß er sie später in seinen Veröffentlichungen und in seiner Lehrtätigkeit deutlich zu erkennen gab, sondern er glaubte geradezu, die Idee der Politik in der Verhütung der Revolution durch konservative Reform gefunden zu haben[10].

Ferner wurde jetzt die früh erwachte Skepsis Schäffles ein gutes Stück weiter zu der späteren, fast mißtrauischen Vorsicht gegenüber dem umgebenden politischen und menschlichen Dasein getrieben. Die Neigung zu kritischer Selbständigkeit erhielt einen machtvollen Anstoß. Den Lebensweg außerhalb der breitgetretenen Straße zu suchen, war für den Frühreifen auch innerlich möglich, ja vielleicht notwendig geworden. Aus der zunächst notgedrungen begonnenen Hauslehrertätigkeit erlöste ihn 1850 die Aufforderung zum Eintritt in die Redaktion des Schwäbischen Merkur, der führenden Zeitung des damaligen Württemberg. In den folgenden zehn Jahren journalistischer Arbeit durfte er nicht nur zum ersten Male in erträglichen wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern auch geistig in völliger Unabhängigkeit leben. Ebenso hatte er in seiner beruflichen Tätigkeit weitgehende Freiheit, da der Schwäbische Merkur eine verhältnismäßig ungebundene, selbständig-charaktervolle Note besaß.

Die Art, wie Schäffle seine neue Aufgabe angriff, kennzeichnet den ganzen Menschen. Um über jede auftauchende Tagesfrage gründlich schreiben zu können, eignete er sich in kurzer Zeit ein umfassendes Wissen in Staatsrecht, Geschichte und Politik, Geographie und Volkswirtschaft, Technologie, Physik und Chemie an. Seine Bildung entwickelt sich also vorwiegend unter dem ständigen Druck, das Erarbeitete stets gleich zu verwerten. Aus dieser Verknüpfung mit dem täglichen Leben erwächst eine außerordentliche Schnelligkeit der geistigen Arbeit und die Fähigkeit, aus abstraktem Wissen gleich konkrete Folgerungen zu ziehen. Auf der anderen Seite entsteht dabei die Neigung, wissenschaftliche Fragen und Zeitprobleme aufeinander abzustimmen, ohne dabei jeweils den ganzen Umkreis von Theorie und Praxis zu übersehen. Daß jene Gleichung bei Schäffle trotzdem immer aufgeht, beruht auf seiner persönlichen Veranlagung. Einerseits läßt seine Fähigkeit zu spekulativem Denken ihn auch in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen systematische Anschauungen erwerben. Dieser theoretische Zug ist überhaupt der stärkere, da aus ihm stets die unverrückbare Voraussetzung für die Behandlung des praktischen Falles gewonnen wird. Andererseits wird unter dem Einfluß eines eminenten politischen Wirkungswillens die Journalistik, die in der Unterrichtung der Öffentlichkeit ihre Aufgabe erschöpft, bei Schäffle zurückgedrängt gegenüber der Publizistik, deren Endziel eine bestimmte politische Beeinflussung ist. Eine solche Betrachtungsweise aber sieht Tagesfragen unter einem festen Programm, d. h. eher einheit-

[10] Die letzte Steigerung dieses Denkens findet sich erst in der Schrift über die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie (1885, S. 104), wo Schäffle es für die Aufgabe der auswärtigen Politik erklärt, soziale Revolutionsversuche zu verhüten, bzw. zu unterdrücken, und er sich daher für eine konservative Allianz zwischen den drei Kaisermächten Deutschland, Österreich und Rußland einsetzt.

lich als vielfältig. So bildet sich durch Veranlagung und Werdegang der besondere Geistescharakter des jungen Schwaben aus.

Die beruflich bedingte Ausbildung Schäffles wird ergänzt durch die autodidaktische Vorbereitung auf die höhere Staatsprüfung für den Dienst im Innenministerium. Zu einem mehr enzyklopädischen Rechtsstudium tritt eine tiefgehende Beschäftigung mit Staatswissenschaft und Nationalökonomie. In der letzteren bilden Rau, List und Hildebrand die Grundlage der Arbeit. Vermittelte unter diesen Rau mehr oder minder getreu die individualistischen Lehren Adam Smiths, so nahm Schäffle von List neben einer lebendigen geschichtlichen Betrachtungsweise den Begriff der Nation als Wirtschaftseinheit in sich auf. Hildebrand endlich gab ihm eine Gesamtauffassung der Nationalökonomie auf historischer Grundlage, verbunden mit einer kritischen Überprüfung der Entwicklung aller vergangenen Wirtschaftslehren, insbesondere des Smith'schen Individualismus, und unter einer ständigen Einbeziehung der Wirtschaftswissenschaft in den gesamten Bereich der geschichtlichen Erscheinungen auf dem Gebiet der Staatswissenschaften. Damit lernte Schäffle von Anfang an, die geschichtliche Wirklichkeit und lebendige Einheit der menschlichen Gesellschaft an Stelle abstrakter Vereinzelung des wirtschaftlichen Lebens zu sehen, wenn auch entsprechend den Quellen seines Wissens seine einzelnen theoretischen Anschauungen über die „Gesetze" des Wirtschaftslebens seiner Zeit der klassischen westeuropäischen Auffassung weitgehend verpflichtet blieben.

Adam Müller wurde ihm zunächst nur auf dem Umwege über Hildebrand vermittelt, und zwar einmal in den Grundanschauungen über den untrennbaren Zusammenhang von Staat und Wirtschaft und über den Menschen als Glied eines geschichtlich bestimmten gesellschaftlichen Gesamtorganismus. Da auch Friedrich List als Begründer einer sozialwissenschaftlichen Nationalökonomie von diesen Ideen ausging, mußten sie Schäffle ebenfalls von dorther vertraut werden. Darüber hinaus waren aber auch viele einzelne zeitkritische und antiindividualistische Gedanken der Wirtschaftsauffassung Adam Müllers von Hildebrand bewußt oder unbewußt übernommen, wie sie überhaupt naturgemäß Gemeingut des national-ökonomischen Historismus als eines Kindes der Romantik waren.

Damit sind die Quellen des wirtschaftlichen und demgemäß auch wirtschaftspolitischen Denkens wie zugleich diejenigen Anschauungen umgrenzt, die Schäffle aus diesen Quellen in sich aufnahm. Auf der einen Seite steht der Einfluß der „klassischen" Nationalökonomie des Individualismus, die Verbindung mit der westeuropäischen Geistesgeschichte. Auf der anderen Seite stehen alle jene Einwirkungen der Romantik und des Historismus, die nur als mehr oder minder betonte Entgegensetzung gegen diese individualistische Wirtschaftsauffassung verständlich sind, und die Schäffle mit der Entwicklung des eigentümlich deutschen Geisteslebens verknüpfen. Schäffle hat das Schicksal seiner und der nachfolgenden Generationen geteilt, den inneren Widerspruch zwischen diesen beiden Richtungen nie ganz überwunden zu haben. Nur unter ständiger Berücksichtigung dieser Tatsache wird sein späteres Wirken als Wirtschaftspolitiker ganz begreiflich werden.

Die staatswissenschaftlichen Studien Schäffles in diesen Lehrjahren haben im allgemeinen sehr viel weniger grundlegend gewirkt als die nationalökonomischen. Ihre Bedeutung beruht eher darauf, daß Schäffle frühzeitig durch sie zu eigenen Auffassungen gelangte, die häufig von den ihm übermittelten abwichen. Über Robert Mohl und Bluntschli sagt er selbst, beide hätten ihn „mehr abgestoßen als angezogen“[11]. Soweit Bluntschli in Betracht kommt, dürfte ein Grund für diese Wirkung vor allem in dessen Verbundenheit mit dem mystischen Pantheismus Friedrich Rohmers gelegen haben, dessen Psychologie Bluntschli zu einer abstrusen Deutung des gesamten staatlich-politischen Lebens verwandte. Derartige Auffassungen aber mußten dem nüchternen Geist Schäffles von Grund auf zuwider sein. Dagegen sind doch einzelne Anschauungen Bluntschlis offensichtlich nicht ohne Eindruck auf Schäffle geblieben, vor allem die Betrachtung des Staatskörpers als eines belebten Wesens mit ursprünglichem Gesamtwillen, als eines „Organismus“, und die entsprechende Neigung zu biologischen Vergleichen[12]. In Betracht kommen ferner Bluntschlis Auffassung des Staates als eines natürlichen Produktes der sozialen Anlage des Menschen, seine scharfe Herausstellung des modernen Staatsbegriffes gegenüber den Anschauungen aller vergangenen Zeiten und sein Eintreten für einen ruhigen, zugleich konservativen und liberalen Fortschritt im Staatsleben.

Fruchtbarer war Schäffles Studium in den Werken Robert Mohls. Zum einen nahm er hier den Grundsatz einer gesetzmäßig beschränkten Verwaltung gegenüber dem absolutistischen System unbegrenzter Staatsfürsorge für das Wohl des einzelnen Unteranen in sich auf. Zum andern wurde ihm durch Mohl der Begriff der Gesellschaft als einer zwischen Staat und Individuum stehenden Summe von Gemeinschaftsverhältnissen und Einzelbeziehungen nahegebracht. Wenn auch Schäffle von seinen ersten Veröffentlichungen an diese Auffassung über das Wesen der menschlichen Gesellschaft abgelehnt hat, so wurde er doch gerade durch die Auseinandersetzung mit Robert Mohls Lehre auf eine selbständige und bald eigentümlichen Charakter annehmende Betrachtung der menschlichen Lebensformen als Äußerungen der einen, alles umfassenden „Gesellschaft“ hingelenkt. Damit aber wurde er von Anfang an zum Soziologen wie zum Politiker auf soziologischer Grundlage.

---

[11] Aus meinem Leben I, 79. — Die Bemerkung fällt zwar erst im Zusammenhang mit den späteren Studien Schäffles als Universitätslehrer, hat aber wohl schon für seine früheren Lehrjahre Geltung. Denn seine Publizistik zeigt bereits in ihren ersten größeren Abhandlung von 1856 die vollzogene Auseinandersetzung mit dem älteren, vornehmlich verfassungsrechtlichen Liberalismus und mit der Gesellschaftswissenschaft, d. h. mit Bluntschlis und Mohls eigensten Gedankenrichtungen.

[12] Indem Schäffle den menschlichen und sozialen Körper je als eine „organische“ Einheit betrachtete, hat er vor allem in seiner Gesellschaftswissenschaft mehr und mehr eine biologische Analogie und Terminologie angewandt. Da er sich später dem Monismus zuwandte, Natur, Geist und Gesellschaft als letzthin Eins ansah, behauptete er schließlich die grundsätzliche Ähnlichkeit der physiologischen und der soziologischen Prozesse. Allein auch für seine speziellen staatswissenschaftlichen Anschauungen hat die „organische“ Auffassung eine erhebliche Bedeutung gewonnen, wie z. B. sein Aufsatz über die Konkurrenz der Organe des Staatslebens (Tüb. Ztsch., 1862, S. 546) zeigt, in dem er Bluntschlis Methode als sehr fruchtbar verteidigt.

Des weiteren eröffnete ihm die durch Mohls Lehre geförderte Erkenntnis der Gesellschaft als menschlicher Lebensgemeinschaft, gleich welcher Art der Begriff im einzelnen gefaßt sein mochte, einen Weg zur wissenschaftlichen Begründung praktischer Sozialpolitik. Denn die Aufstellung des Gesellschaftsbegriffes mußte gleichsam von selbst zu einer Betrachtung über die richtige Gestaltung dieser Gesellschaft führen. Eine zweckmäßige Verwirklichung dieser idealen Gesellschaftsordnung verlangte aber nichts anderes als eine soziale Politik, die von ihrem Standpunkt aus im Grunde für ihre Ziele jedes Mittel, also notfalls auch die Hilfe des Staates, beanspruchen konnte. Und in der Tat war Schäffle von seinen ersten Veröffentlichungen an praktischer Sozialpolitiker.

Endlich stellt diese frühzeitige Beschäftigung Schäffles mit der eben zur Bedeutung gelangten Gesellschaftswissenschaft noch eine weitere, und zwar die letzhin entscheidende Beziehung her. War doch der eigentliche philosophische Begründer dieser Lehre, Lorenz von Stein, in seiner einheitlich zusammenfassenden Gesellschafts- und Staatsanschauung mit ihrer Betonung des Entwicklungsgedankens innerlich ganz mit Hegels Staatsphilosophie verbunden. Denn nach Hegel entfaltet sich auf der dritten Stufe des frei-vernünftigen Willens die Sittlichkeit, und diese findet wiederum in der zweiten Stufe ihrer Entwicklung ihren Ausdruck als „bürgerliche Gesellschaft". Die neue Verlebendigung dieses, seit dem Ende der Aufklärung zurückgetretenen Begriffes der Gesellschaft und seine Durchblutung mit einer umfassenden, Ursächlichkeit und Entwicklung zugleich berücksichtigenden Betrachtungsweise war Hegels weitwirkende Tat. So bekennt denn auch Schäffle, daß der „staatswissenschaftliche und nationalökonomische Hegelianismus" Steins wohl „verführerisch" für ihn gewesen sei, „allerdings nur für kurze Zeit"[13].

Die letztere Einschränkung ist aber kaum aufrecht zu erhalten, wenn auch Schäffles Ehrlichkeit wieder zu betonen ist. Er nahm eben durch den Zeitgeist vermittelte und seinem innersten Wesen entgegenkommende Gedankengänge mehr oder minder unbewußt ihrer eigentlichen, vielfach hegelianischen Herkunft in sich auf. Dabei möchte man gerade aus seiner Beschäftigung mit Lorenz von Stein dauernde Nachwirkungen auf die Entwicklung seiner wissenschaftlichen und politischen Individualität herleiten. Verband doch Stein, ebenso wie Schäffle selbst, lebensvolle Gesamtauffassung der mannigfaltigen wirklichen Erscheinungen in Staat und Gesellschaft mit scharfem begrifflichen Erfassen, systematischer Methode und Neigung zu spekulativer Konstruktion. Bei dieser allgemeinen geistigen Verwandtschaft ist Schäffles von Anfang an fortschrittsgläubiges Entwicklungsdenken sicher auch von einzelnen in ähnlicher Richtung liegenden Ideen Steins befruchtet worden. Steins Gesetz einer ständig aufsteigenden Klassenbewegung, überhaupt sein sozial-ökonomischer Gedanke einer stets fortschreitenden, extensiven und intensiven Bereicherung des europäischen Kulturlebens mag etwa eine derartige Einwirkung gehabt haben. Dazu kommt Steins Forderung, daß der Staat mit Hilfe eines verfassungsmäßig gebundenen Verwaltungsrechtes jene sozialen und wirtschaftlichen Bewegungen rechtlich zu gestalten und

[13] Aus meinem Leben I, 44.

organisch untereinander zu verbinden habe. Eine solche Auffassung mußte für Schäffle von außerordentlicher Bedeutung sein, da sie eine wohl unerläßliche Voraussetzung für eine positive staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik bildete. Jedenfalls hat Schäffle selbst für deren Begründung im wesentlichen keinen anderen Weg eingeschlagen als den Lorenz von Steins[14].

Die allgemeine Entwicklung der geistigen und persönlichen Individualität Schäffles in diesen entscheidenden Lehrjahren empfängt ihre nachhaltigsten Antriebe durch einen langsam wachsenden Widerstand gegen den, wie er sagt, „extremen Liberalismus und Individualismus"[15]. Es handelt sich hierbei nicht, wie diese Ausdrucksweise vermuten läßt, um eine bloße ideelle Ablehnung, sondern in erster Linie um eine kritische Haltung gegenüber den von jenen Prinzipien beherrschten konkreten Gesellschaftszuständen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Daß hier die eigentliche Wurzel der Einstellung Schäffles lag, zeigen nicht nur seine ersten, ausgesprochen gesellschaftskritischen Veröffentlichungen, sondern auch sein eigener Hinweis auf die durch Franz von Baaders Staatsphilosophie empfangenen „starken Anregungen"[16]. Denn gerade Franz von Baader hatte auf soziologischer Grundlage eine umfassende Kritik gegenüber der individualistischen Wirtschaftsordnung des Kapitalismus entwickelt und zugleich aus dem Geiste einer organischen Staats- und Gesellschaftsauffassung heraus eine zeitgemäße Erneuerung der Stände und Korporationen, verbunden mit der Eingliederung des vierten Standes in die gesellschaftliche und politische Ordnung gefordert. Diese Anregungen mußten für Schäffle dadurch noch vertieft werden, daß Baader ihm überhaupt als Politiker und Denker in vielem verwandt war. Auch Baader kämpfte, wie Schäffle selbst von seinen ersten Veröffentlichungen an, sowohl gegen revolutionären Radikalismus als gegen konservative Erstarrung und suchte stets nach der qualitativen, alle Extreme in sich umwandelnden und verbindenden Mitte.

Freilich bemerkt Schäffle ausdrücklich, daß die Auflehnung gegen jenen „Liberalismus und Individualismus" aus ihm selbst erwachsen sei, wenn er sich auch über die Ursachen nicht näher äußert. Man darf sie in drei Richtungen suchen. Gesellschaftskritik konnte einem so scharfen und nach eigenwilliger Selständigkeit ringenden Geiste überhaupt nicht allzu fern liegen. Dazu mochte die weit verbreitete, bald optimistisch, bald pessimistisch gefärbte Auffassung von der Endgültigkeit der erreichten wirtschaftlichen und sozialen Organisation dem von früh auf historisch gut gebildeten Schäffle wohl zu Zweifeln Anlaß geben. Infolge

---

14 In den Erinnerungen (I, 152) charakterisiert Schäffle Steins Wesen als „vom Leben abgewandt und doch in jede Zeitfrage hinein zugleich wetterleuchtend und irrlichternd". Dieses etwas widerspruchsvolle und kühle Urteil ist jedoch von dem gereiften Wissenschaftler gefällt, der sich inzwischen längst seinen eigenen Weg gebahnt hat, und gegenüber früheren Einflüssen leicht distanzierter zeigt, als es die objektiv feststellbaren geistigen Beziehungen rechtfertigen. Z. B. schließt sich Schäffles erstes größeres wissenschaftliches Werk die 1859 geschriebene „Nationalökonomie", nach seinem eigenen Geständnis (Vorwort, S. IX) im systematischen Aufbau ganz dem „dialektisch scharfsinnigen" Lorenz von Stein an.

15 Aus meinem Leben I, 45.

16 Aus meinem Leben I, 45.

der historischen Richtung in der Nationalökonomie selbst, wie sie ihm zunächst Hildebrand vermittelt hatte, konnten diese Zweifel sich leicht zu einer grundsätzlichen Ablehnung jenes Zeitglaubens verstärken. Denn die Erkenntnis, daß jede Wirtschaftsverfassung nur eine Teilerscheinung im Gesamtzusammenhang einer geschichtlichen Periode sei, hatte zur notwendigen Folge, daß auch die kapitalistische Wirtschaft nicht mehr als absolute Harmonie des ewigen Naturgesetzes, sondern als historisch bedingte, relative Entwicklungsstufe angesehen werden mußte.

Endlich dürften — und das war vielleicht von ausschlaggebender Bedeutung — die eigenen Lebenserfahrungen den Jüngling, der ganz auf sich allein angewiesen nach beruflichem und gesellschaftlichem Aufstieg strebte, recht mißtrauisch dagegen gemacht haben, den angeblichen harmonischen Ausgleich in der Freiheit aller verwirklicht zu sehen.

Als notwendige Folge einer solchen Einstellung mußte sich Schäffle den konservativen Ideen der Gebundenheit und der Gemeinschaft nähern, wenn er auch darüber nichts bemerkt. Die Nachwirkungen seiner revolutionären Erlebnisse werden ihm diese Einwendung erleichtert haben. Allerdings war es gewiß von vornherein nur eine beschränkte Annäherung; denn starre oder gar restauratorische Auffassungen konnten unmöglich einem Menschen naheliegen, dem es gerade auf die freie Entfaltungsmöglichkeit für den Tüchtigen ankam, für den aber kein Interesse bestand, an die Stelle kapitalistischer Bindungen solche des Standes und der Geburt zu setzen.

Von dieser Einstellung Schäffles her wird auch seine kühle Zurückhaltung gegenüber Bluntschli und Mohl noch begreiflicher; denn beide waren führende Vertreter des älteren Liberalismus. Lehnte Bluntschli überhaupt die sozialen Forderungen der Arbeiterbewegung ab, so ging doch auch Mohl trotz mancher Kritik an den sozialen Auswirkungen des Liberalismus ganz von der Freiheit des Bürgers gegenüber dem Staate aus.

Der frühen kritischen Zurückhaltung Schäffles gegenüber den politischen Ideen und gesellschaftlichen Zuständen seiner Zeit entspricht sehr bald auch eine selbständige Stellungnahme in religiösen und philosophischen Fragen. Auch hier war er bei aller spekulativen Neigung und inneren Verbundenheit mit dem Idealismus doch zugleich stets um die volle Beachtung der empirischen Grundlage besorgt. So haben denn die rein spekulative pantheistische Gottesvorstellung des Schelling'schen Identitätssystems und der panlogistische Glaube Hegels an die gegensätzliche All-Einheit des Göttlich-Absoluten Schäffle niemals innerlich ergriffen. Seine Äußerung, seine beiden Landsleute hätten ihn „fast nur negativ" angeregt[17], besteht insoweit sicherlich zu Recht. Demgegenüber gab ihm „am meisten fruchtbare Anregung" Richard Rothes Theismus und seine geistvolle Vermittlungstheologie zwischen Schleiermachers Begründung der Religion im Gefühl und dem Hegel'schen Logismus[18]. Rothes eigenartige, ebenso fromme wie freie Konstruktion in ihrer Verbindung von Kritik und Gläubigkeit, biblischer Überlieferung und liberaler Zeit-

[17] Aus meinem Leben I, 44.
[18] Aus meinem Leben I, 45.

verbundenheit, Pietismus und Theosophie mochte Schäffle wohl anziehen, weil ja auch er überall seine Selbständigkeit gerade durch eine Abwehr gegen befürchtete Einseitigkeiten zu wahren und widerstrebende Prinzipien durch einen organischen Augleich zu verbinden suchte. Vor allem wird der, eher hegelianische, Grundgedanke Rothes, seine Forderung des Einklanges von Religion und Kirche mit der modernen Kulturentwicklung, auf Schäffles spätere Anschauung über die notwendige Harmonie zwischen Ideen und Organisationen der gesellschaftlichen Verbände einerseits und dem ständigen Fortschritt der menschlichen Kultur andererseits nicht ohne Wirkung gewesen sein.

Zu welchem endgültigen Ergebnis aber führte diese Beschäftigung Schäffles mit religiösen Problemen? Für eine Aufhellung seiner späteren Beziehungen zum politischen Katholizismus ist diese Frage zu bedeutungsvoll, als daß man sie mit Rücksicht auf das Schweigen seiner Lebenserinnerungen offen lassen könnte. Zunächst lassen sich doch noch eine Reihe von negativen Feststellungen in dieser Hinsicht treffen. Trotz der starken inneren Verbundenheit Rothes mit der Theosophie, gleich der er den gesamten Weltvorgang von der Gottesidee her zu erfassen suchte, hat die Theosophie als solche Schäffle offenbar nicht ergriffen. Denn er äußert sich zwar anerkennend über Franz von Baaders Staatsphilosophie, nennt ihn auch den „großen Theophilosophen“[19], spricht aber mit keinem weiteren Wort über seine grundlegende Wirksamkeit als Künder alten und modernen theosophischen Gedankenguts. Überhaupt hat der eigentümlich spiritual-reale Theismus Baaders trotz seiner betonten Wendung gegen Hegel als den Vollender des extrem idealistischen Pantheismus Schäffle scheinbar in keiner Weise berührt. Das gleiche gilt für Schleiermachers Theologie des religiösen Bewußtseins, da Schäffle nur dem Ethiker Schleiermacher eine Bedeutung für seine geistige Entwicklung zuerkennt. Wirft man endlich einen Blick auf spätere Studien Schäffles, die eine mögliche religiöse Auswirkung hätten haben können, so ist auch hier das Ergebnis negativ. Krauses Philosophie hat zwar auf seine Rechts- und Staatsauffassung lange Zeit einen beherrschenden Einfluß ausgeübt, als „Panentheist“ aber ließ er Schäffle gänzlich kalt. Auch Rudolf Lotze erkennt Schäffle nur das Verdienst zu, ihm die „richtige erkentnistheoretische Einsicht“ vermittelt zu haben[20]. Allerdings hat wohl über dieses Geständnis der Erinnerungen hinaus Lotzes Betonung der Geistigkeit des Realen, seine Grundüberzeugung von der gemeinsamen letzen geistigen Substanz aller Dinge ebenfalls auf Schäffles späteren idealistischen Monismus sehr befruchtend eingewirkt. Allein diese geistige Begegnung fällt erst in die Zeit nach Schäffles Tätigkeit in Österreich und hat auch nur sein eigentlich philosophisches Fragen, sein Verlangen nach einem prizipiellen Sichzurechtfinden im Verhältnis von Mensch und Natur beeinflußt.

Gleichwohl wird man angesichts des Umfanges und des Ernstes von Schäffles Beschäftigung mit Glaubensfragen nicht nur ein echtes inneres Bedürfnis, sondern auch positive religiöse Vorstellungen bei ihm annehmen müssen. Wie hätte er sich sonst mit dieser Fülle von religiösen

---

19 Aus meinem Leben I, 45.
20 Aus meinem Leben I, 44.

und transzendental-philosophischen Systemen kritisch auseinandersetzen können, ohne jemals in bloße Negation zu verfallen? Man wird vielleicht ein klareres Bild in dieser Frage gewinnen, wenn man Schäffle im Zusammenhang der deutschen Geistesentwicklung betrachtet.

Hatte schon Kant die Religion vom überlieferten Dogma getrennt, so war Schleiermacher ihm hierin gefolgt, hatte die Möglichkeit echter Religiosität auch außerhalb des Christentums zugelassen und in diesem selbst eine geschichtliche Religonsstufe auf dem Wege zur Idee der Religion gesehen. Eben hierbei war er ganz im Einklang mit Schelling und Hegel, nach denen sich die gegenwärtige christliche Religion noch zur absoluten vervollkommen sollte. Da mußte denn von Schleiermacher auch die theologische Metaphysik mit ihren objektiven Aussagen über Gott entthront, die Theologie zur religiösen Psychologie und geschichtlichen Wisschenschaft umgestaltet und, in machtvollem Gleichklang mit Hegel, an Stelle des bilischen Objektivismus ein kritischer Idealismus verkündet werden. Unaufhaltsam ging der in der Aufklärung entbrannte Kampf um die allmähliche Relativierung des überlieferten Christentums weiter. Gewiß sah Hegel seine Religions-Philosophie als Frucht orthodoxen Christentums an und meinte, durch die Gleichsetzung von Vorstellung und Begriff mit Religion und Philosophie die letzteren zugleich voneinander getrennt wie auch in Einklang gebracht zu haben. Sicherlich wollte der späte Schelling durch seine theogonische Spekulation eine Philosophie der Gottheit und der Offenbarung schaffen, die eine neue Versöhnung zwischen Wissenschaft und christlichem Dogma versprach, glaubte Schleiermacher erst durch seinen Platonismus das Wesen Christi als Urbild der Menschheit erkannt und dennoch die Religion als Bewußtseinsvorgang gegenüber Ethik und Metaphysik klar abgegrenzt zu haben. Allein ihre Schüler und Anhänger vertieften jene philosophisch-spekulative Abkehr von der Überlieferung des Christentums durch eingehende historische Prüfung der Glaubensquellen selbst, während sie zugleich überhaupt die Grenzen zwischen Religion einerseits, Moral und Philosophie andererseits nicht mehr sicher bestimmten. Gerade der Tübinger Hegelianismus eines Baur, Strauß und Vischer sah die Wahrheit der christlichen Dogmen durch geschichtliche Kritik als erschüttert an und betonte gegenüber der religiösen Tradition philosophische Idee und sittliche Humanität.

Diese zum liberalen Protestantismus hinführende Geistesrichtung wird auch Schäffles religiöse Auffassung im wesentlichen bestimmt haben. Von der Ethik her näherte er sich Rothe und Schleiermacher. Gerade in der Theologie und biblischen Kritik war Rothes religiöser Subjektivismus Schleiermacher durchaus verpflichtet. Überhaupt verband Rothes Weltkonstruktion untrennbar Religion und Metaphysik, enthielt seine Ethik Philosophie und Theologie. Baaders Wendung gegen die Christentumsferne und rationalistische Scholastik der herrschenden transzendentalen Systeme hat Schäffle offensichtlich nicht berührt; denn seine Kritik an den religiös-philosophischen Auffassungen des Idealismus stützte sich in keinem Falle auf die Gründe Baaders. Zieht man die gerade durch Glaubensfragen geweckte, rationalkritische Veranlagung Schäffles in Betracht, so konnten ihm allgemein christliches wie besonderes protestan-

tisches Dogma von nur beschränkt verpflichtender Kraft sein. Zeitlebens war ihm Religion vor allem Gefühl der Gottinnigkeit[21], und die Forderung einer unbedingten Übereinstimmung des Glaubens mit der jeweiligen wissenschaftlichen Erkenntnis hat er stets mit besonderem Nachdruck verfochten[22].

Auch die Hoffnung auf einen religiösen Fortschritt mit all seinen für jene Zeit charakteristischen Äußerungen ist Schäffle gewiß von Anfang an vertraut gewesen. Wo immer er in seinen späteren Werken über das Wesen des Christentums spricht, hebt er die Mangelhaftigkeit und Überlebtheit seiner kirchen-geschichtlichen Formen hervor und sieht den reinen, religiös-ethischen Kern als die unverlierbare Grundlage seiner weiteren Vervollkommnung zu einer noch positiveren Ethik an, bis er schließlich in seiner Entwicklungslehre auch die Gestaltung der Religion einer Veredelung durch die soziale Auslese unterwirft[23]. Den christlichen Geist sieht er niemals an die Kirche gebunden, sondern überall als die Macht des Idealen tätig. Eben daher ist ihm Sozialpolitik vom Anfang an „praktisches Christentum" gewesen[24].

Ehrliche religiöse Toleranz mußte wiederum die Folge solcher Auffassungen sein. Sicher hat daher die betont tolerante Haltung Rothes Schäffle zu ihm hingezogen. Zudem sah gerade Rothe in allen Kirchen lediglich Werkzeuge für die Herstellung der einen vollendeten christlichen Lebensgemeinschaft, in der sie letzhin aufgehen sollten, und gab dadurch der religiösen Toleranz eine weitere Stütze[25]. Auch wohl von dorther maß Schäffle später jeder historischen Glaubensorganisation die gleichen kulturellen Aufgaben und damit im Verhältnis untereinander nur eine relative Bedeutung zu. Bei dieser allgemeinen Grundhaltung in dogmatisch-religiösen Fragen fehlte demnach im Falle einer näheren Berührung mit dem Katholizismus als positiver Religion jede Hemmung ebenso, wie für eine Hinneigung keine Voraussetzungen bestanden. Da-

---

21 Vgl. etwa die Definition in „Bau und Leben des sozialen Körpers", 1875, I, S. 181 u. 701.

22 So heißt es in der Schrift über die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie (1885, S. 109): „Der wahre Glaube kann der wahren Wissenschaft auf die Dauer nicht widersprechen."

23 In „Bau und Leben des sozialen Körpers" (1881, IV, S. 165) schreibt Schäffle einmal: „Ich glaube . . . daß das „reine" Christentum geschichtlich noch nicht verwirklicht ist." Ebenda definiert er das ewige Wesen des Christentums als „werktätige Liebe, Heiligung des Willens, Aufblick und Verpflichtung zum Höchsten bei begeisterter Arbeit für das Tagewerk dieses Lebens und für die Hebung der Mitmenschen, unablässige Vervollkommnung".

24 Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie, S. 19.

25 In „Bau und Leben des sozialen Körpers" (1881, IV, S. 695) bezeichnet Schäffle allerdings Rothes Erwartung eines Aufgehens der Kirche im verchristlichten Staat als eine „chiliastische Träumerei" und erklärt die Kirchen für notwendig als soziale Institutionen des religiösen Idealismus, die innerhalb der Teilung der menschlichen Geistesarbeit den spezifischen Beruf haben, „in allem auf das Göttliche, Ideale, Vollkommene hinzuweisen". Allein diese relativierende Zweckmäßigkeitsauffassung über das Wesen der Kirche stimmt mit Rothes Relativierung der Kirchen als Entwicklungsstufen in der entscheidenden Leugnung des absoluten Geltungsanspruches der historischen Kirchen durchaus überein und kommt nur in der Durchführung dieses notwendig toleranten Prinzips im gesellschaftlichen Aufbau zu abweichenden Folgerungen.

gegen bildeten protestantische Tradition und Erziehung ein wirksames Band an den überkommenen Glauben. Dem protestantischen Christentum, wie Schäffle es nun einmal verstand, sich innerlich zu entfremden, lag kein Anlaß vor. Vielmehr rühmte Schäffle gerade die religiöse Glaubens- und wissenschaftliche Denkfreiheit zeitlebens als die geschichtlichen Errungenschaften des Protestantismus[26]. Dazu wird die gleichsam eingeborene persönliche Gottesvorstellung — durch deren Annahme allein Schäffles Neigung zu Rothes theistischer Spekulation erst ganz verständlich werden kann —, verbunden mit einem freien selbstbewußten Verantwortungs- und Pflichtgefühl, auch eine innere Verbindung zum Glauben Luthers sehr wohl hergestellt und aufrecht erhalten haben[27].

So umfassend Schäffles religiöses Suchen war, so unbedeutend ist in diesen Lehrjahren noch sein rein philosophisches Fragen. Soweit er hierüber berichtet, hängt die philosophische Beschäftigung mit den transzendentalen Systemen seiner Zeit erkennbar mit der religiösen Auseinandersetzung zusammen. Höchstens in zweierlei Hinsicht kann man ein philosophisches Ergebnis dieser Jahre annehmen. Schäffle hat den idealistischen Boden niemals ganz verlassen, wie auch sein späterer Weg zu Rudolf Lotze und Albert Lange zeigt. Die „organische" Methode war ihm stets nur technisches Mittel, die Gesellschaft immer psychische Wechselbeziehung von Individuen, und bis zu seinem endgültigen Monismus hin blieb sein soziologisches Denken dem Materialismus fremd. Zugleich aber wird er im Einklang mit seiner allgemeinen geistigen Veranlagung stets nach einer Vermittlung zwischen Idealismus und Realismus, apriorischem und empirischem Denken gesucht und sich in gleicher Weise gegen materialistischen Sensualismus wie gegen einseitig ideologische Anschauung gewehrt haben. Dafür spricht wiederum die nachfolgende Verbundenheit mit Lotze, und den gleichen Eindruck gewinnt man aus seinen Veröffentlichungen von 1856 an. Denn so sehr er in diesen vor allem methodisch sich stets nur an die greifbare Erfahrung zu halten sucht, von seiner späteren grundsätzlichen Ablehnung der Metaphysik für alle Wissenschaft ist er noch weit entfernt, und nach seinem eigenen Geständnis hat ihn die philosophisch-theologische Spekulation bis in die siebziger Jahre hinein zum Teil gefangen gehalten[28].

Von viel nachhaltigerer Wirkung jedoch als der Erwerb dieser allgemein philosophischen Vorstellungen war für Schäffles geistige und politische Entwicklung die Bekanntschaft mit Schleiermachers Ethik. Er selbst weist dieser einen maßgebenden Einfluß auf sein späteres soziologisches System zu, indem er von dorther die Kategorien des symbolisierenden Handelns, der darstellenden und mittteilenden Güter entwickelt,

---

[26] Z. B. in „Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie" (1885, S.107).

[27] In der Schrift über die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie (1885, S. 17) schreibt Schäffle: „Ich war stets und bin im Glauben Theist". Ebenda entwickelt er gegenüber dem naturwissenschaftlich-materialistisch begründeten Atheismus seinen christlichen Theismus in einer ganz persönlichen und bekenntnishaften Form als die für ihn stets bestimmend gewesene religiöse Überzeugung.

[28] „Soziologie", S. 2. — Will man daher Schäffles Polemik gegen den „Widersinn und Hochmut" aller spekulativen Philosophie in seiner Schrift über die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie (1885, S. 14) richtig beurteilen, so muß man sie in den zeitlichen Zusammenhang hineinstellen.

d. h. die jenen Kategorien zugrundeliegende Erkenntnis sozialer Vorgänge als Verwirklichungen des Sittlich-Vernünftigen im Endlichen empfangen habe. Allein darüber hinaus ist die Befruchtung durch Schleiermacher erkennbar von noch grundlegenderer Art gewesen. Denn die begriffliche Aufgliederung des sittlichen Prozesses wurde für Schäffle trotz seiner ursprünglichen empirischen Auffassung des geschichtlich-sozialen Lebens ganz allgemein maßgeben. Zugleich lehrte ihn Schleiermacher, daß die Sittlichkeit eine das ganze Leben der menschlichen Geselschaft umfassende und bildende Kraft sei, nicht eine bloße Einschränkung der Triebe durch die Vernunft, wie Kant und Fichte meinten. Von dieser Grundlage aus wird es verständlich, daß Schäffle bald darauf den Krause'schen positiven Rechtsbegriff gegenüber der als negativ empfundenen Rechtsauffassung Kants dauernd übernehmen sollte.

Nicht minder eindrucksvoll werden für ihn der soziale Standpunkt und das entwicklungsgesetzliche Element in Schleiermachers Sittenlehre gewesen sein. Es erscheint kaum denkbar, daß auf die Ausbildung Schäffles zum Soziologen und Sozialpolitiker nicht die Einsicht Schleiermachers in die Gebundenheit aller schöpferischen sittlichen Tätigkeit an die Gemeinschaft eingewirkt haben sollte. Das Gleiche gilt für Schleiermachers Auffassung über die notwendige Entwicklung aller wesentlichen Seiten der menschlichen Natur zur Gemeinschaft, wie umgekehrt über die Entstehung aller Kultursysteme als ethischer Organismen aus dem Handeln der Vernunft auf die Natur[29]. Wenn Schleiermacher endlich die Sittlichkeit als höchste Entfaltung des Naturwirkens ansah, und wie in der Natur so in der geschichtlich-sozialen Welt eine gesetzmäßig fortschreitende Steigerung und Differenzierung auf Grund einer ständigen Durchdringung mit dem Geiste verwirklicht fand, so ist auch dies gewiß nicht ohne Eindruck auf das entwicklungsgesetzliche Denken Schäffles gewesen. Denn seine späteren Werke sind durchweg von dem Glauben der christlichen Ethik an die allmähliche Vervollkommnung des sittlich-geistigen Reiches erfüllt, und auch ihm waren Recht, Sitte und Moral schließlich nur die letzten Entwicklungsstufen des aus den Urtrieben sich entfaltenden Gesellschaftsprozesses. Allerdings sah er später den steten Fortschritt der Gesellschaft durch das Gesetz der sozialen Auslese im Daseinskampf bestimmt, aber selbst diese bewußt darwinistische Auffassung ders Sozialwissenschaften hat den sittlichen Idealismus als letzten Sinn seiner Entwicklungslehre niemals aufgehoben.

Der Umkreis der geistigen Beziehungen in Schäffles Lehrjahren ist damit abgeschritten. Nicht der Erforschung einer Anzahl von möglichen äußeren Einflüssen im Sinne von gleichsam mechanischen Einwirkungen galt die Untersuchung, sondern dem näheren Aufspüren des wahren Charakters jener Eindrücke und innerer Verwandtschaften, die Schäffle in seinen Erinnerungen mehr oder minder mit einer bloßen Aufzählung von Namen und Schlagworten wiedergibt. Notwendig mußte dabei in vielem vorausgegriffen werden, da der konkrete Niederschlag jener Aus-

[29] In seinem gesellschaftlichen System der menschlichen Wirtschaft (3. Aufl. 1873, I, 17) rühmt Schäffle an Richard Rothes christlicher Ethik die „großartige" Herausstellung des Gemeinsinnes als gesellschaftlichen Organisationsprinzips. Gerade hierin aber war Rothe ja ganz von Schleiermachers Auffassungen bestimmt.

einandersetzungen ausschließlich späteren Lebenszeiten angehört. Zweierlei erscheint als wichtiges Ergebnis dieser Bildungsjahre. Schäffle steht an ihrem Ende in seiner allgemeinen Haltung als Glied jener Richtung des deutschen Geistes da, die von Herder und Goethe über die Romantik und Schleiermacher zu Schelling, Hegel und dem Historismus führend, sich gegen die abstrakte, „natürliche" Betrachtungsweise des Daseins durch die Aufklärung wendet. Gegenstand ihres und so auch Schäffles Erkenntnisstrebens sind die geschichtlich-soziale Natur des Menschen, die historische Entwicklung, die Einheit der Gesellschaft, die Organismen der Kulturgemeinschaft in ihrer vielfältigen Harmonie und gegenseitigen Bestimmtheit zwischen Teil und Ganzem, der umfassende Zusammenhang, der dem einzelnen Gliede die rechte Einordnung und der Gesamtheit des Lebens den Sinn verleiht. Der Einsicht in die überindividuelle und eigenwertige Wirklichkeit der sozial-geschichtlichen Schöpfungen entspricht dabei, wie es auch bei Schäffle der Fall ist, das Gefühl notwendiger und gerade darum möglichst freiwilliger Zusammengehörigkeit in Staat und Wirtschaft, Nation und Kirche, Wissenschaft und Kunst.

Das andere wesentliche Kennzeichen an dem Ausgang dieses Lebensabschnittes ist die unverhältnismäßige Eigenart, Durchbildung und Geschlossenheit des errungenen Weltbildes. Schäffle hat den zunächst gegebenen Umkreis hinreichend durchmessen, um reif zu sein für die Eröffnung eines neuen erweiterten Blickfeldes ebenso wie für den Beginn eigenen politischen und wissenschaftlichen Handelns.

Den äußeren Abschluß seiner Lehrjahre bilden die 1855 mit sehr gutem Erfolg bestandene höhere Staatsprüfung für den Dienst im Innenministerium und der im Jahre darauf mit günstigem Zeugnis erworbene staatswirtschaftliche Doktorgrad der Tübinger Universität. Durch die Aussichten, die die Staatsprüfung eröffnete, schien auch die wirtschaftliche Existenz des Vierundzwanzigjährigen genügend gesichert, so daß er noch 1855 heiratete. Die Ehe war persönlich glücklich, wenn auch offensichtlich Schäffles Frau, eine geborene Caroline Scherff, niemals tiefere Wirkungen geistiger oder politischer Art auf ihn ausgeübt hat.

## Werden und Reifen der Persönlichkeit

„Wanderjahre" nennt Schäffle die Zeitspanne von 1855 bis zum Beginn seiner Lehrtätigkeit auf der Universität 1860. Allein nur in einem sehr bedingten Sinne kann man diese Zeit seines vollen Heranreifens zur politischen und wissenschaftlichen Persönlichkeit eigenen Gepräges derart bezeichnen. Wenn auch mehrfache ausgedehnte Reisen ihn fast in dem gesamten mittel- und westeuropäischen Bereich herumführen, so steht doch im Vordergrund die geistige Ausweitung seines Blickfeldes. Der Grund zum akademischen Berufe wird gelegt, die wissenschaftliche Laufbahn literarisch betreten und am politischen Leben über die journalistische Tätigkeit hinaus durch Zusammenarbeit mit Staatsmännern Anteil genommen. Die unmittelbaren Lebensverhältnisse selbst aber bleiben auch weiterhin schon infolge der Anstellung beim Schwäbischen Merkur der süddeutschen Heimat verhaftet.

Die erste für Schäffles politischen Werdegang bestimmend gewordene Erweiterung und Vertiefung erfuhr seine Berufsarbeit durch die enge Freundschaft mit dem württembergischen Landtagsabgeordneten Freiherrn Johann Georg v. Cotta. Als Buchhändler und Verleger ein Unternehmer großen Stiles, war dieser Angehörige des ritterschaftlichen Adels zugleich von mächtigem politischen Ehrgeiz erfüllt. Seine persönlichen Verbindungen umfaßten den ganzen deutschen Bereich. Insbesondere erstreckten sie sich, wie es für ein Mitglied der geistigen, politischen und standesmäßigen Führerschicht Süddeutschlands fast selbstverständlich war, nach Österreich hin. Cotta war überzeugter Großdeutscher im mitteleuropäisch-österreichischen Sinne, lebte und webte ganz in der gemeindeutschen Politik und war daher auch eifriger Verfechter einer österreichisch-deutschen Zollunion.

Man kann unschwer ermessen, welche Bedeutung die Bekanntschaft mit dieser einflußreichen Persönlichkeit für den aus kleinbürgerlichen Verhältnissen aufstrebenden jungen Schäffle haben mußte. Er wurde bald Cottas rechte Hand bei der Leitung seines bedeutenden politischen Tagesorganes, der Augsburger Allgemeinen Zeitung, und bei der Gestaltung der Deutschen Vierteljahrschrift, einer der führenden wissenschaftlich-politischen Zeitschriften Deutschlands, von angesehenstem Rufe und hohem geistigen Niveau. Schäffles vom politischen kaum trennbarer wissenschaftlicher Ehrgeiz fand durch ständige Veröffentlichungen in diesen weit über Bayern und Württemberg hinaus gelesenen Blättern

eine erste größere Wirkungsmöglichkeit. Vor allem seine Artikel in der Deutschen Vieteljahrschrift begründeten ihm bald einen wissenschaftlichen, zunehmend auch einen politischen Namen. Da Cotta ihn aber erst von 1857 an ganz in seine politische Tätigkeit hineinzog, steht anfangs der allgemeine und theoretische Charakter bei diesen Aufsätzen durchaus im Vordergrund. Gleichwohl vermitteln sie uns wertvolle Einblicke in Schäffles geistige und politische Entwicklung.

So bekämpft schon seine erste Abhandlung „Abbruch und Neubau der Zukunft" das Faustrecht des „laissez faire, laissez passer" zugunsten einer berufsgenossenschaftlichen Wirtschaftsorganisation. Über bloße Zeitkritik hinaus werden die ersten Elemente einer positiven Sozialanschauung gewonnen, die von vornherein durch ihr Bemühen um neue Bindungen auf der geistigen Grundlage alter Formen einen konservativen Zug neben ihrer Tendenz zu moderner Reform aufweist. Zugleich findet Schäffle in der Verbindung von historisch-kritischer Betrachtungsweise und positiver Programmatik eine für ihn charakteristische Form wissenschaftlich-politischer Darstellung.

Vorbildhafte Vergangenheit und innerlich aufgelöste Gegenwart werden einander gegenübergestellt[30]. Eine Überwindung der modernen Gegensätze zwischen Kapital und Armut und zwischen Staat und atomhafter Masse hält Schäffle nur durch neue, aus den Bedürfnissen der Gegenwart selbst entwickelte „organische Bildungen" für möglich[31].

Bei der näheren Entwicklung dieses allgemein wieder notwendig gewordenen synthetischen Prozesses auf dem Einzelgebiete des Gewerbelebens fordert Schäffle Behutsamkeit „ebenso gegen die bloße Restauration des unwiederbringlich Alten als gegen das schroffe Abreißen einer stetigen Entwicklung"[32]. Der hier sichtbar werdende gemäßigte Konservatismus seines Denkens erscheint nicht so sehr durch eine bestimmte Persönlichkeit oder Richtung beeinflußt — es käme unter Schäffles Bildungselementen überhaupt nur Baaders geistige Welt in Betracht —, sondern vielmehr als die Frucht eigener Veranlagung und der Erfahrung von 1848, des wenig revolutionären schwäbischen Stammescharakters und der umgebenden Genügsamkeit eines deutschen Mittelstaates. Hinzu kommt, daß eine solche Grundhaltung bei Schäffle durch seine kritische Einstellung

---

[30] D. V. Schr Jahrg. 1856, H. 1, S. 173 ff. — „An die Stelle der Mannigfaltigkeit gemeinwesiger Bildungen, die in der lebendigsten Wechselwirkung standen und erhaltend und erhebend auf die einzelnen sowohl als auf das Ganze wirkten, ist ein starrer Dualismus getreten, welcher auf die eine Seite die ungegliederte Masse der isolierten Individuen, auf die andere den Staat mit seiner drückenden mechanischen Vielregiererei gestellt hat. Dort hat der Atomismus, die allgemeine Zerfahrenheit zu einer wachsenden Kluft zwischen massenhaftem Reichtum und Armut der Masse geführt; hier hat die Staatsgewalt bei aller Routine den Gegensatz nicht zu bewältigen vermocht" (a. a. O. S. 173).

[31] „Es sind jene zwischen Individuum und Staat mitten inne stehenden Einigungen wieder aufzusuchen, welche mit der höheren Kraft einer höheren Gemeinschaft die Kenntnis der Bedürfnisse der Genossen und das Interesse, sie zu befriedigen, verbinden" (a. a. O. S. 173).

[32] a. a. O. S. 175. — „Wie die Entwicklung alles Organischen wird auch hier die neue Bildung mannigfach an das Alte anknüpfen."

gegenüber dem Liberalismus, der zu jener Zeit immer noch ein revolutionäres Prinzip in der politischen und gesellschaftlichen Ordnung verkörperte, fast zwangsläufig hervorgerufen werden mußte. Prokonservatives und antiliberales Denken beeinflussen sich dabei gegenseitig. In dieser Wechselbedingtheit erscheint sogar Schäffles negativ begründete Zurückhaltung gegenüber dem Liberalismus als die stärker treibende Kraft im Vergleich zu seinem positiven ursprünglichen Konservatismus.

Im Einklang mit diesen Auffassungen geht für Schäffle der Weg in die Zukunft über die Betrachtung des Vergangenen. Auch ist er der Meinung, daß man durch eine Untersuchung der Ursachen, aus denen die alten Formen dahingegangen sind, am ehesten zu dem Gedanken des neuen Aufbaues gelangen kann. Neben Schäffles Verbindung mit der historischen Schule der Nationalökonomie zeigt sich hier vor allem sein eigentümlich rationalistischer Entwicklungsgedanke. Angesichts der Unaufhaltsamkeit des geschichtlichen Fortschreitens und Umbildens verspricht eine Erkenntnis des vergangenen Ursachenzusammenhanges gleichsam von selbst das Heilmittel für eine Lösung der für die Zukunft gestellten Aufgaben, wenn man nur stets die natürliche Entwicklung zu ergreifen versteht.

Daraus ergibt sich die weitere Möglichkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit streng konservativem Denken, d. h. wirtschaftswissenschaftlich gesprochen mit der romantischen Nationalökonomie Adam Müllers. Diese hat nach Schäffle mit ihrem „Köhlerglauben" an die sittlich-religiösen Wirkungen des Zunftwesens an dem notwendigen Gang der volkswirtschaftlichen Entwicklung und der darauf beruhenden Undurchführbarkeit und Wirtschaftsfeindlichkeit des Zunftzwanges vorbeigesehen[33]. So wird auf eine für Schäffles Denkart bezeichnende Weise die Gewerbefreiheit als „unantastbares Postulat jeder neuen Ordnung des Gewerbelebens" gerettet, indem dieser klassischen Forderung Quesnays und Smiths die induvidualistisch-naturrechtliche Grundlage entzogen wird, und sie als das organische Ergebnis eines großen wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklungszusammenhangs erscheint.

Wie aber verträgt sich eine Verteidigung der den Zunftzwang auflösenden Gewerbefreiheit mit einer Kritik an eben diesem Zersetzungsprozeß[34]?

---

[33] Bei den modernen Produktionsverhältnissen wechseln die Stoffe und Bedürfnisse ebenso wie die Arbeitsmethoden ständig, die einzelnen Gewerbearten fließen immer mehr ineinander über, so daß eine Beschränkung in der Gewerbetätigkeit auf bestimmte Arbeitskreise unmöglich geworden ist. Außerdem lähmt der Zunftzwang den wirtschaftlichen Fortschritt, da er die Kapitalkonzentration, den Großbetrieb, die Arbeitsteilung und die Anwendung der Maschine verhindert (a. a. O. S. 189).

[34] Über die soziale Entwicklung des liberalen Kapitalismus heißt es: „Erst wirkte die Konkurrenz, belebend und steigernd, dann aber die Ausbeutung der Kleinen durch die Großen. Jetzt erst wurde die scharfe Kehrseite der wirtschaftlichen Freiheit, die absolute wirtschaftliche Selbstverantwortlichkeit gewahr" (a. a. O. S. 190). Dem folgt das Zugeständnis: „Allerdings steht der Notstand der Gewerbe, das Elend zu kleiner Existenzen am Schluß einer Entwicklungsreihe, deren Anfang durch die Gewerbefreiheit bezeichnet wird" (a. a. O.).

Nach Schäffle hat nicht die Gewerbefreiheit an und für sich zur Massenarmut geführt, sondern ihr Mißbrauch. „Nur das war geboten und ist noch jetzt Aufgabe, mit der Entbindung der Freiheit persönlicher wirtschaftlicher Entwicklung für eine mit ihr verträgliche Vergesellschaftung der kollidierenden Interessen zu sorgen“[35]. Schäffle fordert daher eine neue genossenschaftliche Ordnung als das „praktische Komplement“ der Gewerbefreiheit[36]. Diese neue Genossenschaft soll ebenso die wirtschaftlichen Fähigkeiten ihrer Mitglieder durch ein reiches Fachausbildungswesen heben — eine schon echt sozialpolitische Forderung —, wie eine wohltätige Erziehung zur Selbstregierung und zu öffentlichem Auftreten ausüben. Im Gegensatz zu der sozialistischen Erzeugungs- und Verbrauchsgenossenschaft eines Fourier, Owen und Blanc ist ihre Aufgabe nicht die Aufhebung der Einzelwirtschaft, sondern die „Potenzierung ihrer individuellen Kraft“, derart, daß jedes Mitglied zu höchstmöglicher Selbstentwicklung gelangt[37]. Gerade gegenüber jenen Tendenzen der „Umstürzer und unberufenen Reformierer“ werden freie Vereinigungen zu wirtschaftlicher Selbsthilfe auf individueller Grundlage als Stützen einer „die neue Zeit begreifenden“ konservativen Ordnung verfochten.

Läßt sich schon in alledem eine Verwandschaft mit dem 1853 aufgestellten Genossenschaftsprogramm Schultze-Delitzschs erkennen, so wird die Ähnlichkeit der Betrachtungsweise ganz offenkundig, wenn es für Schäffle das wichtigste soziale Bedürfnis ist, den Gegensatz zwischen Groß- und Kleinbetrieb zu überwinden. Der von ihm hierfür vorgeschlagene Weg ist freilich durchaus eigener Art, indem er fordert, jenen Gegensatz „in die Einheit einer neuen Ordnung organisch aufzulösen“, d. h. Fabrikanten und Handwerker durch die Gewerbsgenossenschaft in einer Interessengemeinschaft zu versöhnen. Demgegenüber kam es Schultze-Delitzsch in erster Linie darauf an, durch die Assoziation auch dem Kleinmeister die Bedingungen der Großindustrie zu verschaffen. Diese Verschiedenheit des letzten Zieles für die Genossenschaft ebenso wie die grundsätzliche Andersartigkeit des konservativ gefärbten Schäffle'schen Gedankenganges gegenüber der streng liberalen Ideenwelt Schultze-Delitzschs macht eine Beeinflussung Schäffles durch den letzteren doch recht unwahrscheinlich, zumal der Genossenschaftsgedanke damals überhaupt „in der Luft lag“.

Auch Schäffle ist freilich liberal genug, an die unwiderstehliche Macht des Kapitals als eines Trägers natürlicher wirtschaftlicher Kraftentfaltung zu glauben und so die Macht des Einzelnen im sozialen Leben als letzthin unbeschränkbar hinzunehmen[38]. Auf der anderen Seite wird

---

35 a. a. O. S. 191.

36 a. a. O. S. 208.

37 a. a. O. S. 193/4. — „Alles, was an kommunistische Vergemeinschaftung erinnert, ist mit Sorgfalt ferne zu halten“ (a. a. O. S. 200).

38 Ein wirtschaftliches Eingriffsrecht zugunsten des einzelnen Migliedes wird der Genossenschaft versagt. Aus der gleichen Vorstellungswelt heraus weist Schäffle den Fabrikanten und größeren Handwerkern die Führung der Genossenschaft zu: „Macht muß Recht werden, das wirtschaftlich und sozial Kräftige sucht mit sieghaftem Drang die entsprechende Stellung in der Verfassung der wirtschaftlichen oder sozialen Gruppe; keine zeitweilige, auf Betonung der natürlichen

aber durch die aus praktischen Gründen notwendige Erhebung der Genossenschaft zu einem gesetzlichen Zwangsverband mit Autonomie und Selbstverwaltung unter staatlicher Aufsicht in die Freiheit des Gesellschaftsgliedes doch eingegriffen[39]. Die „Fülle gemeinnütziger Bedeutung" der Genossenschaft ist dabei eine vollkommen ausreichende sittliche Rechtfertigung des Zwangssystems. Als die Wurzel solcher antiliberalen sozialpolitischen Betrachtungsweise wird hier die Staats- und Gemeinschaftsauffassung des deutschen Idealismus und der Romantik sichtbar, die an Schäffle in ihrer spätesten und gesteigertsten Form des Hegelianismus übermittelt wurde. Wohl auch aus eigenem Wachstum heraus ordnet er sich in diesen eigentümlichen Entwicklungszug des deutschen Geistes ein.

Indem Schäffle abschließend seine Legalgenossenschaft in das Gemeinde- und Staatsleben als Organ der Gewerbepolitik einbaut, hat er sie zu dem ganzen Umkreis des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens in Beziehung gesetzt[40]. Einerseits tritt in seinem Reformprogramm ein ethisch-sozialpolitischer Zug als durchwaltende Idee zutage. Andererseits wird die Verwirklichung dieser Idee durch einen ständigen Ausgleich zwischen Freiheit und Bindung ermöglicht. Als Grundgedanke wird dabei von Schäffle ein Freiheitsbegriff verfochten, der nicht das Fehlen jeder gemeinsamen Ordnung bedeutet, sondern der die Freiheit des einzelnen nur im Rahmen seiner, in den Gesamtorganismus von Berufsgenossenschaft, Gesellschaft und Staat eingeodneten Wirtschaftsfunktion anerkennt. Schon jetzt erscheint daher der innere Gegensatz Schäffles zum liberalen und kapitalistischen Individualismus unüberbrückbar[41].

In einer unmittelbar folgenden Abhandlung in der Deutschen Vierteljahrschrift über „Vergangenheit und Zukunft der deutschen Gemeinde" setzt Schäffle sich zum ersten Male ausführlich mit dem Liberalismus als historischer Erscheinung auseinander. Zugleich entwickelt er seine Auffassung von Staat, Gesellschaft und Nation und versucht dann auf dieser Grundlage Wesen und Lösung der sozialen Frage am Beispiel der Gemeinde als eines gesellschaftlichen „Mikrokosmos" darzustellen.

Der „synthetischen" Tendenz der neuen Zeit stellt er die „negative Arbeit der vergangenen revolutionären Periode" des Liberalismus gegen-

---

Gleichheit und Allgemeinfreiheit der Menschen gestützte Rechtsphilosophie vermag diesen Drang auszurotten" (a. a. O. S. 204).

[39] Denn der Staat hat aus gewerbepolizeilichen und gewerbepolitischen Gesichtspunkten ein Interesse an einer Gesamtordnung des einzelnen Gewerbes, und das Bedürfnis, durch die Gemeinsamkeit der Genossenschaft den Einzelnen zu stützen, ist allgemeiner Natur.

[40] „Die ganze Genossenschaft würde ein wohlgegliederter Körper, der bei lebendiger Teilnahme aller berechtigten Glieder die konservativste Tätigkeit entfalten müßte" (a. a. O. S. 207).

[41] In seinen Erinnerungen ( II, 143) behauptet Schäffle, er habe in „Abbruch und Neubau der Zukunft" auch bereits die Arbeiterzwangsversicherung „angedeutet". Man könnte eine entfernte Andeutung in dieser Richtung höchstens darin erblicken, daß gemäß jener Abhandlung die Legalgenossenschaft dem Staat die Armenpflege abnehmen und durch eine eigene Hilfsorganisation den Arbeiter gegen unverschuldete Not schützen soll.

über. Hat schon der absolutistische Staat die organisch gegliederte mittelalterliche Gesellschaft in eine unbewegliche Masse verwandelt, so wollte die darauf folgende liberale Zeit die Klassenunterschiede mit der Fiktion der allgemeinen Gleichheit „wegphilosophieren und wegpolitisieren“[42]. Dieser „negative“ Gleichheitsbegriff aber beruht auf dem industriellen Charakter der modernen Gesellschaft, da das bewegliche Industriekapital die mit dem Grundbesitz verbundenen ständischen Unterschiede beseitigt. Da das gewerbliche Vermögen weiterhin auf dem persönlichen Wirtschaftselement beruht, so ist auch die Idee der persönlichen Freiheit im „negativen“ Sinne der ungehinderten Entwicklungsfähigkeit nur Wesensausdruck der industriellen Gesellschaft.

Wenn auch Schäffle mit dieser Entwicklung der liberalen Gedanken aus dem volkswirtschaftlichen Fortschritt heraus der späteren materialistischen Geschichtsauffassung, vornehmlich von Karl Marx, sehr nahekommt, so ist doch sein Ausgangspunkt und Ziel allein jene, seit Herders Geschichtsphilosophie lebendige Betrachtungsweise, die die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in einem kausalen Gesamtzusammenhang zu erfassen sucht. Nur tritt bei Schäffle im Rückschlag gegen die spekulative Methode Hegels das nüchternere Erkenntnisstreben des Historismus zutage, und zwar in einer durchaus selbständigen, mit seiner nationalökonomischen Herkunft zusammenhängenden Art. Überdies läßt ja auch seine Geschichtsbetrachtung immer noch Raum für eine Ableitung der inneren Antriebe jener wirtschaftlichen Entwicklung selbst aus immateriellen Kräften.

In der negativen Freiheits- und Gleichheitsidee sieht Schäffle nun die Grundlage für die liberale Negierung des Staates, die im verfassungsrechtlichen Formalismus ihren Ausdruck findet[43]. Da der Staat demgegenüber seinen Einfluß zu wahren sucht, greift er seinerseits zu einem bevormundenden bürokratischen Regierungssystem[44].

So erkennt denn Schäffle bereits ein negatives historisches Ergebnis der liberalen Epoche, insofern sie nämlich ihre Freiheits- und Gleichheitsidee zum positiven Ordnungsprinzip von Staat und Gesellschaft erheben will. Ihr „schlechthin antisozialer“ Freiheitsbegriff würde nur die starke zentrale Staatsgewalt, die Errungenschaft des Absolutismus, der die „Staatlosigkeit“ des Mittelalters überwunden hat, wieder zerstören. Ihre Utopien erscheinen „so unwahr und dürftig“, durch die Geschichte

---

[42] D. V. S. 1856, Heft 2, S. 277/8. — Denn „der Liberalismus hat gerade den anorganisch gleichartigen Zustand einer aggregatisch geschichteten Gesellschaft, den arithmetischen Durchschnitt der sozialen Persönlichkeit oder das abstrakte Ich zum Ausgangspunkt aller Ideen und Bestrebungen“ (a. a. O. S. 277).

[43] „Weil seine (d. h. des Liberalismus — d. Verf.) Freiheit möglichste Losgebbundenheit, weil der Staat dem negativen, unorganischen Freiheitsbegriff eigentlich ein notwendiges Übel ist, gilt es, die Regierungsgewalt auf die möglichst schmale Kost zu setzen“. Daraus entsteht dann ein „unaufhörliches Feilschen mit der Staatsgewalt um etwas Losgebundenheit mehr oder weniger, ein ewiges formales Konstruieren des Verfassungsmechanismus, des konstituellen Gleichgewichts der Gewalten, ein Systematisieren des öffentlichen Mißtrauens“ (a. a. O. S. 305).

[44] „Die Bürokratie folgt dem Liberalismus, wie der Schatten dem Körper“; denn „dem dissoluten Freiheitsstreben der desorganisierten Gesellschaft sucht der Staat als das Haupt mit mechanischer, viel hineingreifender Gewalt zu wehren“ (a. a. O. S. 306).

als so „unschöpferisch und unfruchtbar" bloßgestellt, daß Schäffle für seine Zeit dem Liberalismus schon keine Bedeutung mehr zumißt[45].

Auf der anderen Seite fordert er aber historische Gerechtigkeit gegenüber den liberalen Ideen, die als Reaktion der industriellen Gesellschaft gegen den „geschichtlich nicht mehr nötigen" Zwang der absoluten Staatsgewalt zu würdigen sind und angesichts des ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwunges, den gewerbliche und landwirtschaftliche Individualfreiheit herbeigeführt haben, auch verständlich erscheinen[46]. Seine beiden geschichtlichen Funktionen, die Freiheits- und Gleichheitsidee ins allgemeine Bewußtsein der Zeit einzuleben und die Reste der Feudalgesellschaft zu beseitigen, hat der Liberalismus voll und ganz erfüllt. Der Absolutismus scheint nunmehr „abschreckend und widerlich"[47].

Nach dieser historisch-kritischen Auseinandersetzung entwickelt Schäffle seine eigenen politischen und sozialen Auffassungen im Anschluß an die gerade zur Bedeutung gelangte Gesellschaftswissenschaft, indem er wie sie die „Gesellschaft" als eigenes Lebensgebiet gegenüber dem Staate, als die Summe aller sozialen Bezüge betrachtet und nach ihrer richtigen „organischen" Ordnung fragt[48].

Gegen das Auseinanderstreben dieser, von den wirtschaftlichen Einzelinteressen getriebenen Gesellschaft hat der Staat als das „Zentralorgan", als „das zum Selbstbewußtsein und selbstbewußten Handeln einheitlich sich zusammenfassende Gemeinwesen" anzukämpfen. Nation endlich ist das Gemeinwesen in seiner Stellung als Individuum gegenüber anderen individuellen Gemeinwesen. In deutlichem, soziologisch begründetem Unterschied zu der von Stein und Mohl vertretenen Gesellschaftslehre sind hier Gesellschaft, Staat und Nation nur als verschiedene Bezüge ein und derselben menschlichen Gemeinschaft aufgefaßt. Der Staat ist entgegen Mohl als gesellschaftliche Funktion gesehen, nur daß die Gesellschaft noch „Gemeinwesen" heißt[49]. Dabei bemüht Schäffle

---

45 a. a. O. S. 277. — „Wollten freilich diese negativen Ideen zur positiven Gestaltung des Gemeinwesens, zu seinem schöpferischen Prinzip erhoben werden, so war dies ein im voraus bankerottes Beginnen; denn das Negative ist das schlechthin Entwicklungslose und Impotente, die Geschichte hat es daher gerichtet" (S. 280). Am gleichen Orte heißt es: „solange der Liberalismus überhaupt noch eine Macht war".

46 a. a. O. S. 296. — „Das Negieren ist auch eine geschichtliche Tat" (S. 278). Weiter heißt es: „Noch scheiden sich Kapital und Arbeit nicht kastenartig ab, noch gähnt nicht die Kluft zwischen Massenarmut und Massenreichtum . . . Man konnte daher der Utopie nachjagen, den unorganischen Gesellschaftszustand, welcher seine Disharmonien, die Klassen der industriellen Gesellschaft noch nicht entwickelt hatte, als die organische Ordnung selbst auf der Basis einer wirklichen Allgemeinfreiheit und Gleichheit zu fingieren" (S. 281).

47 a. a. O. S. 277.

48 a. a. O. S. 273. „Nachdem wir ganze Menschenalter hindurch nur von Staat und Individuum gewußt, nur für Freiheit und Gleichheit geschwärmt und im gemeinsamen Andringen gegen den absoluten Staat und die bevorrechteten Reste einer alten Gesellschaft die mit allerlei Fiktionen ausgebnet hatten", hat sich jetzt eine neue Zeitpolitik erhoben, „welche sich in ihrer stofflichen Auslassung auf das weite Gebiet der Gesellschaft bereits den unterscheidenden Namen der Sozialpolitik vindiziert hat" (S. 273/4).

49 a. a. O. S. 275. — Auch in der Formulierung unverkennbar soziologisch zeigt sich die Schäffle'sche Auffassung freilich erst in der (weiter unten besprochenen) Ab-

sich durchaus, ein Zurückgreifen auf die von Möhl erfolgreich bekämpfte, bloß gesellschaftliche Auffassung des Staates zu vermeiden, indem er den modernen Staatsbegriff, wie er sich im Absolutismus herausgebildet hat, voll aufrecht zu erhalten sucht. In dieser Richtung stützen ihn ja auch die politischen Anschauungen eines dynastischen Kleinstaates, wie sie ihn von Jugend auf umgaben. Erst sehr viel später, nach 1871, ist er schließlich in seiner Entwicklungslehre doch dahin gekommen, den Staat letzthin in der Gesellschaft wieder aufgehen zu lassen. Dagegen hat sich als ein dauerndes Hemmnis gegenüber einem Rückfall Schäffles in das abstrakt-menschheitliche Gesellschaftsdenken der Aufklärung der Begriff der Nation im Sinne einer lebendigen Individualität erwiesen. Die diesem Begriffe zugrunde liegende romantische Erkenntnis der Kollektivindividuen, die im Historismus weiterwirkte, hat Schäffle wohl von dorther übernommen.

Schon hier werden die beiden Richtungen sichtbar, die im Grunde seine gesamten Auffassungen über Staat, Gesellschaft und Nation bestimmt haben; die universalistisch-menschheitliche, die aus dem soziologischen Gesellschaftsdenken ebenso notwendig folgt, wie sie dieses befruchtet, und die nationale, die als unverlierbares Erbe der deutschen Geistesentwicklung ihr Recht gegenüber dem Universalismus verlangt. Das Feld, auf dem sie sich auseinandersetzen, ist das staatlich-politische Leben, das jede Strömung für die Verwirklichung ihrer Ideale fordert.

Während die Zeit nun beinahe an einer „Hypertrophie" der Staatsgewalt leidet, fehlt es ebenso an der nationalen Zusammenfassung, wie an der organischen Durchgliederung der Gesellschaft oder, was dasselbe ist, an der Lösung der sozialen Frage; denn die vorhandenen sozialen Disharmonien lassen sich nur durch eine Neuordnung der desorganisierten Gesellschaft beseitigen. Diese soziale Frage ist eine „innerlich ebenso reiche, praktisch ebenso wirksame" Aufgabe, wie die nationale und ihr „schon begrifflich ebenbürtig"[50]. Trotz äußerlicher Gleichstellung des nationalen und des sozialen Problems steht dennoch das letztere am Anfang der wissenschaftlichen Laufbahn Schäffles im Vordergrund seines Interesses. Es ist der Ausgangspunkt seines Denkens über die Zeitprobleme, und die soziale Bestimmtheit seiner späteren österreichischen Staatsidee hat hier eine ihrer frühesten Wurzeln.

Gegenüber der „Gesellschaftslosigkeit" der Zeit erfordert die alles Leben ordnende Idee des Organismus, die zugleich die germanische ist, „als ein eingeborener Trieb in den deutschen Volksgeist von Anfang an gesenkt", daß das soziale Atom des „abstrakten" Staatsbürgers wieder in seine „konkreten" sozialen Bezüge eingeordnet wird[51]. Eine solche soziale Gliederung gewährt dem Einzelnen durch die Hilfe seiner Klassengenossen die beste Bürgschaft gegen den Despotismus und ist zugleich ein Schutz für die Staatsgewalt, in dem sie das Individuum in den

---

handlung über den modernen Adelsbegriff, wo er die „wirkliche" Gesellschaft einerseits als „einheitliches Zentralleben", d. h. als Staat, und andererseits als „Mannigfaltigkeit der einzelnen Glieder und ihrer besonderen ständischen Funktionen", d. h. „als Gesellschaft im engeren und eigentlichen Sinne" betrachtet.

[50] a. a. O. S. 276.

[51] a. a. O. S. 282 u. 294.

Schranken seiner sozialen Sphäre hält. Sie sichert damit die „organische Evolution" der Gesellschaft gegen absolutistischen Zwang wie gegen die Revolution der negativen Freiheit und gibt auch die einzig mögliche reale Erfüllung des Freiheits- und Gleichheitsbegriffes. Denn sie gewährt die Freiheit nicht als „möglichste Losgebundenheit vom Staat und allen anderen einzelnen", sondern als „Freiheit jedes Gliedes in seiner organischen Funktion", als ein „freies Dienen Aller gegen Alle"[52]. Zugleich verwirklicht sie die Gleichheitsidee nicht als „allgemeine Nullität", sondern als „harmonische Einheit des Verschiedenartigen"[53]. Auf diese Weise führt die echt germanische, organische Freiheit und Gleichheit, statt zur liberalen „unfreien Gleichheit der allgemeinen Armut und gleichen Unfreiheit der allgemeinen Knechtschaft", vielmehr zur „freien Gleichheit mannigfaltigen Wohlstands und zur ungleichen Freiheit der Ordnung"[54].

Die neue soziale Gliederung darf freilich nicht in mittelalterlicher Restauration die politischen Funktionen der staatlichen Zentralgewalt wieder ständisch oder zünftlerisch auflösen[55]. Die sozialen Interessengemeinschaften haben vielmehr eine so große „eigentlich gesellschaftliche" Aufgabe, daß sie dem Staat das politische Feld ganz überlassen können. Eine politisch „indifferente", sozial aber „umso tiefere" gesellschaftliche Form muß die neue Gliederung bestimmen, und das ist die schon aus „Abbruch und Neubau der Zukunft" bekannte Legalgenossenschaft, die das industrielle Grundelement der modernen Gesellschaft konservativ zu machen hat.

Nach diesen Grundsätzen versucht Schäffle dann die neue soziale Gliederung an der Gemeinde als der örtlichen Gemeinschaft der materiellen Interessen durchzuführen und diese als einen „unter dem vollen organischen Einfluß der zentralen Staatseinwirkung stehenden, gesellschaftlich übrigens sein eigenes Leben führenden Sozialkörper von vertieftem sozialen Zweckinhalt" zu gestalten[56]. Während der Liberalismus — so heißt es in scharfer Wendung gegen Rotteck und seine vormärzlichen Zeitgenossen — durch seinen politischen Formalismus nur einen „viel zu luxuriösen konstitutionellen Mechanismus" schuf, gegenüber der sozialen Struktur der Gemeinde aber seine völlige Unfähigkeit erwies, ist jetzt ein allgemeines „Sozialbürgertum" zu begründen, das jeden städtischen Einwohner als soziale Persönlichkeit ergreift und neben der politischen Verwaltung eine soziale entstehen läßt[57]. Zugleich müssen autonome Genossenschaften die soziale Interessenpflege übernehmen, jedem eine öffentliche Sphäre freier Betätigung einräumen, dadurch den Gemeinsinn wecken und mit dem Hinweis auf die Solidarität der allgemeinen

---

52 a. a. O. S. 283/4.

53 a. a. O. S. 284.

54 a. a. O. S. 284/5.

55 „Ein Gemeinwesen überhaupt ist in seinem innersten Wesen umsomehr bedroht, je mehr die Vertretung der Staatsidee an die Repräsentation spezieller gesellschaftlicher Interessen fällt, während seine gesunde Entwicklung in dem Maße mehr gesichert ist, als die Träger und Diener der Staatsidee das allgemeine Interesse gegen das gesellschaftliche Interesse geltend machen" (a. a. O. S. 355).

56 a. a. O. S. 292.

57 a. a O. S. 306.

Wohlfahrt mit der genossenschaftlich-individuellen das nationale Bewußtsein stärken.

Endlich wäre eine neue ständische Verfassung durch Bildung der Gemeindeorgane aus den Spitzen der Assoziationen zu begründen. Denn das Steuerklassenwahlrecht verhindert nur die Geltendmachung zusammengehöriger Berufsinteressen, und für ein allgemeines gleiches Wahlrecht fehlt es überhaupt an der Voraussetzung einer sozialen Hebung der Masse[58].

Überblickt man die reformatorischen Gedankengänge Schäffles, so erscheint als wesentlich treibender und durchaus selbstständig entwickelter Gedanke die Auffassung, daß das Individuum sich ganz der sozialen Entwicklung widmen soll. Die Politik ist demgegenüber Sache des Staates, der nicht nur in sozialer Hinsicht neutral, sondern überhaupt merkwürdig abstrakt und unpersönlich als ein über allen Interessenkämpfen ruhendes Wesen gezeichnet wird. Das Letztere steht in einem eigentümlichen und nur durch die historische Umgebung eines deutschen dynastischen Partikularstaates verständlichen Widerspruch zu der gleichzeitigen Auffassung des Staates als eines lebendigen einheitlichen „Organismus", wie sie der nachkantischen Philosophie und der Romantik vornehmlich Adam Müllers zu eigen gewesen, von dorther durch den Historismus aufgenommen im Strome der deutschen Geistesentwicklung ständig weiter wirkte und daher auch Schäffle befruchtet hat.

Daneben erscheint es als charakteristisch, daß Schäffle stets versucht, seinen Standpunkt aus dem Ablauf der Geschichte heraus zu entwickeln und dadurch mittelbar zu rechtfertigen. Da er zugleich trotz weitgehender Kritik alle positiven Werte der Vergangenheit und Gegenwart aufrechterhalten und zusammenfassen will, hat eine starke zentrale Staatsgewalt in seinem Programm ebenso ihren Platz wie Freiheit und Gleichheit. Nicht nur mit der rationalen Logik, sondern auch mit der national deutschen Vorstellungswelt sieht er seine Ideen im Einklang. Auf diese Weise kommt es zwar zu einer allseitigen begrifflichen Harmonie, aber diese Vereinigung des Widerstrebenden beruht auf dem dialektischen Verfahren, daß fast sämtlichen Begriffen ihr eigentümlicher historisch-politischer Gehalt genommen und ein neuer gegeben wird. Man glaubt geradezu ein ästhetisches Vergnügen Schäffles an seinem durchaus nicht starr-doktrinären System zu spüren.

Nach näherem Hinsehen erkennt man freilich in dieser ganzen Methode noch etwas anderes als angeborene Neigung zum vermittelnden Denken, nämlich das Erbe des Hegelianismus. Fast überall läßt sich die Dreistufigkeit feststellen, wobei jeweils die „Synthese" der Gegenwart vorbehalten ist. Zum Beispiel folgt der Errichtung der absoluten Staatsgewalt die Reaktion der Ideen von 1789, und beides in der höheren Idee des Organismus zu vereinigen ist Aufgabe der Gegenwart; nach der Staatlosigkeit des Mittelalters kommt es im Rückschlag zur Gesellschatfslosigkeit von Absolutismus und Liberalismus und, die selbständige Verwirklichung der Gesellschafts- neben der Staatsidee ist wiederum der

[58] „Die Erfahrung hat immer bewiesen, daß es entweder nicht oder daß es zur Korruption benutzt wird", a. a. O. S. 234.

Beruf der Gegenwart, d. h. gerade die Lösung der sozialen Probleme erscheint als die Hauptaufgabe einer historisch notwendigen „Synthese". Und sollte nicht auch auf die harmonisierende Begriffsspekulation Schäffles hegelianisches Erbe befruchtend gewirkt haben? Fest steht jedenfalls, daß sein Geschichts- und Zeitbild bei aller Verbindung mit dem Empirismus der historischen Schule seinen systematisch-evolutionären Zug dem Hegelianismus verdankt.

Auch in der nächsten größeren Abhandlung Schäffles über den modernen Adelsbegriff, in der er ein Reorganisationsprogramm für den deutschen Adel auf Grund seiner Stellung in der modernen Gesellschaft entwickelt, wird der Ausgangspunkt, die Idee einer neuen ständischen Gliederung, als Teilproblem einer hegelianisch anmutenden Synthesis aus der geschichtlichen Entwicklung heraus begründet. Im Gegensatz zur mittelalterlichen „Synthese ständischer Gliederung und eines relativ freien Verkehrs" haben weder Absolutismus noch Liberalismus Freiheit und Ordnung zu vereinigen gewußt[59]. Während nun einerseits trotz Ablehnung der herrschenden „negativen politischen Orthodoxie" doch die antifeudalen Errungenschaften des Liberalismus zu wahren sind, und die individuelle Freiheit als Lebenselement der modernen Gesellschaft aufrecht zu erhalten ist, so kann andererseits wahrhafte Allgemeinfreiheit nur bei einer ständischen Gliederung bestehen, und die „Synthese" dieser beiden Elemente ist daher die Aufgabe der Gegenwart[60]. Eine solche ständische Ordnung entspricht zugleich einem „organischen" Aufbau der Gesellschaft, wie sie auch die Gebrechen der Zeit heilen wird[61]. Dabei ist, entgegen jeder Rückkehr ins Mittelalter, die eine Mißachtung der „eigensten" Zeitaufgabe wäre, die passende Organisationsform wiederum die moderne Genossenschaft, die dem Einzelnen hinreichende Freiheit läßt und doch durch Sammlung der sozial verwandten Elemente die soziale Frage in ihrem „eigensten" Inhalt löst.

Unter den einzelnen Problemen einer sozial-ständischen Reform steht für Schäffle die Aufgabe einer Adelsreorganisation an erster Stelle, entsprechend der „hervorragenden" Stellung, welche der Adel unter den Ständen einnimmt. Und nun folgt eine Idealisierung des zeitgenössischen

---

[59] D. V. S. 1856, H. 3, S. 328. — „In der Zopfzeit war die Gesellschaft keine freie, in der revolutionären keine geordnete, jene litt an starrer Unterschiedenheit, diese an anorganischer Unterschiedslosigkeit. Die Revolution hat den Zopf, die Kastenunterschiede, die Privilegien niedergelegt. Dies ist ihre ewige Bedeutung und ihr Recht. Aber sie hat sich ins andere Extrem einer Freiheit gestürzt, die alle organische Ordnung zerstört hat" (a. a. O. S. 325).

[60] „Die geistige und materielle Höhe der Zeit beruht auf dem ungehinderten Walten und der freien Entwicklung der individuellen Persönlichkeit" (a. a. O. S. 360). Allein, „die Individualfreiheit erhält ihre praktische Erfüllung erst dadurch, daß jedes Individuum — mit aller Freiheit der Wahl allerdings und ledig der Fesseln des Kastenrechtes — an dem bestimmten ständischen Platz der Gesellschaft, den ihm seine Verhältnisse anweisen, seine Stelle einnehmen und je auf diesem Boden seine individuelle Entwicklung suchen kann . . . Jedem soll der Weg in alle Sphären der Gesellschaft offen stehen; aber jeder soll, um eine bestimmte Stellung einzunehmen, die Voraussetzungen gerade dieser Stellung erfüllen" (S. 324).

[61] „Die ganze Misere der Zeit führt in letzter Instanz auf das soziale Grundübel der Standlosigkeit zurück . . . Der Wendepunkt zu einer entschiedenen Besserung der sozialen Zustände liegt in der Rückkehr von dem Extrem der isolierten Freiheit" (a. a. O. S. 326/7).

Adels, zu der Schäffle offenbar durch das Vorbild des menschlich und geistig bedeutenden Cotta angeregt wurde[62]. Zum ersten Male veranlassen ihn persönliche Eindrücke zu einer politischen und wissenschaftlichen Verallgemeinerung, die sich nur durch eine mehr oder minder starke Ausschaltung seines kritischen Verstandes erklären läßt[63].

Dem idealen Zeitbild folgend, entwickelt Schäffle dann als die „ewige" Idee des Adels die „erhabene" Funktion, das Gesamtleben des Volkskörpers, dessen „Quintessenz" er ist, universal zusammenzufassen und „mikrokosmisch" zu repräsentieren[64]. Durch die industrielle Grundwirschaft soll er Industrie und Landwirtschaft vereinigen, durch das „allgemeine Patronat" des sozialen Fortschritts die Gegensätze in der Gesellschaft versöhnen und als „spiritus rector" einer gleichmäßigen Gesamtentfaltung das geistige Leben in sich konzentrieren. Dergestalt im Besitze des „sittlich-geistigen Primates der Nation" hat er in der Politik durch Mäßigung die „gleichmäßige Bewegung" im Staatsleben zu verbürgen und repräsentativ als erste Kammer die „politische Spitze" der Gesellschaft zu bilden[65].

Regieren soll er freilich nicht; denn die Staatsidee wird heute von Fürstentum und Beamtentum verkörpert. Hier wird der geschichtliche Boden des schon in „Vergangenheit und Zukunft der deutschen Gemeinde" aufgesuchten Schäffle'schen Staatsbildes sichtbar. Es ist der

---

62 Schon in „Vergangenheit und Zukunft der deutschen Gemeinde" bezeichnet Schäffle den Grundadel als den „geborenen Träger des Fortschritts" und als die „persönliche Spitze" der Gesellschaft. (D. V. S. 1856, H. 2, S. 351/2). Jetzt rühmt er an ihm „erhöhte Spontaneität sozialer Betätigung und größere Rezeptivität für die wahlverwandten Elemente der übrigen Gesellschaft". (S. 323; hier dürfte sein persönliches Verhältnis zu Cotta seinen Niederschlag gefunden haben.) „Es gibt kaum eine großartige Unternehmung von gemeinem Nutzen für das geistige oder ökonomische Gesamtleben, wobei wir nicht Adlige als Träger und willige Patrone finden . . . Überall weckt er schlummernde Kräfte durch Stiftung von Industrien, Banken, Eisenbahnen; er zeigt sich als Träger des landwirtschaftlichen Fortschritts; Schutz der nationalen Arbeit, Hebung der unteren Klassen und ähnliche Zwecke finden an den hervorragendsten Gliedern des Standes willige Patrone" (S. 354 u. 323).

63 Man höre z. B. folgenden Vergleich zwischen Grundadeligem und städtischem Bürger: „Er (der Adlige — d. Verf.) genießt soviel freien oder Luxuswert wie der Städter, aber er vergeudet ihn nicht in schnellem Leben, nicht in flüchtigem Genusse, nicht rein zu persönlichen Liebhabereien . . . Vielmehr legt er einen größeren Teil seines Luxusverbrauches in Gutsverschönerung, in Schloßkunstbauten, in größerer Verwendung für die Kunst und Imagines als geistiges Familienkapital an" (a. a. O. S. 339). Wahren menschlichen Adel, d. h. eine „das geistig-sittliche Gesamtleben in ihrer Bildung zusammenfassende Persönlichkeit" sieht Schäffle „für die Regel" nur durch adlige Familienzugehörigkeit gesichert (S. 375). Überhaupt meint er, „daß Unterricht und Erziehung, innere und äußere Bildung, die Richtung auf die Willens- und Charakterbildung und die auf Intelligenz beim Adel in der Regel mehr im Gleichgewicht stehen, als bei einem anderen Stand als solchen . . . Auch erscheint unter dem Adel wohl häufiger als bei anderen Ständen ein Zusammenklang des religiösen und wissenschaftlichen Sinnes, des Glaubens und des Wissens, frommer und freier Anschauung" (S. 350).

64 a. a. O. S. 333.

65 So schon in „Vergangenheit und Zukunft der deutschen Gemeinde", wo Schäffle dem grundbesitzenden Adel ein qualifiziertes Stimmrecht in der Gemeinde gibt, den Großgrundbesitz überhaupt von der Gemeindeorganisation eximiert und in dieser politischen Sonderstellung des Adels keine Bevorrechtigung, sondern „nur den adäquaten rechtlichen Ausdruck seiner hohen sozialen Stellung" sieht (S. 353).

vom deutschen Fürstentum geschaffene, möglichst ruhselig auf sich konzentrierte mittlere und kleine Partikularstaat, aus dessen Atmosphäre heraus Schäffle den Staat in erster Linie unpolitisch sieht, d. h. als eine Art neutrales Polizeiorgan für die innere Ordnung, nicht aber als eine Zweck-Organisation für einen politischen Machtträger, der mit ihrer Hilfe sich außenpolitisch zu behaupten und daher innenpolitisch dem lebensbeherrschenden Machtgesetz entsprechend eine durch jenes Ziel bestimmte Interessenpolitik treiben muß. Aus dieser historischen Herkunft seiner Staatsauffassung heraus ist Schäffle bis weit über die 70er Jahre hinaus überzeugter Monarchist gewesen[66]. Daher kann die politische Rolle, die er dem Adel zuweist, von Anfang an nur beschränkt sein. Und doch darf man für die Beurteilung seiner späteren Haltung zum österreichischen Feudaladel nicht außer Acht lassen, daß Schäffle in dieser frühen Abhandlung die politischen Aufgaben des Adels unter häufiger Zitierung des großen konservativen Feindes der französischen Revolution, Edmund Burkes, zu bestimmen sucht, daß er dem Adel auch in seinem, inzwischen konstitutionell gewordenen Fürstenstaat hohen politischen Rang verleihen möchte und daß er vor allem durch die führende Rolle, die er ihm auf den übrigen Lebensgebieten zuweist, eine kräftigende Rückwirkung auf seine politische Machtstellung ermöglicht[67].

Das Mittel für die Erfüllung der idealen Zwecke des Adels ist die Bildung einer adligen Genossenschaft. Wenn hierbei auch die „Gerechtigkeit und Notwendigkeit einer weitgreifenden Purifikation" des Standes hervorgehoben wird, so erfüllt doch der begüterte Adel als der Kern des neuen schon jetzt alle Aufgaben vollständig; nur bei geistig-sittlichen drückt Schäffle sich etwas eingeschränkter aus[68]. Jene Adelsgenossenschaft soll dann als der „konkrete Ausdruck" der ganzen Nation ein Band um Deutschland schlingen und zugleich zum Träger des Gedankens der nationalen Einheit werden, freilich nur dieser Einigung „in ihren berechtigten Grenzen", wie der Württemberger sorgsam hinzufügt. Wieder taucht die nationale Frage scheinbar als Mittelpunkt, in Wahrheit aber durchaus am Rande des Schäffle'schen Denkens, auf.

Durch den geistigen Gehalt dieser ersten bedeutenderen literarischen Erzeugnisse Schäffles könnte über seine Stellung zu seiner Zeit leicht ein etwas zu einfacher und daher irriger Eindruck hervorgerufen werden. Denn bei aller Kritik und Reform ist auch Schäffle in wesentlichen Elementen seines Denkens und Wollens durchaus von den herrschenden Strömungen seiner Epoche ergriffen. So zeigt ihn der im gleichen Jahre

---

66 Noch in der Schrift über die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie (1885, S. 17) schreibt er: „Im Staate war und bin ich, was die beste Verfassung für große alte Kulturnationen betrifft, Monarchist".

67 Hier sei auch darauf hingewiesen, daß Schäffle sich in seinen (weiter unten besprochenen) Berichten über die Brüsseler September-Kongresse und den 3. Internationalen Kongreß für Statistik energisch gegen die von französischer Seite erhobene Forderung einer Aufteilung des Großgrundbesitzes und für die Erhaltung desselben einsetzt.

68 „Der Stand hat in geistiger und sittlicher Beziehung seine dunklen Schatten" (S. 349). Hinterher kommt freilich gleich eine entschuldigende Erklärung: „Er leidet aber in dieser Beziehung nur an derselben Entwicklungskrankheit wie alle übrigen Stände. da er wie diese mitten in einer gänzlichen sozialen Umbildung begriffen ist" (a. a. O.).

1856 erschienene Aufsatz über das Aktienwesen in besonders hohem Maße von den „großartigen" Erscheinungen des zeitgenössischen Wirtschaftslebens erfüllt. Der freie ökonomische Aufschwung scheint ihm die weittragendsten Aussichten für den Fortschritt der Menschheit zu eröffnen[69]. Starker, ideell sogar überwiegender Einfluß der damals mindestens in der Theorie vorherrschenden liberalen Betrachtungsweise läßt sich z. B. in seinen Ausführungen über die möglichst zurückhaltende Stellung des Staates zur Volkswirtschaft gar nicht verkennen[70]. Aus demselben Geiste heraus wendet Schäffle sich in dem 1857 erschienenen Bericht über die Brüsseler internationalen Wohltätigkeits- und Zollreformkongresse von 1856 gegen eine zu sozialistische, die Individualfreiheit gefährdende Gestaltung der Genossenschaft, und hält ferner eine freihänderische Abrechnung mit dem „spekulativen Irrtum" List's und dem nationalen Programm der Schutzzollpartei ab[71].

Bei der etwas späteren Untersuchung über die Wirtschaftskrise von 1857 kommt es zu der verschärften Forderung der Wirtschaftsfreiheit als Recht des Fortschritts und der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit als Pflicht zur Wachsamkeit gegenüber allen Eingriffen des Staates in das industrielle und kommerzielle Leben[72].

---

69 „Das heutige Aktienwesen", D. V. S. 1856, H. 4, S. 459 ff. — Schon in „Vergangenheit und Zukunft der deutschen Gemeinde" ist ihm der „Fortschritt der Zivilisation" das Ziel des menschlichen Lebens, und daher erscheint ihm gegenüber den vergangenen Zeiten die Gegenwart „geistig wie materiell entschieden auf höherer Stufe" (S. 346). — In dem 1857 veröffentlichten Artikel „Die Brüsseler Septemberkongresse" (D. V. S., H. 2, S. 261 ff) heißt es: „Wer nicht selbst ein ideenloser, steifleinener Mensch ist, . . . kann doch das Großartige, Poetische, Ideale dieser Gegenwart nicht verkennen; sie bietet für religiöse Belebung, für ideale Auffassung offene Seiten genug. Und sollte man denn immer wieder die elementarste Wahrheit wiederholen müssen, daß bürgerliche praktische und höhere sittliche und religiöse Bildung einander nicht bloß nicht ausschließen, sondern entwickeln?' (a. a. O. S. 282). Hier deutet sich auch bereits die spätere, trotz anerkennender Worte verhältnismäßig nüchterne Auffassung Schäffles über die mögliche Hilfeleistung der Religion für die Lösung der wirtschaftlich-sozialen Fragen an.

70 Wenn Schäffle zunächst erklärt, er sei „grundsätzlich eingenommen gegen das Faustrecht des laissez faire, laissez passer", so werden diese Worte fast allen Wertes beraubt durch die Bemerkung, „daß alle administrativen Eingriffe zur Verhütung jeglicher Mißbräuche ihre bedenklichen Seiten haben und der Tag zu begrüßen wäre, an welchem die Regierung alles der ordnenden Macht der freien Konkurrenz und des volkswirtschaftlichen Selfgovernments überlassen könnte" (a. a. O. S. 261). — Auch in der unmittelbar folgenden Abhandlung über die Besoldungsfrage (D. V. S. 1857, H. 1, S. 296 ff.) wird die wirtschaftliche Aufgabe des Staates mit den Worten „Beförderung und einheitliche Entwicklung einer selbstwüchsigen Volkswirtschaft" durchaus widerspruchsvoll gekennzeichnet (S. 337).

71 „Kann . . . irgend jemand daran zweifeln, daß der Begriff der Volkswirtschaft in schnellem Zuge sich zur Weltwirtschaft erweitere, daß ein ökonomischer Kosmopolitismus im praktischen Entstehen und in raschester Entwicklung begriffen sei, daß das „nationale System" (Anspielung auf List's Hauptwerk — d. Verf.) und seine industrielle Selbstgenügsamkeit und Allentwicklung als eine mikrokosmische Träumerei immer mehr erscheinen wird? . . . Der industrielle Erziehungsplan nimmt sich wohl recht hübsch auf dem Papier aus, in Wirklichkeit aber . . . werden künstliche Existenzen geschaffen, welche den entsprechenden Fortschritt hindern (D. V. S., H. 2, S. 328/9).

72 „Die Handelskrisis" (D. V. S. 1858, H. 1). — „Gewerbliche Staatsaufsicht und Staatsintervention, eine das Korrelat der anderen, treiben den Mißbrauch nur auf unverfolgbare Abwege, untergraben die freie Mäßigung, stumpfen die wirtschaft-

Dennoch glaubt man z. B. in den fast radikalen sozialpolitischen Gedanken, die in der erwähnten Abhandlung über das Aktienwesen entwickelt werden, plötzlich einen starken geistigen Niederschlag der Beschäftigung Schäffles mit den französischen Sozialisten — St. Simon und Proudhon werden schon in „Vergangenheit und Zukunft der deutschen Gemeinde" häufig zitiert — deutlich zu spüren. Schäffle sieht nämlich in der unpersönlich kapitalistischen Natur der Aktiengesellschaft eine günstige Möglichkeit für den Staat, in den Organen der Gesellschaft maßgebenden Einfluß zugunsten der Arbeiterfürsorge auszuüben. Er hält es sogar für gerechtfertigt, daß diese Fürsorge notfalls durch Konzessionsbedingungen — die Errichtung einer Aktiengesellschaft mußte damals in der Regel noch vom Staate konzediert werden — erzwungen wird. Dabei wäre etwa zu bestimmen, daß Prozente des Reingewinnes in Unterstützungskassen für die Arbeiter fließen, das Kapital dieser Kassen zum Teil in Aktien des Unternehmens angelegt und die Arbeiter dadurch am Gewinn der Gesellschaft beteiligt werden müßten. Überhaupt wird die Beschäftigung mit den französischen Sozialisten von befruchtendem Einfluß für die ersten Versuche Schäffles gewesen sein, den sozialen Problemen, deren Erkenntnis sich durch die Zustände der Zeit von selbst aufdrängte, nun auch durch positive Maßnahmen beizukommen. Wirksam konnte dieser Anstoß zur Sozialpolitik allerdings nur werden, weil Schäffle von Anfang an aus der eigentümlich deutschen Geistesentwicklung heraus einen positiven Staatsbegriff in sich trug.

Wie auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete, so tritt ebenfalls in den beiden Arbeiten, in denen Schäffle sich zum ersten Male eingehender mit den Problemen der Staatsverwaltung auseinandersetzt, liberales Zeitdenken zutage, und zwar vorherrschender und geschlossener als in jenen anderen Fragebereichen[73]. Schon der tiefere Grund für seine Beschäftigung mit Verwaltungsangelegenheiten ist die bezeichnende Frage, wie die politische Idee der Freiheit in die Wirklichkeit umgesetzt werden könne. Dabei sieht Schäffle in der inneren Verwaltung eine Möglichkeit für die Freiheit als „pflichtenvolle vielgestaltige Selbstverwaltung", im Gegensatz zu ihrer verfassungsrechtlichen Konstruktion als „Inbegriff formaler staatsbürgerlicher Berechtigungen", d. h. seine bekannte Abneigung gegen den älteren verfassungspolitisch und formalrechtlich orientierten Liberalismus mit seinem „unfruchtbaren Haschen" nach der absolut besten Verfassungsreform bleibt unberührt[74].

---

liche Selbstbeherrschung, die geschäftliche Sittlichkeit, die Solidarität ab, und setzen den Affentrieb der Nachahmung und des Schlendrians an die Stelle der einzelnen erwägenden Vorsicht" (a. a. O. S. 419).

[73] „Die Besoldungsfrage" (D. V. S. 1857, H. 1, S. 296 ff.) und „Das Wachstum des englischen Verwaltungsstaates" (D. V. S. 1858, H. 4, S. 262 ff.). Die letztere Abhandlung wurde durch Rudolf v. Gneist's Werk über das englische Verwaltungsrecht angeregt.

[74] D. V. S. 1858, H. 2, S. 262. — „Durch individuelle und korporative (assoziative) Übernahme von Funktionen, welche bisher der Staat in seinem Verwaltungsorganismus für die Gesellschaft vormundschaftlich geübt hat, weil eine praktische Freiheit gewonnen werden, . . . welche eine organische Verwirklichung zuläßt, sofern sie jedem den ihm heimischen Kreis als Freiheitsgebiet zuweist, statt die Volksmasse mit Gleichheitsprätentionen unvermittelt auf die ihr unverständlichen höchsten Sphären des öffentlichen Lebens hinzuhetzen" (a. a. O.).

Aufgabe der Gegenwart ist somit „die zu organischer Selbsttätigkeit wiedererwachte bürgerliche Gesellschaft von der absoluten Beherrschung und Bevormundung der Staatsgewalt zu befreien", und das bedeutet vor allem die „Exstirpation des bürokratischen Polyps" der Staatsverwaltung mit seinen verheerenden Auswirkungen[75]. Wiederum bleibt der Angriff auf die Vertreter des politischen Freisinns als die „eigentlichsten Geistesverwandten" der Bürokratie nicht aus[76]. Allein selbst jene liberale Bürokratie hat die historische Rechtfertigung, „daß die alte, verzopfte und verkröpfte Gesellschaft durch den Schmelztiegel der Polizeibeherrschung hindurch in den geläuterten homogenen Fluß der modernen überzugehen vermochte"[77]. Auch jetzt hat die Staatsgewalt entgegen den übertriebenen Selbstverwaltungsbestrebungen sich nicht etwa zur Ruhe zu setzen, sondern ihrerseits den Trägern der Selbstverwaltung, den Genossenschaften, die Grundlinien der Entwicklung vorzuschreiben[78]. Denn mit Volkssouveränität hat Selbstverwaltung nichts zu tun, wie Schäffle aus seiner monarchistischen Staatsauffassung heraus betont. Sie soll nur ein neues „soziales Beamtentum" begründen. Gegenüber dem mittelalterlichen Mangel eines selbständigen Staatsbeamtentums und der absolutistischen Erstickung der Gesellschaft hat die Gegenwart als „der Morgen einer neueren Kulturepoche" die „Synthese (sic!) zu vollziehen, „beide Extreme zu versöhnen", soziales und politisches Beamtentum nebeneinander auszubilden[79].

Diese Reformaufgabe muß allerdings nicht durch Übernahme der fälschlich idealisierten englischen Selbstverwaltung, sondern als eine „nach unseren historischen Verhältnissen und nach unserer Bildung eigentümliche und selbständige" gelöst werden[80]. Trotz Zurückweisung jener, von liberaler Seite damals häufig erhobenen Forderung möchte aber auch Schäffle den Schutz der Grundrechte als der „bürgerlichen Existenzbedingungen" durch gerichtliche und gesetzmäßige Beschränkung der Verwaltung gern nach englischem Vorbild in Deutschland eingerichtet sehen. Aus der gleichen Abneigung gegen die polizeistaatliche Willkür entwickelt er gegenüber Gneist seine soziologisch begründete Auffassung, daß die Staatsverwaltung nicht „abstrakt selbständig" außer und über, sondern in der bürgerlichen Gesellschaft als eine „organisch aus ihr sich

---

75 D. V. S. 1857, H. 1, S. 297. — „Die Folgen einer Verwaltung, welche wie die Amme oder der Vormund leitend und kontrollierend jeden Untertan von der Wiege zum Grabe geleitet, sind: ein unselbständiges, in jeder Privatnot nach der Regierungsleine tastendes, zu geordneter Freiheit und freier bürgerlicher Selbsttätigkeit unfähiges und unwilliges, mit den Regierungsleistungen notwendig unzufriedenes Volk" (a. a. O. S. 328).

76 „Nur um den Privilegienteufel aus der modernen Gesellschaft hinauszutreiben, trugen sie keine Bedenken, die Gesellschaft der Vormundschaft des Beamtentums zu überlassen" (a. a. O. S. 298).

77 a. a. O. S. 299.

78 „Die Existenz einer starken durchgreifenden Staatsgewalt liegt vielmehr ganz im Geiste der neueren Entwicklung des Gemeinlebens. Der fortgehenden Befreiung und Potenzierung individueller Regsamkeit entspricht als notwendiges Korrelat ein mächtiger zentraler Zusammenhalt" (a. a. O. S. 327).

79 a. a. O. S. 333.

80 D. V. S. 1858, H. 4, S. 263. „Man muß nicht wie früher die Verfassungs-, so künftig die Verwaltungsideale aus der Fremde, d. h. aus ganz anderen Voraussetzungen heraus, nehmen und unserem Gemeinleben aufpfropfen wollen" (a. a. O.).

erzeugende Lebensseite" stehen müsse[81]. Schäffles Gesellschaftsbegriff ist hier schon auf dem Wege, den Staat aufzusaugen. Während Mohl die Gesellschaft gerade als das zufällige Zusammenleben einer nicht organisierten Gemeinschaft Einzelner der gestaltenden Einrichtung durch den Staat unterwerfen wollte, versucht Schäffle gegenüber dieser die deutsche Staatswissenschaft mehr und mehr beherrschenden Anschauung den Staat in den Urorganismus der Gesellschaft einzuordnen. Hatte er erst nur die Gesellschaft neben dem Staat „organisch" gliedern wollen, so mußte er dabei in Konflikt mit seiner geschichtlich übernommenen positiven Staatsauffassung geraten und bemüht sich nunmehr, diesen Widerspruch dadurch aufzuheben, daß er den Staat als die gleichsam höchste und leitende Funktion der menschlichen Gesellschaft selbst rechtfertigt.

Überblickt man diese ersten Untersuchungen Schäffles über das Verhältnis von Selbstverwaltung und zentraler Staatsmacht, so zeigt sich, daß er an keiner Stelle konkret prüft, was denn für eine starke staatliche Gewalt notwendig ist[82]. Gerade dies ist aber die Frage, die nicht allein im Hinblick auf den föderalen Charakter seiner späteren östereichischen Staatsidee am meisten interessiert, sondern die doch überhaupt die politisch wichtigste des ganzen Problemkreises ist. In diesem Mangel tritt der von Anfang an rational-theoretische Zug in Schäffles Behandlung der Staatswissenschaften deutlich hervor, obgleich Schäffle sich gerade des empirischen Charakters seiner Arbeit sicher fühlt[83].

Mit dem Jahre 1857 erhält die wissenschaftlich-politische Publizistik Schäffles eine neue Note. Die aktuellen Probleme der deutschen Politik werden für ihn immer mehr von beherrschender Bedeutung. Dabei zeigen schon seine „Untersuchungen über eine Ordnung der deutschen Geldsurrogate" ( D. V. S. 1857, H. 3, S. 243 ff.), in denen er die Grundlagen für eine gemeinsame deutsche Papiergeld- und Banknotenordnung entwickelt, seine föderal-partikulare Auffassung. Statt einer deutschen Nationalbank will er ein freies Kartell der territorial-staatlichen Banken, bei dessen Begründung auch Östereich ein Mitberatungsrecht mit dem Vorbehalte eines späteren Beitrittes zu gewähren wäre. Die allgemeine Ablehnung kleindeutscher und einheitsstaatlicher Ideen ist ebenso erkennbar, wie die besondere Wendung gegen die preußische Politik, die mit Hilfe des Zollvereins zunächst ein wirtschaftliches Klein-Deutschland erstrebte.

Eine wirklich tiefgehende Berührung mit den wirtschaftlichen und politischen Fragen Deutschlands brachte aber erst die Reise nach Wien,

---

81 a. a. O. S. 266.

82 Nur in der Abhandlung über die Besoldungsfrage findet sich einmal die allgemein gehaltene Bemerkung, die Aufgaben der Selbstverwaltung seien diejenigen, „welche, ohne bloß einzelne Individuen anzugehen, doch nicht als allgemein, als der zentralen Staatstätigkeit zugehörig bezeichnet werden können" a. a. O. S. 333)

83 In seinem Bericht über den 3. Internationalen Kongreß für Statistik (D. V. S. 1857, H. 4) setzt er sich sehr für diese damals noch ganz junge Wissenschaft ein mit der Bemerkung: „Warum spinnt die Staatswissenschaft, trotzdem man ihr hundertmal demonstriert, sie sei eine empirische, immer wieder am spekulativen Rocken?" (a. a. O. S. 280). Seine eigene „Spekulation" ist freilich nicht so sehr philosophisch bestimmt, als vielmehr die Frucht seiner politischen Ideologie.

die Schäffle 1857 zum Internationalen Statistischen Kongreß unternahm. Durch Empfehlung Cottas kam er mit östereichischen Staatsmännern zusammen, und die fesselnde Begegnung mit den zum Teil ebenso bedeutenden wie glänzenden Persönlichkeiten der damaligen Aera Bach führte auch zur Aufnahme einer neuen Vorstellungswelt, die ihn sofort ganz gefangen nahm. „Voll von neuen und großen Anschauungen und von tiefen Anregungen" kehrte er heim[84]. Zum ersten Male wirkt sich die Empfänglichkeit Schäffles auf sein politisches Denken aus.

Der Niederschlag dieser Begegnungen war ein doppelter. Einmal betraf er die speziell österreichischen Fragen, und zum andern wird er durch großdeutsche Gedankengänge bestimmt, wobei mitteleuropäische Wirtschaftspläne im Vordergrund stehen. Schäffles Kongreßbericht in der Deutschen Vierteljahresschrift (1857, H. 4, L. 236 ff.) zeigt, wie sehr ihn der „gewaltige Umgestaltungs- und Neubelebungsprozeß" Österreichs beeindruckte. Er hatte sich offenbar vorher kaum mit österreichischen Staatsproblemen näher befaßt. Das Donau-Reich war ihm nach seinem eigenen Geständnis „mehr oder weniger eine terra incognita" gewesen. Der Rückschlag war um so stärker. Ein großes politisches Schauspiel der Zeit — es sind die letzten Jahre einer wahrhaften Großstaats- und Großmachtspolitik des Kaiserreiches — ergreift ihn mit einer unmittelbaren Begeisterung, in der auch zum ersten Male ein echter nationaler Ton mit anklingt[85].

Für den politischen Kampf Schäffles in den folgenden Jahren wurde es nun entscheidend, daß ihm die österreichischen Fragen von den Vertretern des herrschenden absolutistisch-bürokratischen Zentralismus nahegebracht waren, und daß daher sein politisches Österreich-Bild von diesen Verwaltungsmännern bestimmend beeinflußt wurde. Vor allem waren es Karl v. Czörnig, Sektionschef im Handelministerium und Chef der amtlichen Statistik, und Karl v. Hock, Sektionschef im Finanzministerium, deren hohe wissenschaftliche Bildung eine natürliche Brücke des Verständnisses zu Schäffle schlug und ihrem politischen Einfluß eine feste Grundlage gab. So sah denn auch Schäffle Österreich weniger als einen ethnisch-sozial vielfältigen Körper, sondern in erster Linie als eine große Einheit, fand diese Vorstellung durchaus „bestrickend"[86] und vertiefte sie durch ein gründliches Studium im österreichischen Verwaltungsrecht an Hand des von jenem Geiste erfüllten Werkes von Czörnig über die „Neugestaltung Österreich" (1858).

---

[84] „Aus meinem Leben" I, 60.

[85] „Zum Bewußtsein ist es uns allen jetzt gekommen, daß wir bei der im Osten neu aufgehenden Kultursonne nicht mehr in der alten geistigen Gleichgültigkeit gegen den Hort Deutschlands nach Osten verharren dürften . . . War es ein Wunder, daß uns Österreich auf dem Kongreß mehr interessierte als der Kongreß in Österreich? . . . Das zum Schluß dargebrachte Hurrah auf den jungen und verjüngenden Kaiser von Österreich und auf die Neugestaltung des Letzteren gab wenigstens für uns einem überwiegenden Gefühle Ausdruck" (a. a. O. S. 236/37). — Übrigens war auch der Kongreß als solcher nicht ganz ohne Niederschlag bei Schäffle; denn dieser fordert in seinem Bericht die Begründung eines gesamtdeutschen Statistischen Zentralbüros.

[86] Aus meinem Leben I, 176.

In diesem Buche stellt Czörnig die Umgestaltung des habsburgischen Staatswesens durch den bürokratischen Zentralismus der Aera Schwarzenberg-Bach von 1848—1858 in Form eines Rechenschaftsberichtes dar, der bei aller Sachlichkeit den Charakter einer Rechtfertigungsschrift nirgends verleugnet. Zwei Gedanken werden als die treibenden Kräfte der staats- und verwaltungrechtlichen Neubildung Österreichs herausgestellt; einmal das Ziel eines Kaisertums vieler freier Völker, und zum anderen „die Idee des großen einigen Österreichs“[87]. Der erstere echt österreichische Gedanke verwirklicht das „ethnographische Prinzip“ in seiner Berechtigung und sichert jedes Volk vor nationaler Vergewaltigung. Er ist daher vor allem gegenüber den Magyaren durchzusetzen, die unter Mißachtung des Volkstumsgedankens die anderen Völker Ungarns ständig zu tyrannisieren suchen[88]. Ein weiterer Mißbrauch des „ethnographischen Prinzips“ liegt in der Nationalitätsidee, die fast sämtliche Staaten Europas untergraben würde und schließlich überall zur Republik führen müßte. Hier ist der Hauptfeind des österreichischen Kaisertums der italienische Nationalismus, dem schon allein die geographische Zersplitterung und die rassenmäßige Verschiedenheit der Bevölkerung Italiens jede Berechtigung nehmen[89].

Das ander Erfordernis für die Erhaltung Österreichs ist nach Czörnig die Begründung einer festen Reichseinheit gegenüber dem vor 1848 bestehenden Zustande des „historischen Rechts“, unter dem Östereich nichts anderes als ein „Aggregat von Besitzungen und Ländern, die, in ihrer Gesamtheit betrachtet, unter sich kaum mehr Gemeinsames als die Dynastie hatten“[90]. Jetzt tritt an Stelle der staatsrechtlichen Sonderstellung jedes Gebietes die Gleichheit aller Länder. Jedes Gebiet ist nunmehr „Kronland“ und als solches zwar ein selbständiger staatsrechtlicher Begriff, aber jede Verschiedenheit zwischen den einzelnen Verwaltungsbezirken ist durch die Gleichheit aller Staatsbürger im materiellen wie im formellen Rechte zu beseitigen. Eine solche Reichseinheit kann ihre Verkörperung allein im Monarchen finden; denn die Volkssouveränität würde in Österreich zur Zehn-Völker-Souveränität und damit zur Auflösung des Reiches führen[91]. Die Einheit Österreichs kann somit nur auf eine konservativ-monarchische Politik im Innern wie nach außen hin gegründet werden[92].

Dieses Österreich-Bild hatte noch eine andere Seite. Das einheitliche Österreich war zugleich ein großes deutsches; denn der gesamtstaatliche Standpunkt in Österreich war nun einmal geschichtlich der deutsche. Die

---

87 Vorwort, S. VII.

88 a. a. O. S. 13. — Die Entwicklung Ungarns seit Joseph II. ist für Czörnig nur eine ununterbrochene Rebellion, die zunächst latent vor sich geht, schließlich aber 1848 offen zum Ausbruch kommt Eine Nachwirkung dieser kühlen Einstellung Czörnigs gegenüber den Magyaren in Schäffles späterer betont antimagyarischen Gesinnung und Politik ist durchaus möglich.

89 a. a. O. S. 17/19. — Die innere Verbindung zu der jahrelangen Feindseligkeit Schäffles gegenüber dem italienischen Einheitsgedanken erscheint offenkundig.

90 a. a. O. S. 2.

91 a. a. O. S. 26.

92 Setzt Czörnig sich im Inneren für das „erhaltene Prinzip“ des adeligen Großgrundbesitzes ein, der „als eine Schutzwehr des Thrones“ die seiner Bedeutung entsprechende Stellung in der öffentlichen Verwaltung erlangen muß (S. 3),

Deutschen hatten die Monarchie als Ganzes mit Hilfe des von ihnen geführten Heeres und kraft ihrer überlegenen Kultur geschaffen. Sie allein hatten in fast jedem Kronland bedeutende Siedlungen und konnten daher einen gesicherten Zusammenhalt nur in einer kraftvollen Reichseinheit erblicken. Auch Czörnigs Werk, das für Schäffles Österreich-Bild von so tiefwirkendem Einfluß wurde, läßt das Kaisertum der vielen freien Völker stets ein Kaisertum von deutscher Art sein, unlösbar verknüpft mit dem Blut- und Geistesstrom des deutschen Volkslebens. Für Czörnig ist Österreich stets „die erste deutsche Großmacht“[93]. Nur wenn Preußen sich mit ihr ausgleicht, kann „die Wohlfahrt und die politische Macht Deutschlands so wie die gesicherte Stellung von Mitteleuropa“ erzielt werden[94]. Der „in den tiefsten Wurzeln einer tausendjährigen Geschichte begründete Zusammenhang Österreichs mit Deutschland“ ist für Czörnig lebendige und verpflichtende Wirklichkeit, aus der für jedes geistige und materielle Gebiet des öffentlichen Lebens in der habsburgischen Monarchie die entsprechenden Folgerungen zu ziehen sind[95].

---

so verherrlicht er für das auswärtige Wesen Metternichs konservatives Denken: „Sein scharf blickender Geist erkannte frühe die Gefährlichkeit der im Stillen heranreifenden, unter den mannigfachsten Gestaltungen zur Erscheinung gelangenden revolutionären Tendenzen, und bewog ihn zu dem allerwärts geltend gemachten und standhaft durchgeführten Entschlusse, das allen Staaten gemeinsame Übel durch gemeinsame Gegenwirkung zu bekämpfen“. — Die erstere, aus den historischer Verhältnissen der Monarchie begründete innenpolitische Forderung Czörnigs mag auf Schäffles späteres Zusammengehen mit dem österreichischen Feudaladel wohl miteingewirkt haben.

[93] a. a. O. S. 67.

[94] a. a. O. S. 69. — „Deutschland, dessen Gestaltung ohnehin der Keime der Uneinigkeit so viele enthält, vermag nur durch diesen Einklang sein politisches Gewicht zu erhalten, welches hinwieder Österreich und Preußen in ihren außerdeutschen Beziehungen kräftiget und ihren Einfluß in dem europäischen Konzerte zum entscheidenden macht“ (a. a. O.).

[95] a. a. O. S. 67. — Wie Czörnig stets die Ideen des einheitlichen Österreich, des Kaisertums vieler freien Völker und des deutschen Österreich miteinander in Einklang bringt, läßt seine Darstellung der Grundprinzipien für die Gestaltung des Schulwesens in besonders eindrucksvoller Weise erkennen. Zum einen sieht er das echt österreichische Prinzip darin, daß „jeder einzelne an Zahl irgend bedeutende Volksstamm“ das „Recht“ hat, den Volksschulunterricht in der eigenen Sprache zu empfangen (S. 600). Zum anderen will er auch das kulturelle Einheitsbedürfnis berücksichtigt wissen: „Wo aber die wissenschaftliche Ausbildung beginnt, da treten die ethnographischen Anforderungen in den Hintergrund, es wird zunächst darauf gesehen, ob die Sprache des bezüglichen Volksstammes eine Kultursprache sei, welche ein vollkommen geeignetes Mittel für die Unterweisung in den Wissenschaften darbietet“ (S. 601). Endlich entspricht diesem kulturellen Erfordernis in ganz Österreich mit Ausnahme der italienischen Gebiete lediglich die deutsche Sprache: „Die österreichische Regierung müßte auf ihre höhere Mission, die Kultur zu fördern und namentlich nach Osten zu tragen, verzichten, wenn sie sich des tauglichen Mittels hierfür begeben wollte, welches darin besteht, daß die wissenschaftlich gebildeten Männer jener (d. h. der slawischen und ungarischen — d. Verf.) Länder die deutsche Sprache und Wissenschaft gründlich kennen und durch erstere befähigt werden, die letztere in ihren heimischen Kreisen zu verbreiten“ (S. 602). Allein nicht nur in den slawischen und ungarischen Gebieten muß es das Ziel sein, „daß in den oberen Klassen allmählich der deutsche Unterricht vorwiege“ (S. 601), sondern selbst in den italienischen Kronländern muß im höheren Unterricht Deutsch obligatorisch sein; denn die allgemeine Verwaltungssprache nördlich der Alpen und die Heeressprache überhaupt ist nun einmal Deutsch, und das Bedürfnis der Reichseinheit verlangt daher die Unterordnung der italienischen Länder unter diese deutsche Einheit (S. 602/3).

Zwangsläufig mußte die Begeisterung für ein solches deutsches Österreich das schon vorhandene großdeutsche Denken bei Schäffle fördern. Nicht allein innerstaatlich wirkte sich das deutsche Österreichbild Schäffles aus, indem er etwa zu der Ansicht kam, Böhmen sei inzwischen germanisiert[96], sondern vor allem auf wirtschaftspolitischem Gebiete. Denn Czörnig und Hock waren beide hervorragende Gesinnungsgenossen Brucks, und dessen Ziel war die Herstellung einer mitteleuropäischen Wirtschaftseinheit von der Nordsee bis zur Adria. Ihren großdeutschen Kern sollte die Zollunion zwischen Österreich und dem Zollverein bilden, auf deren Grundlage Österreich dem deutschen Handel den Weg nach dem Orient zu öffnen, das übrige Deutschland aber die österreichische Kulturaufgabe im Osten zu stützen hatte. Der Anschluß Belgiens, Hollands, Dänemarks und Mittelitaliens sollte später folgen. In einem solchen wirtschaftlichen Mitteleuropa sah Bruck eine Notwendigkeit für Deutschland, um den Wettbewerb mit dem englischen Empire aufnehmen zu können. Schon zur Zeit seiner Tätigkeit als österreichischer Handelsminister 1848—51 waren Hock und Czörnig seine bedeutendsten Mitarbeiter[97]. Als 1855 Brucks zweite Ministertätigkeit im Finanzwesen begann, wechselte Hock, der dank großer Detailkenntnis sein erster Gehilfe war, ins Finanzministerium hinüber. Auch er lebte ganz in den Bruck'schen Gedankengängen, die deutsch-österreichische Zoll- und Handelseinigung war ihm ein „lebensfroher" Gedanke[98], und sobald er wieder mit Bruck zusammenarbeitete, nahm er unter dessen Leitung Zollermäßigungspläne für Verkehrserleichterungen zwischen Österreich und dem Zollverein auf.

Unter den hervorragenden Persönlichkeiten der österreichischen Staatsführung war es nun gerade Hock, der zu Schäffle in ein sich allmählich vertiefendes Freundschaftsverhältnis trat und dessen „Meister" für die praktische Handelspolitik wurde[99]. So wird auch Schäffle von jener großdeutsch-mitteleuropäischen Vorstellungswelt ergriffen, — nicht ohne tiefe innere Notwendigkeit. Denn wenn er sich für das zentralistische Großösterreich begeisterte, so mußte er sich als Nationalökonom auch für die Pläne einsetzen, die nach der Meinung Brucks und seiner Mitarbeiter die wichtigste Stütze für die Schaffung und Erhaltung eines solchen Österreich bilden sollten. Da nämlich für jene österreichischen Staatsmänner der gesamtstaatliche und der deutsche Standpunkt in Österreich identisch waren, so sollte die Handelseinigung mit dem übrigen Deutschland die Deutschen in Österreich stärken, dadurch als ein materielles und geistiges Band gegen die zentrifugalen Tendenzen der Donau-Monarchie

96 Die Abneigung gegen das Tschechentum brauchte damit in keiner Weise verbunden zu sein. Im Gegenteil, Czörnigs Werk, aus dem heraus Schäffle offenbar auch jene Vorstellung über Böhmen gewann oder jedenfalls doch gewinnen mußte, lobt die Tschechen als „jugendlich kräftigen, mit hervorragender Intelligenz begabten" Stamm, aus dem der Monarchie die „tüchtigsten Mitarbeiter" zugeströmt seien (S. 7). Ein Einfluß dieser Auffassung auf die spätere tschechenfreundliche Haltung Schäffles ist sehr wohl möglich.

97 In seiner „Neugestaltung Österreichs verherrlicht Czörnig immer wieder den „großen und fruchtbaren, wenn auch erst in späterer Zeit (doch dann um so gewisser) reifenden Gedanken einer Vereinigung von ganz Deutschland, von Ober- und Mittelitalien mit Österreich in allen Verkehrshinsichten" (S. 74).

98 Brief an Kübeck v. 11. 3. 1851; abgedr. bei Charmatz, S. 65.

99 Aus meinem Leben I, 59.

wirken, und dieser Rückhalt Österreichs Staatsprobleme im deutschen, d. h. im Einheits- und gesamtstaatlichen Sinne, lösen.

Schon 1857 war für Schäffle die technisch-verwaltungsmäßige Durchführbarkeit der deutsch-österreichischen Zollunion eine „unumstößliche Gewißheit"[100]. Dies allein war freilich noch keine hinreichende Begründung für ihre Verwirklichung. War doch der wirtschaftspolitische großdeutsche und mitteleuropäische Gedanke unlösbar verknüpft mit den allgemeinpolitischen Machtfragen, d. h. mit dem Verhältnis zwischen Preußen und Österreich und der Lösung des deutschen Einheitsproblems. Dadurch, daß Preußen ein wirtschaftspolitisches Kleindeutschland zu begründen suchte, wurde jede Wirtschaftspolitik, die Österreich in den deutschen Lebensraum voll einbeziehen wollte, notwendig antipreußisch. Sie war sogar in einem besonderen Grade proösterreichisch, indem sie den Kaiserstaat vermöge seiner zentralen geographischen Lage zu einem Mittelpunkt des europäischen Verkehrs machen und ihm dadurch auch großartige politische Möglichkeiten eröffnen mußte. Dies alles hatte Bruck durchaus erkannt. Er war es gewesen, der der Idee eines wirtschaftlichen Mitteleuropa konkreten politischen Gehalt gab, indem er ihre Verwirklichung als den „wichtigsten" Schritt zur staatlichen Einigung Gesamtdeutschlands bezeichnete und zur vornehmsten Bundesreformfrage für Österreich erhob. Er war nicht nur der Überzeugung, daß die ökonomische Basis überhaupt die sicherste Grundlage der deutschen Einigung sei, sondern er sah auch, daß der separate kleindeutsche Zollverein zu einer politischen Form werden konnte und daher eine schwere Gefahr für den Deutschen Bund und Österreichs Stellung in Deutschland verkörperte[101].

Als nun Schäffle sich ab 1858 öffentlich für eine deutsch-österreichische Zollunion einsetzte, erklärte er ganz im Einklang mit den von Bruck bestimmten Ideen der österreichischen Wirtschaftspolitiker ihre Begründung zur ersten Aufgabe „positive großdeutscher Politik"[102]. Freilich war es bei einer solchen Politik auf wirtschaftlicher Grundlage ein naheliegendes taktisches Mittel, das geplante Ziel möglichst schon aus den wirtschaftlichen Bedürfnissen heraus als eine Notwendigkeit zu begründen und die politische Seite zurücktreten zu lassen[103]. Ganz unverständlich erscheint es aber, wenn Schäffle in seinen Erinnerungen plötzlich die Zolleinigung überhaupt für unabhängig von der allgemeinpolitischen Lösung der deutschen Frage erklärt[104]. Gewiß tritt die ver-

---

100 Aus meinem Leben I, 91.

101 Vgl. die Denkschrift Brucks vom 30. 5. 1850; abgedr. bei Charmatz, S. 179 ff. Sehr klar heißt es einmal: „Ein deutscher politischer Verein muß in unserer Zeit auch zum Zollverein werden und umgekehrt" (a. a. O. S. 181).

102 Aus meinem Leben I, 91.

103 In seiner Denkschrift über die Aufgaben Österreichs vom Sommer 1859 (Charmatz, S. 241 ff.) schreibt Bruck geradezu: „Wenn man bisher nicht ohne Absicht der deutschen Zolleinigung eine politische Tragweite abgesprochen hat, so ist jetzt die Zeit gekommen, diese vielmehr offen zu verkünden" (a. a. O. S. 251).

104 Die Handelsunion war möglich, ganz abgesehen von der Frage, wie verfassungspolitisch der Hegemoniekampf zwischen Österreich und Preußen enden würde, „wie auch nachträglich die staatrechtlichen Verhältnisse zwischen Preußen, den Mittelstaaten und Österreich und wieder innerhalb Österreichs zwischen dessen einzelnen Kronländern sich gestalten mochten". „Der verfassungspolitisch „großdeutsche" Gedanke war in jenen Jahren noch nicht maßgebend für mich gewesen" (Aus meinem Leben I, 91 u. 61).

fassungspolitische Seite der deutschen Frage bei Schäffle erst seit 1859 hervor. Auch ist die österreichische Orientierung seiner politischen Auffassungen anfangs zurückhaltend. Noch in der 1858 erschienenen Abhandlung über die Handelkrisis von 1857 bemüht er sich, gegenüber Preußen eine gerecht würdigende Haltung einzunehmen, — übrigens durchaus im Einklang mit der führenden Richtung unter den österreichischen Wirtschaftspolitikern, die, wie Bruck, eine Verständigung mit Preußen wollten[105].

Gleichwohl kann jene Auffassung der Memoiren nur als ein später Rechtfertigungsversuch angesehen werden. Während der Zeit seines politischen Kampfes hat Schäffle in keiner Weise eine derartige Beweisführung versucht. Vielmehr zeigt seine Publizistik über die Zolleinigungsfrage, daß er die deutsch-österreichische Handelsunion und den mitteleuropäischen Wirtschaftsgedanken, ganz wie Bruck und seine Mitarbeiter, im Zusammenhang der deutschen Fragen sah.[III]

Die Wiener Zollkonferenzen von 1858, auf denen Österreich, durch Hock vertreten, monatelang vergeblich versuchte, wenigstens auf einem Teilgebiet die Wirtschaftseinheit mit dem Zollverein herzustellen[106], wurden für Schäffle der Anlaß zu seiner ersten großen Schrift über die wirtschaftlichen und allgemeinpolitischen Fragen Deutschlands. Wohl bekämpft er darin nachdrücklich den Geist der Absonderung in der deutschen Politik, der noch die letzten Gesamtbindungen, wie den „leicht geschmähten" Deutschen Bund, zerschlagen möchte, „um selbstzufrieden sich in partikularstaatlicher Eigenlebigkeit völlig genügen zu können"[107]. Dieser Zustand rechtfertigte aber keineswegs die „unklare zentralstaatliche Ausschließlichkeit der Nationalitätsidee", das „unhistorische politische Formenbauen" und die „Ideologie eines zu improvisierenden gesamtdeutschen Einheits- oder, was am Ende gleichbedeutend ist, Bundesstaates", der nur geschaffen werden könnte „durch revolutionären Abbruch aller in Deutschland bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisse, aller Dynastierechte, durch Abbruch der reichen Entwicklung der Partikularstaaten und der mannigfaltigen damit verbundenen geistigen und materiellen Vorteile"[108]. „Wer von den historischen Staats- und Kultur-

---

105 Bei der Wirtschaftskrise von 1857 hatte Österreich Hamburg eine Anleihe gewährt, Preußen aber dahingehendes Ersuchen abgelehnt. Dazu bemerkt Schäffle: „Ein Lob Österreichs für die bundesfreundliche Hilfe an Hamburg bedingt nicht notwendig einen Tadel Preußens . . . Von Österreich war es ein volkswirtschaftlich unverfänglicher und ein politisch kluger Schritt, die Anleihe zu gewähren . . . Aber auch Preußen hat anerkennenswerte Gründe für seine Weigerung angegeben" (D. V. S. 1858, H. I, S. 393 u. 395).

106 Die Hauptforderung Österreichs in grundsätzlicher Hinsicht ging dahin, sämtliche Durchfuhrzölle bzw. die an ihrer Stelle erhobenen Ausgangsabgaben im Verhältnis zwischen dem Zollverein und der Donaumonarchie zu beseitigen. Vgl. im einzelnen Eugen Franz, „Der Entscheidungskampf um die wirtschaftspolitische Führung in Deutschland (1856—1867)", S. 13/14.

III Exkurs s. Anhang.

107 D. V. S. 1858, H. 3, S. 255.

108 a. a. O. S. 257. — „Der größte Feind des möglichen, durch die gegebenen Verhältnisse bedingten nationalpolitischen Fortschrittes in Deutschland war vielleicht eben das allen gegebenen historischen Grundlagen und Volksanschauungen widersprechende Idol des straffen nationalen Einheitsstaates" (a. a. O.).

verhältnissen, ohne deren Verwendung kein praktischer Aufbau angefangen werden kann, und von den gegebenen staats- und völkerrechtlichen Machtgrundlagen ausgeht", muß Gedankengänge verwerfen, „welche dem ganzen vollen Leben einer innerlich reich entwickelten Nation abstrakte Formen aufzwingen und deren politische Fortbildung nicht von einer Ineinanderbildung ihrer Kulturinteressen, sondern von der verfrühten äußeren Anheftung einer importierten Staatsform erwarten, die ganz anderen realen Kulturverhältnissen und historischen Voraussetzungen entspricht"[109].

Freilich bleibt die Frage übrig, ob der „zentralistische Abschluß" der Nation nicht zur Erhaltung des deutschen Volkes notwendig ist. Allein die moderne geschichtliche Entwicklung mit ihren „großartigen, das persönliche Leben aller Einzelnen immer stärker berührenden Elementen einer neuen internationalen Lebensatmosphäre" hat nicht die „ausschließend nebeneinander hergehenden nationalen Kristallisationsprozesse", sondern eine internationale Menschheits- und Kulturgemeinschaft zum Ziele[110]. In jener zukünftigen Weltordnung wird die Stellung eines Volkes, statt von der Stärke seiner einheitsstaatlichen Organisation, vielmehr von dem „Reichtum innerer naturwüchsiger Entfaltung des geistigen und materiellen Kulturlebens" abhängen und diese reichere Entwicklung ist gerade mit der politischen Dezentralisation eines „bloß förderalistisch gebundenen Partikularismus" untrennbar verknüpft[111]. So erweist sich der „abstrakte", „in seiner Überspannung und Ausschließlichkeit unwahre oder wenigstens posthume" Nationalitätsbegriff als ein „Trugbild", das die Nation in ihrem Denken und Handeln nicht vorwärtskommen läßt, da es immer wieder zu schroff einheitsstaatliche Bestrebungen hervorruft.

Wohl aber ist eine Vertiefung der föderalistischen Einheit Deutschlands, „zunächst und allermeist in seinen Interessen und seinem Kulturleben, und dann auch in der föderativ-politischen Form", angesichts der Gefahrenlage des Deutschtums zwischen dem Osten und Westen Europas

---

109 a. a. O. S. 258. — Statt „abstrahierend von der Geschichte und den gewordenen und werdenden Verhältnissen des materiellen und ideellen Kulturlebens sich dem Bau der reinen Staatsform hinzugeben", ist diese vielmehr aus den „bleibenden, gewordenen und ständig sich fortbildenden Interessen und Kräften" der Nation zu gestalten (a. a. O.).

110 a. a. O. S. 259/61. — „Die laut redenden Tatsachen der Gegenwart weisen für die Zukunft nicht auf ein Nebeneinander von mehr oder weniger abgeschlossenen, sondern auf ein Ineinander gegeneinander aufgeschlossenen Nationalitäten . . . Das nationale Eigenleben geht mehr und mehr in ein internationales Gemeinleben hinüber . . . Der schroffe Nationalitätenbegriff, der Hang und das Bewußtsein nationalen Sich-selbst-genügen-Könnens, sind doch in ihrer Ausschließlichkeit nicht mehr berechtigt, sind nicht der letzte und höchste Ausdruck des sich jetzt hervorbildenden politischen Kulturbewußtseins . . . Ob es uns nicht begegnen wird, daß unsere Urenkel uns nationale Spießbürger schelten werden? . . . Sehen wir uns nur an, wie wir in so ganz kurzer Zeit doch schon halb internationale Menschen geworden sind! . . . Wer möchte nach den in zwei Jahrzehnten hierin erlebten Anfängen es zu bestimmen wagen, wie weit diese auf das Leibesleben in Rasse und Blut, wie auch das Geistesleben in Sprache, Literatur und Kunst, nivellistisch zurückwirkende, daher die Nationalität physisch und geistig selbst abstumpfende Entwicklung in wenigen Menschenaltern führen wird" (a. a. O.).

111 a. a. O. S. 259.

dringend notwendig und mit dem kommenden internationalen Zeitalter auch durchaus vereinbar[112].

Hier zeigt sich einmal deutlich, in welchem Ausmaße Schäffles Programme für die Tagespolitik auf spekulativ-theoretischem Grunde erwachsen, wie sehr er auch als Politiker ein systematischer Denker ist. Zweierlei wird in seinen Gedankengängen sichtbar: einmal seine grundsätzliche Einstellung zur deutschen Frage, und zum anderen seine Haltung gegenüber dem Nationalismus überhaupt. Für die Gestaltung der deutschen Einheit lehnt er das Nationalitätsprinzip als bestimmenden Faktor ab, da es zur Zentralisation, zum Ende der kleinen und mittleren Staaten führen müsse, indem es nur das Gesamtinteresse der nationalen Einheit gelten lassen und dem dynastisch gebundenen Partikularismus die innere Berechtigung nehmen würde. Außerdem ist diese nationale und zentralstaatliche Idee undeutsch, d. h. französisch, und eine abstrakte Konstruktion, d. h. eine Frucht des formulistischen liberalen Staatsdenkens. Schäffles kritische Grundhaltung gegenüber dem historischen Verbündeten des Nationalismus in Deutschland, dem Liberalismus, vertieft noch die Abneigung gegen die nationalstaatliche Idee, indem er diese liberal bestimmt sieht. Statt dessen ist die Frage der deutschen Einheit auf der Grundlage der geschichtlichen Mächte und damit unter Erhaltung des Partikularismus zu lösen. Die einzelnen sich hieraus ergebenden Folgen für das positive Programm Schäffles werden noch zu untersuchen sein.

Die Stellung Schäffles zum nationalen Prinzip als solchem wird durch das Ausmaß seines unversalistischen Erbes aus der Aufklärung und der deutschen Klassik bestimmt. Fortschrittsglaube, Humanitätsideal und Weltbürgertum erweisen sich als Triebkräfte, die den erstrebten Ausgleich mit dem Nationalismus in einem selbst für jene Zeit besonders ausgeprägten internationalen Sinne bestimmen. Eine die ganze Menschheit verbindende Zivilisation ist schon hier das letzte Ziel der gesellschaftlichen Entwicklungslehre Schäffles. Seine Herkunft von der Nationalökonomie, seine Aufgeschlossenheit gegenüber dem Werden der Weltwirtschaft wird hier ebenso wirksam gewesen sein wie seine Richtung auf die Soziologie hin, deren rein gesellschaftliches Denken am Ende immer ein menschheitliches sein muß. Gerade diese soziologische Einstellung vermittelt eine geistige Verbindung zu dem Gesellschaftsdenken der Aufklärung, wie auch zu allen anderen universalistischen Strömungen des Abendlandes, insbesondere zu den christlichen Gesellschaftsideen.

Schäffle sieht den Nationalismus aber nicht nur als dem Ziele des allgemeinen Fortschritts widersprechend, sondern sogar schon als ver-

112 „Je mehr ein Volk in Umgebung staatlich stark organisierter, mit schlagfertigen höchsten Willensorganen begabter Nationen sich befindet, desto mehr muß es selbst nach einer möglichst bestimmten Willenszusammenfassung gegen außen, nach entschiedener nationaler Handlungsfähigkeit streben . . . So mannigfaltig sich künftig die Völker mischen, so sehr sie in einem wesentlich internationalen Gemeinleben zu einer höheren Lebensordnung gelangen werden, und so wenig eine politisch zentralisierte Nationalität Bedingnis einer intensiven Stellung in dieser höheren Ordnung sein wird, so gewiß müssen sie sich zunächst noch hauptsächlich und überhaupt immer auf sich als politische Einzelne zurückbeziehen und in nationaler Willens- und Kraftzusammenfassung sich geltend machen“ (a. a. O. S. 262).

altet an, ähnlich wie er in „Vergangenheit und Zukunft der deutschen Gemeinde" den Liberalismus für eine bereits überwundene Macht erklärte. Diese eigentümliche Neigung, einen noch laufenden, vermeintlichen oder tatsächlichen Entwicklungsprozeß schon abgeschlossen zu sehen, weil man ihn eben letzthin so sehen will, ist nicht allein jugendlicher Überschwang, publizistische Übertreibung und Ausfluß evolutionär bestimmten Denkens, sondern sie zeigt doch auch die Intensität seines politischen Wollens. Hinter einer etwas konstruierenden Geistigkeit, deren advokatorischer Zug stets die Deckung nach allen Seiten hin erstrebt und eine zweckmäßige Vereinigung und Abgewogenheit zu gewinnen sucht, wird die verborgene Leidenschaftlichkeit des Charakters sichtbar.

Ebenso wie das nationale Prinzip nach Schäffles Meinung dem Entwicklungsgesetz widerspricht, erkennt er auch den unüberbrückbaren Gegensatz, in dem er sich zu den vorhandenen geschichtlichen Staatsformen vornehmlich Mittel- und Südosteuropas befindet. Nicht zuletzt dank seiner Verbundenheit mit dem Historismus setzt Schäffle sich für die bestehende Ordnung ein. Der vorsichtige Konservatismus seiner allgemeinen Anschauungen wird diese Entscheidung mit beeinflußt haben, wie ja auch umgekehrt sein bewußter historischer Partikularismus dem konservativen Denker und Politiker in ihm einen kräftigen Rückhalt geben mußte. Freilich darf man bei aller in den Vordergrund tretenden Gegnerschaft Schäffles gegen einen absoluten Nationalismus das positive Verhältnis nicht außer Acht lassen, das auch er zur nationalen Idee hat. Es handelt sich nicht bloß um das kluge Rechnen des Staatsmannes mit einem unbestreibar mächtigen Faktor des politischen Lebens seiner Zeit, sondern dieser begrenzte Nationalismus Schäffles ist echt und ehrlich. Wie sollte auch ein deutscher Politiker von dem gewaltigen Reifungsprozeß des deutschen Nationalgefühls im 19. Jahrhundert innerlich ganz unberührt geblieben sein! Nur steht Schäffles Nationalismus eben auf einer verhältnismäßig frühen Stufe.

In dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung Schäffles mit dem nationalen Prinzip wird man die wichtigste Wurzel seiner späteren Stellung zu den österreichischen Nationalitätenproblemen, vor allem zur böhmischen Frage, zu sehen haben. Die kulturelle Entwicklung steht für ihn über der nationalen Machteinheit; da jene aber nur bei politischer Dezentralisation fruchtbaren Reichtum zeigt, so sind bei einem Konflikt zwischen dezentralisiertem Staatsaufbau und nationalen Bedürfnissen die letzteren von sekundärer Bedeutung.

Überblickt man endlich die inneren Motive für seine Stellung zur nationalen Frage im allgemeinen wie in der besonderen Hinsicht auf Deutschland, so erscheint im ersteren Falle mehr die geistige Welt der übernommenen Bildung, im letzteren Falle mehr der politische Selbsterhaltungswille des „Mittelstaatlers" als treibende Kraft.

Unter den konkreten Forderungen, die Schäffle für eine positive deutsche Politik aus seinen Grundsätzen zieht, ist zunächst in der Frage einer wirksamen äußeren Vertretung Deutschlands davon auszugehen, daß Preußen und Österreich zusammenhalten müssen, „daß, wenn beide, und mit ihnen Deutschland, bestehen wollen, jeder den anderen als ge-

gebenen tragen muß, daß jeder ohne den anderen romanischem oder slawischem Anprall nicht zu widerstehen vermag"[113]. Darüber hinaus muß aber noch ein „soliderer" Boden für die Lösung des deutschen Einheitsproblems gefunden werden, und dieser kann nur bestehen in einem „das Partikularleben nicht negierenden, sondern in ein höheres Ganzes aufhebenden Prozeß der Vergemeinsamung des geistigen und materiellen Kulturlebens", der allein der Politik auf die Dauer eine gleichartige Richtung zu geben vermag[114]. Indem so der Plan einer deutschen Wirtschaftsunion in den Vordergrund tritt, erscheint der Februarvertrag von 1853 zwischen dem Zollverein und Östereich, dessen ausdrückliches Ziel es war, die allgemeine deutsche Zolleinigung anzubahnen, als der Grundstein für die allmähliche Verschmelzung der „materiellen (und indirekt der geistigen) Interessen von 70 Millionen Menschen". Seine Fortbildung zur deutsch-österreichischen Zollunion wird von „präjudicieller" Bedeutung für die „konservative" Lösung der deutschen Frage, für die Rettung der europäischen Stellung des Deutschtums und die Erhaltung des Südostens im deutschen Lebensraum, kurz, für die Schaffung eines „in seinen Interessen und daher in seiner Politik einigen mitteleuropäisch-germanischen Kulturstaates"[115].

In dieser innigen Verbindung des national- und wirtschaftspolitischen Denkens bei Schäffle wird die ökonomische Entwicklung deutlich als Schrittmacher der politischen herausgestellt. Indem wirtschaftliche Ziele zum Kampfmittel für die Erreichung eines bestimmten politischen Zustandes werden, indem die ökonomische Einheit entgegenstehende politische Kräfte überwinden soll, wird das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik schwerwiegend verkannt. Entgegen aller bisherigen geschichtlichen Erfahrung, wird die in der Regel sekundäre Macht der wirtschaftlichen gegenüber den politischen Kräften überschätzt. In dieser für Schäffles Zeit durchaus charakteristischen Denkweise — man findet sie z. B. gerade auch bei Bruck — wird an einer entscheidenden Stelle seine Verbundenheit mit dem Liberalismus sichtbar. Er ist zugleich eine weitere Wurzel seiner späteren Hoffnung, durch das Band des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts den österreichischen Staat politisch zu festigen. Sind dort die nach politischer Macht strebenden Nationalitäten die Gegner, so sind es hier in Deutschland die eigenstaatlichen Kräfte

---

113 a. a. O. S. 256. — „Preußen und Österreich sind Großmächte, sie haben eine positive Stellung im europäischen Staatsrecht; sie erst aufzulösen, um tabula rasa für das unglückselige politische Formenbauen, für das Konstruieren eines parlamentarischen Phantasie-Einheitsstaates zu reservieren, ist das leichtsinnige Opfern ungemessener historischer Kräfte, das Fortwerfen der Grundquader eines deutschen Aufbaus" (S. 232).

114 a. a. O. S. 266.

115 a. a. O. S. 266 u. 283. — „Wer in dieser Richtung hemmt und zertrümmert, der mag es auch Wort haben, daß er eben die pars pro toto will, ein Nord-Main-Deutschland statt des nach West und Ost widerstandskräftigen mitteleuropäischen 70-Millionenbundes, daß er dies will in einer Zeit massiger Sammlung des Romanen- und des Slawentums, daß er, um eine tabula rasa für parlamentarisch-einheitsstaatliche Experimente aufrecht zu erhalten, lieber gleich von vornherein die politische Auflösung Mitteleuropas zuläßt, und daß er den daran gegebenen Südosten in den unwiderstehlichen Anziehungskreis der slawischen Geschichte treibt" (S. 267).

der partikularen Gewalten. Die falsche Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen wirtschaftlichen Bindungen und politischen Bedürfnissen erweist sich als eine Verkennung der Machtbedingtheit aller politischen Zustände.

Freilich sah wohl auch Schäffle, aus welchem Grunde letzten Endes der Zollverein auf den Wiener Konferenzen sich so ablehnend verhalten hatte: daß nämlich Preußen aus den staatlichen Machtinteressen heraus Widerstand leistete[116]. Mit scharfem Blick erkannte er ferner, welche Gefahr für die Verwirklichung der mitteleuropäischen Wirtschaftspläne, überhaupt für die deutsche Stellung Österreichs es bedeutete, wenn in der Donau-Monarchie nicht die gleichen Voraussetzungen eines freieren wirtschaftlichen und kulturellen Lebens herrschten, wie in dem unter Führung Preußens voranschreitenden Zollverein, wenn nicht auch dort die inneren Kräfte von den Banden einer „alten, den Schlendrian und die behäbige Indolenz fristenden" Ordnung des wirtschaftlichen Lebens erlöst wurden. Endlicher Übergang zur Gewerbefreiheit, Freizügigkeit und Gleichheit der Konfessionen vor dem bürgerlichen Rechte erscheinen ihm daher für Österreich als Fragen, „welche nicht als für sich seiende innere, sondern zugleich als Fragen der auswärtigen Handels- und Staatspolitik aufgefaßt und ihrer schleunigen Lösung entgegengeführt werden müssen"[117].

Dieses Eintreten für das liberale Reformprogramm Brucks und seiner Mitarbeiter hat seinen Grund in der Überzeugung Schäffles, daß der Absolutismus und das für die katholische Kirche überaus günstige Konkordat von 1855 Österreichs Ansehen in Deutschland schwer belasteten, und daher die freiere Richtung unter den österreichischen Staatsmännern gestützt werden müsse. Nur sie versprach ihm eine erfolgreiche österreichische Politik und damit die Gestaltung eines großdeutsch-mitteleuropäischen Raumes, die allein gegenüber der „Main-Grenz-Idee, d. h. der Mediatisierung und Verschlingung" für selbständige Partikularstaaten zwischen den beiden Großmächten Platz ließ[118]. In der Tat gipfeln Schäffles nationalpolitische Betrachtungen darin, daß er den Mittelstaaten den Ausgleich zwischen Preußen und Österreich zuweist

---

116 „Nicht den Motiven der Zollpolitik, sondern anderen fremdartigen Erwägungen müßte der zähe Widerstand entnommen sein, welcher unter den gegebenen sachlichen Voraussetzungen nichts würde zustande kommen lassen. Man müßte annehmen, daß aus allgemeinen politischen Gründen ein entscheidender Schritt zu weiterer gegenseitiger Annäherung überhaupt nicht gemacht werden will" (a. a. O. S. 332).

117 a. a. O. S. 283. — „Wenn man in Österreich vollkommen darüber unterrichtet ist, welchen traurigen Eindruck die hin und wieder berichteten konfessionellen Störungen der wirtschaftlichen Freiheit und Gleichberechtigung nicht bloß auf die moralischen Sympathien, sondern auch auf die Neigung machen, in und nach Österreich etwas zu unternehmen, und wenn man das entschieden sieghafte Durchdringen der Idee der wirtschaftlichen Freiheit im Zollverein genug würdigt, so wird man es einem aufrichtigen Anhänger des großdeutschen Gedankens nicht verübeln, wenn er die obigen Bemerkungen nicht unterdrückt hat" (a. a. O.).

118 „Jede Betätigung in der Richtung auf die Förderung des gemeinsamen Kulturlebens von Deutschland und Österreich ist ein konservatives Kapitel, welches sich die Mittelstaaten für ihren Bestand anlagen" (a. a. O. S. 266).

und ihnen durch diesen nationalen Beruf eine moralische wie politische Existenzberechtigung zu geben sucht[119].

So wenig bei der Stellung Schäffles zum deutschen Einheitsproblem sein ehrliches Bemühen, stets einen gesamtdeutschen Standpunkt zu wahren, verkannt werden darf, so sehr fällt doch überall die Problematik seiner Konstruktion eines solchen Standpunktes in die Augen. Einerseits verteidigt er das Metternich'sche Erbe einer offenen Zusammenarbeit zwischen Preußen und Österreich. Auf der anderen Seite will er ebenfalls dem fortgeschrittenen Einheits- und Machtbedürfnis der Nation durch den Gedanken eines wirtschaftlichen und letzten Endes auch politischen Mitteleuropa entgegenkommen. Durch die besondere Gunst dieser Idee für die Donau-Monarchie wird aber gerade eine entscheidende Bedingung der Metternich'schen Politik verändert; denn jetzt steigt für Österreich die große Versuchung auf, sich nicht mehr mit der Stellung eines primus inter pares gegenüber Preußen zu begnügen. Zugleich wird an Stelle von Metternichs bescheidener konservativer Bindung in Mitteleuropa eine geschlossene Kraft erstrebt, und damit auch die europäische Voraussetzung jenes Gleichgewichtssystems zwischen Preußen und Österreich aufgegeben.

Gewiß ist Schäffles Absicht dabei nicht auf eine österreichische Vorherrschaft um ihrer selbst willen gerichtet. Vielmehr rechtfertigt für ihn das Interesse an einer gesamtdeutschen Einheit auch die offenkundigen Vorteile des Mitteleuropa-Gedankens für Österreich, die er gesehen haben muß, obschon er sie im publizistischen Kampf naturgemäß nie erwähnt. In gleicher Weise sucht er durch das gesamtdeutsche Interesse an einem vermittelnden Faktor zwischen Preußen und Österreich das Weiterbestehen der Mittelstaaten zu begründen. Aber hier so wenig wie dort überbrückt dieser scheinbar übergeordnete Gesichtspunkt die inneren Widersprüche des Ganzen, überwindet er die historische Unfruchtbarkeit der Rechtfertigung alles Bestehenden, nur weil es auch deutsch ist. Gesamtdeutschland war eben nur eine ideelle Macht, während alle eigenstaatlichen Kräfte reale Mächte waren. Daß ausschließlich durch sie und eine Auseinandersetzung zwischen ihnen der gesamtdeutsche Standpunkt vielleicht noch einmal zur Geltung kommen konnte, hat Schäffle nicht gesehen und nicht sehen wollen, da diese Erkenntnis die innerliche Aufgabe der mittelstaatlichen Schein-Souveränität zur Folge haben mußte. In sachlicher Hinsicht waren seine Pläne in der Tat bloße Ideologie, sofern sie eine freiwillige Unterordnung des egoistischen Geltungswillens unter das ideelle Allgemeininteresse erwarteten, und wiederum eine Verkennung der Machtbedingtheit aller politischen Wirklichkeit. Allein sie in ihrer Verbindung von freiheitlicher Reform des Deutschen Bundes, Beibehaltung Österreichs und Mitteleuropäischen

---

119 „Die deutschen Mittelstaaten haben in der Ökonomie des politischen Gesamtlebens der Nation ihre selbständige Stellung, geistig und materiell. Geistig sind gerade von ihnen große durchdringende Kultureinflüsse ins Ganze übergegangen, versöhnend, ausgleichend, verschmelzend, und noch jetzt wirken sie so; materiell sind sie mächtig genug, um ihre Zuneigung bei jedem der Großstaaten ins Gewicht fallen zu sehen. Konfessionell gemischt lindern sie im kirchlichen wie im politischen und materiellen Lebensgebiete die sonst unvermeidliche Reibung der schroffen Gegensätze zwischen Nord und Süd" (a. a. O. S, 267).

Zollverein ohne weiteres als eine „ganz unmögliche Lösung" zu bezeichnen[120], erscheint doch als eine allzu sichere Behauptung post festum. Jedenfalls waren seine Gedanken in ideeller und persönlicher Hinsicht doch noch etwas mehr. Im Herzen Südwestdeutschlands, wo die Reichsidee seit Jahrhunderten am lebendigsten war, wo sie am meisten unerschütterlichen Glauben und ehrliches Wollen gezeitigt hatte, bedeutete es gleichsam ein Verzweifeln an der besten eigenen Tradition, die Notwendigkeit des deutschen Schicksals in seinem Gang von Preußens Übernahme der Wacht am Rhein bis zur Tragödie von Königgrätz hinzunehmen. Wenn Männer wie Schäffle gegen diese bittere Erkenntnis innerlich ankämpften, so kann man ihnen die Achtung nicht versagen. Ebenso wird man den geschichtlichen Wert solchen Ringens um eine letzthin große und sieghafte Idee nicht unterschätzen dürfen.

Die Grundlinie der Haltung Schäffles in der deutschen Politik sind damit für die folgenden Jahre vorgezeichnet. Die erste Anwendung seiner Prizipien auf eine konkrete historische Situation brachte das Jahr 1859. Außenpolitischer Kampf für Österreich in der Frage der italienischen Einheit, innerdeutscher Kampf für die Zollunion mit Österreich und für eine Reform des Deutschen Bundes, endlich das Eintreten für den liberalkonstitutionellen Zentralismus in Österreich bestimmen Schäffles publizistische Arbeit. Schon vor dem Kriege Napoleons III. und Cavours gegen Österreich hatte Cotta seit 1857 in seiner Presse Alarm schlagen lassen und auch Schäffle mit sich gerissen, der seinerseits den Hauptkampf im „Schwäbischen Merkur" führte. „Fast mit seinem Herzblute" schrieb er für die Unterstützung Österreichs durch das übrige Deutschland unter Preußens Führung im bevorstehenden Kampfe gegen Napoleon III.[121], nicht um Österreichs willen, sondern weil er Deutschlands Grenze am Po sah, den Rhein auch dort bedroht fand und jede Schwächung Österreichs als Verlust für die deutsche Stellung in Mitteleuropa betrachtete. „Keine preußische, keine süddeutsche Rheinbunds-Politik!" warnte er und forderte eine „große mannhafte Tat Mitteleuropas" gegen die „habituellen Friedensstörer", gegen das militaristische Frankreich Napoleons III. und seines gleich dem Barismus widerwärtigen Regimes, das Schäffle seit 1850 ständig im „Schwäbischen Merkur" scharf angegriffen hatte[122]. Erschien ihm der Glaube an eine dauernde Lokalisierung des Krieges schon politisch als eine „Torheit", so fand er ihn bei der „heutigen Solidarität der materiellen Interessen" in Europa nationalökonomisch geradezu absurd und rief den gesunden „volks-

---

120 Oncken, S. 151. Vgl. auch S. 156: „Der ehemalige Großdeutsche war längst geübt, die Quadratur des Zirkels zu finden".

121 Aus meinem Leben I, 57.

122 „Finanzgeschichtliche und volkswirtschaftliche Betrachtungen über den Krieg", D. V. S. 1859, H. II, S. 27 und 60. — „Wenn Frankreich unfähig wäre, sich durch ein freies politisches Leben selbst einen Damm zu setzen gegen die periodischen Störungen des Kulturlebens im übrigen Europa, so wird dieses, so wird namentlich Deutschland, von sich aus seine Ruhe sich zu verbürgen haben . . . Solange demnach Europa die Aufgabe freier bürgerlicher Entwicklung seines westlichen und östlichen aggresiven Militärstaates nicht zu lösen vermag, wird der schöne Traum vom ewigen Frieden eine Utopie bleiben wie bisher." (S. 59 und 28).

wirtschaftlichen Instinkt" gegen die „faule" Neutralität auf[123]. Von einer Teilnahme ganz Deutschlands am Kriege erhoffte er zugleich die Überwindung der „unerträglich gewordenen, Fäulnis erhaltenden Stagnation" im Inneren und eine „organisch konservative, aber freie" Lösung der deutschen Verfassungsfrage durch eine gründliche Bundesreform[124].

Als Österreich dann doch ohne deutsche Hilfe kämpfte und nach kurzem unglücklichen Kriege im Vorfrieden von Villafranca die Lombardei preisgab, um die Hände zur Wahrung seiner Stellung in Deutschland frei zu haben, sah Schäffle hierin voller Enttäuschung eine „schwere Einbuße" an den nationalen Interessen[125]. Der Sommer 1859, in dem alle großen Hoffnungen Schäffles scheiterten, sein monatelanges leidenschaftliches Kämpfen und Arbeiten sich als vergeblich erwies, wurde für ihn persönlich zu einer „sehr trüben" Zeit[126]. Wenn er freilich 40 Jahre später schreibt, er sei „nach beiden Seiten tief verstimmt" darüber gewesen, daß Preußen und Österreich nur auf ihre partikularen Machtinteressen Rücksicht genommen hätten[127], so kommt dies jedenfalls in seiner gleichzeitigen Publizistik in keiner Weise zum Ausdruck. Vielmehr erklärt er hier Villafranca für die „fast unumgängliche" Folge der politischen Haltung Preußens, das Österreich nur gegen Überlassung der deutschen Hegemonie unterstützen wollte und daher die alleinige Schuld trage[128]. Wenngleich er die inneren Triebkräfte dieser eigenstaatlichen Machtpolitik wohl zu würdigen vermag, so stellt er doch demgegenüber das gesamtdeutsche Interesse nur umso schärfer heraus[129]. Daß Villafranca wenigstens die „naive" kleindeutsche Rechnung zerstört hat, erfüllt ihn mit tiefer Befriedigung. Schließlich gibt er denn auch in seinen Lebens-

---

123 a. a. O. S. 52/3. — „Die volkswirtschaftlichen, fast schon die finanziellen Wirkungen eines solchen Krieges sind für die Neutralen nahezu dieselben, als wären sie im Kriegszustande. Von den politischen Fehlern abgesehen, die in der Lokalisierung des Krieges liegen können, empfiehlt es schon die Erwägung der wirtschaftlichen Volksinteressen, einen Krieg, der unvermeidlich ist, so bald als möglich anzunehmen und so rasch und so energisch als möglich zu Ende zu führen." (a. a. O.).

124 „Realpolitische Gedanken aus der deutschen Gegenwart", D. V. S. 1859, H. 3, S. 262. — „Eine Großtat nach außen, von Fürsten und Untertanen, von allen Parteien, für den ihnen gemeinsamen höchsten Zweck ausgeführt, ist die Voraussetzung einer befriedigenden Entwicklung unserer inneren Zustände. Wer diese Tat der Rehabilitation gegen außen hemmt, ist auch der Feind Deutschlands nach innen . . . Im geeinten Heerlager ist das deutsche Parlament zu holen." (S. 318/19).

125 „Die politischen Bestrebungen der Gegenwart und Deutschlands wahres Bedürfnis", D. V. S. 1859, H. 4, S. 244 ff.).

126 Nationalökonomie, Vorw. S. IX.

127 Aus meinem Leben I, S. 57.

128 D. V. S. 1859, H. 4, S. 228. — „Das formelle Hegemoniestreben, die Sucht nach einem Präjudiz für ein antiföderales Primat Preußens, nicht aber der mangelnde Wille der übrigen Staaten noch die Unfähigkeit der Bundesverfassung, welcher Preußen keine Probe gegönnt hat, ist es gewesen, was Deutschland zu nationaler Ohnmacht verdammte." (a. a. O. S. 237).

129 „Wir glauben, daß man diese Politik Preußens an sich nicht übelnehmen kann, ja, daß sie von dessen egoistischem Standpunkt aus und allgemein menschlich betrachtet eine Notwendigkeit ist . . . Allerdings suchen sich die jetzigen Bestrebungen für eine preußische Hegemonie einen rein nationalen Zweck, mit scheinbarer Verleugnung spezifischen Preußentums beizulegen. Allein durch diese angelegte „nationale" Schminke hindurch tritt sehr durchsichtig der preußische Partikularismus hervor" (a. a. O. S. 238 u. 227).

erinnerungen zu, „noch längere Zeit einen Stachel der Antipathie gegen die preußische Politik empfunden zu haben“[130].

Die ständige Auseinandersetzung mit den außenpolitischen Ereignissen bestimmt auch weitgehend Schäffles Publizistik in der deutschen Frage. Gerade weil ihm die Kräfte der „natürlichen Kohäsion“ unter den deutschen Staaten für die Erhaltung der Selbständigkeit des Deutschtums zwischen Ost und West nicht auszureichen scheinen, findet er im Interesse des „wahrhaft vernünftigen Konservatismus“ eine „aus den gegebenen Verhältnissen“ geschöpfte Bundesreform notwendig, die die „besonnene Einigung als Schutzwehr gegen revulutionäre Einheitsversuche“ herstellen soll[131]. Solange aber durch die „naturgemäße, der gegebenen gemeinsamen Kulturentwicklung entsprechende, konservativ fortschreitende Entwicklung eines positiv-politischen Nationallebens“ gehemmt wird, kann das „verzweifelte“ Abreißen der historischen Entwicklung durch eine „republikanisch-revolutionäre oder monarchisch-mediatisierende Vergewaltigung an vielen vorhandenen noch lebenskräftigen Potenzen“ nicht mit Sicherheit verhindert werden[132]. Freilich, statt „chimärischen“ Staatsformen nachzustreben, gilt es vielmehr im Einklang mit dem „föderalistisch angelegten Kulturleben“ Deutschlands alle „berechtigten“ Kräfte der staatlichen Wirklichkeit zusammenzufassen[133]. Da die politische Dezentralisation „anerkanntermaßen“ die reiche geistige Entwicklung verursacht hat, ist im Gegensatz zur großdeutschen Demokratie wie zum kleindeutschen Gothaismus nicht die „straffere“ Bundes- und Einheitsstaatsverfassung“, sondern der Staatenbund die richtige Form, in der die Mittelstaaten und beide Großmächte Platz haben[134]. Nur durch eine solche „auf dem Boden des Rechtes“ verwirklichte Einigung, die „unwiderstehlich dadurch ist, daß sie in freier Übereinstimmung aller deutschen Bundesstaaten vollzogen wird“, kann auch der Widerstand des Auslandes überwunden werden[135].

Dagegen übersehen die „sonderbündlerischen Fanatiker der kleindeutschen Ideologie“, die „im Bunde mit den Anhängern der Revolution um jeden Preis den nationalen Aufschwung des deutschen Volkes zu ver-

---

130 Aus meinem Leben I, S. 58.

131 „Vorschläge zu einer gemeinsamen Ordnung der Gewerbebefugnisse und Heimatrechtsverhältnisse in Deutschland“, D. V. S. 1859, H. 1, S. 222 u. 298. — „Die Bundesverfassung hat die Probe nicht gehalten, sie entspricht dem Geiste der Nation, der ohne die größte revolutionäre Gefahr nicht abermals im Safte erstickt werden darf, nicht, sie hat nichts, was für sie begeistern kann, ihr fehlt die Liebe des Volkes, und in entscheidenden Augenblicken ist ihr auch die Treue der Regierungen nicht gesichert . Die Stagnation, die mit ihrem Wesen identisch war, muß staatliche Fäulnis, Revolution oder eine Selbstauflösung Deutschlands erzeugen, die uns dem Ausland preisgibt“ (D. V. S. 1859, H. 3, S. 263).

132 D. V. S. 1859, H. 3, S. 270. — „Dieser Aberglaube (d. h. an die Revolution oder die Mediatisierung — d. Verf.) ist sicherlich höchst gefährlich, aber ist mitverschuldet von denjenigen, welche durch absoluten Widerstand gegen die nationalpolitische Entwicklung den revolutionären Unglauben an das Bestehende genährt haben“ (a. a. O.).

133 D. V. S. 1859, H. 1, S. 298; H. 3, S. 265 u. 269. — „Vorwärts müssen wir . . ., vorwärts aber auf dem Boden organischer Rechtsentwicklung, nicht auf dem Wege der Gewalt und der doktrinären Staatsexperimente“ (1859, H. 3, S. 289).

134 D. V. S. 1859, H. 1, S. 240; H. 3, S. 269.

135 D. V. S. 1859, H. 3, S. 286/9.

leumden und zu zersetzen" suchen, in ihrem „Ausbruch des Doktrinarismus" völlig die „historische Lebenskraft" der Mittelstaaten gegen die „Mediatisation" und die „Todfeindschaft des slawischen und romanischen Militärstaates" gegen die Bildung einer einheitlichen deutschen Macht[136]. Auch wäre diese „verderblichste und heilloseste aller politischen Phantasmagorien Deutschlands" nur bei einer Auflösung Österreichs zu verwirklichen, da der Kaiserstaat „sich nicht gutmütig aus Deutschland hinausdozieren lassen" wird[137]. Einer Auflösung der Donau-Monarchie aber steht allein schon die Schwierigkeit entgegen, für eine so große Menschenmenge neue „staatliche Anziehungspunkte" zu finden, ebenso wie das Trägheitsgesetz der europäischen Politik sich einer „so ungeheuren welthistorischen Veränderung der politischen Schwerkraftverhältnisse" widersetzt[138]. Dazu beweisen die vergangenen zehn Jahre innerösterreichischer Reform unter dem „reichseinheitlichen Organisator" Alexander Bach, daß Österreich trotz „großer alter und neuer Entwicklungsfehler" eine Machtfülle besitzt, die über den Fortbestand und die Verjüngung des Reiches „vollkommen beruhigen" darf[139]. Gegenüber dem „protestantisch-einseitigen Negieren" der österreichischen Zustände und der „mit so vielem künstlichen Licht gewobenen Aureole" des Regierungsliberalismus in Preußen ist das neue Österreich trotz seines in politischer Notlage abgeschlossenen Konkordates von 1855 keineswegs das Land der finsteren „Reaktion", sondern „besser als sein Ruf"[140].

Endlich ist der kleindeutsche „Wunderglaube" an eine Auflösung und Ausstoßung Österreichs nicht nur ein „Hirngespinst", sondern auch ein „deutscher Selbstmordgedanke", der gleichermaßen gegen das „Recht" wie gegen die „elementarste realpolitische Einsicht" verstößt[141]. Denn Österreichs Zerbröckelung bedeutet im wesentlichen eine Aufteilung zwischen Italien und Rußland, und wenn auch Preußen versuchen würde, sich in Deutschland zu entschädigen, so wäre dennoch das Deutschtum gegenüber jenen Machtvergrößerungen zu schwach. Überdies würden die Mittelstaaten sich Preußen widersetzen, die deutschen Dynastien das Ausland herbeirufen, und dieses die Vergrößerung Preußens nicht dulden, sondern selbst Österreich seine deutschen Besitzungen belassen, damit der Hader in Deutschland nicht aufhöre. Das Endergebnis wäre „eine Deutschlands Los besiegelnde Stärkung des Russen- und Romanentums

---

136 a. a. O. S. 268, 277/8, 288.

137 a. a. O. S. 277 u. 286.

138 a. a. O. S. 281. — „Das ganze europäische Staatensystem müßte vorher durcheinandergerüttelt, zertrümmert und erschöpft werden, ehe Österreich als Großmacht daraus wegfallen könnte" (a. a. O.).

139 a. a. O. S. 283 und 286. — „Seit 1848 ist es in eine Reformentwicklung eingetreten, die zwar wiederum durch Verletzung alter Sonderinteressen, durch Stärkung einer wenig durchgebildeten Bürokratie viele Unzufriedenheit erregt hat, aber im ganzen genommen dennoch Anerkennung verdient und zu guten Hoffnungen berechtigt . . . Ein absoluter Staat, welcher solches sich abnahm und durchsetzte, kann nicht in die Brüche gehen" (S. 282/5).

140 a. a. O. S. 284 und D. V. S. 1359, H. 4, S. 249 ff.

141 D. V. S. 1859, H. 3, S. 286 u. 288. — „Ein Plan, der Preußen und Deutschland stärken will und die Auflösung Österreichs zur Voraussetzung hat, ist eine contradictio in adiecto" (a. a. O. S. 280).

und eine einseitige, notwendig antipreußische Zurückwendung der geschwächten Habsburgischen Dynastie auf die deutsche Politik[142].

Schon hier zeigt der leidenschaftliche Großdeutsche in Schäffle ein scharfes Auge für die Gefährdung des Deutschtums durch eine Auflösung Österreichs. Ebenso erkennt er mit dem raumpolitischen Blick des Staatsmannes die Gefahren, die das nationale Prinzip, unterstützt von liberalen Sympathien, für den deutschen Lebensbereich überhaupt, nicht allein für Österreich in sich birgt. Es ist nicht nur nationaler „Verrat", „aussichtslosen Nationalitätsagitationen zu Liebe der Abreißung der schönsten Stücke vom völkerrechtlich gewährleisteten Gebiet deutscher Staaten, sei es am Po, sei es in Posen, zuzujauchzen", sondern es ist auch Schwäche, entgegen dem obersten Gebot der Intrigität des nationalen Raumes aus Sympathie für die Freiheitsbestrebungen anderer Völker, aus innenpolitischer Abneigung gegen den Absolutismus deutschen Machtbereich aufzugeben[143].

Schäffles positives Programm in der deutschen Frage fordert zunächst die Aufnahme ganz Preußens und Österreichs in den Deutschen Bund, dem sie bisher — allein zum Nutzen des Auslands — nur mit einem Teile ihres Länderbestandes angehören[144]. Die in dieser Erweiterung liegende Garantie Deutschlands für das gesamte österreichische Gebiet ist nur die Erfüllung einer „schon vorhandenen Selbsterhaltungspflicht", die durch das politische Lebensinteresse gegenüber Rußland und dem Romanentum geboten wird. Sie ist überdies ungefährlich, da das der inneren Entwicklung bedürftige Österreich „nach Preußen die wenigst offensive Großmacht" und das „Bollwerk für das bestehende europäische Recht" ist[145].

Eine „kräftige" nationale Politik nach außen erfordert aber auch eine gleichartige „Kulturentwicklung" und ein darauf gegründetes gemein-

---

142 a. a. O. S. 278. — „Indem der Gothaismus die Auflösung Österreichs (notwendig durch Slawen- und Romanentum) zuläßt und wünscht, mordet er seinen deutschen Zukunftsstaat in der Wiege, indem er die Widerstandskraft Österreichs und des übrigen Deutschland gegen preußische Einverleibung unterschätzt, begeht er den gröbsten Rechnungsfehler, indem er das Geschehenlassen des Auslandes erwartet, wird er naiv und ungeschichtlich . . . Wir wissen nicht, ob sich je ein so hartes Urteil mit gleicher Sicherheit über irgendeine andere Parteitendenz begründen ließ, ob je eine Partei gleich unverständlich wider ihr eigenes Fleisch und ihres Volkes Wohl gewütet, mit gleicher Gutmütigkeit ihrer Nation den Weg des sicheren Unterganges geraten hat, ob je eine so sehr durch den Beifall der Erbfeinde ihres Volkes kompromittiert wurde" (S. 288).

143 D. V. S. 1859, H. 1, S. 220. — „Die politische Lebenskraft äußert sich mit Notwendigkeit in dem Bestreben, nicht bloß das eigene Blut an sich zu halten, sondern auch andere ethnische Elemente sich zu verähnlichen und einzusaugen. Statt dessen sind wir daran, nachdem wir im Westen, Norden und Nordosten leider schon zuviel verloren, die Schweiz, Elsaß, Flandern, Niederlande, Schleswig und Ostseeprovinzen eingebüßt, auch nach Osten und Süden uns selbst zu beschneiden, das Donaubecken mit den Deutschen in Ungarn und Siebenbürgen wegzugeben . . . Wir haben sie alle, Italiener, Rumänen, Serben, Ungarn mit unseren Sympathien, wenn nicht da und dort mit etwas mehr, unterstützt gegen Österreich, d. h. gegen uns selbst" (D V. S. 1859, H. 4, S. 249).

144 „Ein geeigneter staatsrechtlicher Organismus, um Deutschland zu spalten und gliedweise tot zu ‚lokalisieren', könnte gar nicht erfunden werden" (D. V. S. 1859, H. 3, S. 292).

145 D. V. S. 1859, H. 3, S. 293 u. 295.

sames Rechts- und Verfassungsleben, ebenso wie das Fortschreiten zur „formellen" politischen Einheit nicht möglich ist, ohne daß die „leidige deutsche Ausländerei" durch eine zunehmende Unteilbarkeit des „sozialen und materiellen Kulturlebens" überwunden wird[146]. Als Voraussetzung jeder allgemein- oder wirtschaftspolitischen Einigung müssen daher zunächst gemeinsame Rechtsordnungen für die nationalen Lebensverhältnisse „ohne alle prinzipielle Antastung der Partikularsouveränität" geschaffen werden[147]. Ein gemeinsames Heimat- und Gewerberecht auf dem Boden der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit ist notwendig, um die Nationalwirtschaft von dem Rechtschaos zu befreien und dem deutschen Volke „materiell und persönlich freien Verkehr zu gewähren, das Band der gemeinsamen geistigen Kultur durch die volle ökonomische Einheitlichkeit zu verstärken"[148]. Hinzu kommen müssen gleiches Zivil-, Wucher-, Patent-, Handels- und Eisenbahnrecht, Einrichtung eines obersten Bundesgerichtes für diese Materien, gemeinsames Konsulatswesen, Zolleinigung und Ausbau einer deutschen Marine. Schon die Annahme eines Teiles dieses Programmes durch Bundesgesetz mit Beitritt ganz Preußens und Österreichs wäre „eine der größten geschichtlichen Errungenschaften, es bedeutete die Grundlegung eines großen mitteleuropäischen Staatslebens mit germanischem Grundtypus"[149].

Allein das Haupthindernis hierfür bilden, neben der österreichfeindlichen preußischen Bürokratie, vor allem das bestehende absolutistisch-bürokratisch-klerikale Regierungssystem und die inneren Zustände Österreichs, dessen Entwicklung „sehr weit, in manchen Stücken so weit zurückgeblieben ist, daß einiger Mut dazu gehört, die Nachholung des Versäumten zu erhoffen"[150]. Ein Bund wirklichen „positiven gemeinsamen Kulturlebens" zwischen Österreich und dem übrigen Deutschland setzt voraus, daß im Kaiserstaat nicht länger „durch schroffen Absolutismus, einseitige Bürokratie und klerikale Vergewaltigung an den teuersten Staatsinteressen die besten bürgerlichen Kräfte abgestoßen oder gebunden erhalten werden"[151]. Ohne liberal-konstitutionellen Fortschritt bei gleichzeitiger Wahrung des Zentralismus, ohne Ausscheidung der „Entäußerungen staatlicher Entwicklungsfreiheit" aus dem Konkordat, wird Österreich unfehlbar „in Siechtum versinken" und zugleich seine Stellung in Deutschland gegenüber Preußen „aufs Höchste gefährden"[152].

---

146 D. V. S. 1859, H. 1, S. 220 u. 269; H. 3, S. 290.

147 D. V. S. 1859, H. 1, S. 219 u. 296. — „Solange das volkswirtschaftliche Leben der Nation nicht in einen großen Fluß zu kommen vermag, ist es auch nicht möglich, daß politische Schöpfungen irgendwelcher Art, heißen sie Deutscher Bund, Allianzen, Handelsbünde, Zollvereine oder sonstwie, aus festem Guß, lebens- und handlungsfähig durch die Willenseinheit verschmolzener Kulturinteressen, entstehen und bestehen" (S. 221).

148 D. V. S. 1859, H. 1, S. 296. — „Ein freies gleiches Gewerbe- und Heimatrecht . . . durch ganz Deutschland und Österreich würde in einem Menschenalter nicht nur die politische Einigung begründen, sondern die volkswirtschaftlichen und finanziellen Kräfte unseres Vaterlandes verdoppeln" (Nationalökonomie, S. 160).

149 D. V. S. 1859, H. 1, S. 294.

150 D. V. S. 1859, H. 3, S. 280.

151 D. V. S. 1859, H. 3, S. 281 u. 307.

152 a. a. O. S. 281 u. 284. — „Vorwärts ist die Parole für Österreich und für alle Interessen, die sich auf seinen Bestand stützen. Die Nebenbuhler sind ihm in der

Als dann nach Villafranca mit der Gewährung der bürgerlichen Rechtsgleichheit und Korporationsfreiheit an die Protestanten der innere Umschwung in Österreich einsetzte, war Schäffle tief befriedigt. An der Hinwendung der liberalen Elemente aus der Bach'schen Aera vom absolutistischen zum konstitutionellen Zentralismus nahm er auch weiterhin Anteil. Wenngleich er dabei durchaus unter dem maßgebenden Einfluß Hocks stand, so ist doch der innere Zusammenhang seiner publizistischen Mitwirkung in der österreichischen Verfassungbewegung mit den eigenen Zollunions- und Bundesreformplänen nicht zu übersehen. Voller Hoffnungen gegenüber dem kommenden liberalen Zentralismus sieht er Österreich „eifrig am Werke, das Versäumte nachzuholen" und durch Anerkennung des „echt deutschen Selbstbestimmungsgeistes" in Kirche, Gemeinde und Gewerben „fruchtbare Kulturverbindung" mit Deutschland herzustellen[153].

Konnte man bislang deutsche Gemeinschöpfungen nur in Anlehnung an Preußen bilden, und war man dabei ständig in Gefahr, sich diesem auszuliefern, so verspricht der jetzt zu erwartende Fortschritt in Österreich, verbunden mit einer positiven Bundespolitik, die Mittelstaaten von dem „sie bisher in das schroffe Eigenleben zurückdrängenden Druck des preußischen Primates" zu befreien und eine „rückhaltlose föderale Hingabe der deutschen Staaten aneinander" zu ermöglichen[154]. Die Mittelstaaten müssen sogar um der Behauptung ihrer Souvernität willen dem Unitarismus ein „positives Programm gemeindeutscher Entwicklung" entgegenstellen. Sie sind das einzige und daher zur Verhütung des Bürgerkrieges notwendige politische Band Deutschlands. Bei ihnen allein herrscht wahre Toleranz, wahres Nationalgefühl, das imstande ist, „schwarz-weiße und schwarz-gelbe Sympathien und Antipathien zu

---

materiellen und geistigen Entwicklung nur schon zu sehr voraus gekommen . . . Die Zurückhaltung der Akatholiken in bürgerlichen Rechtsverhältnissen, die Vernachlässigung des Volksunterrichts, die Vorenthaltung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, dieser Grundrechte, auf deren Boden Preußens Größe erwachsen ist, bessere Durchbildung des unteren Verwaltungsstaates, rechtliche Sicherung des geistigen Verkehrs, der Presse, der Universitäten, der selbsttätigen Gemeindeverwaltung, größere Beachtung der Öffentlichkeit, größere Milde in der Polizeihandhabung und strengere Konsequenz in der Durchführung der reichseinheitlichen Institutionen, ein das Wesen starker Reichseinheit nicht antastendes Maß provinzial- und reichsständischen Lebens, . . . in allen angeführten Richtungen ist noch die bessernde Hand anzulegen, ist im Wege der Gesetzlichkeit und bürgerlichen Gleichberechtigung nachzuhelfen, wenn Österreich das durchschnittliche, z. T. bundesrechtlich gebotene Niveau deutscher Verwaltungs- und Verfassungszustände erreichen soll" (a. a. O. S. 307). — Schäffle hatte seine Vorschläge für ein gemeinsames deutsches Heimat- und Gewerberecht nicht zuletzt auch deswegen gemacht, weil Österreich dadurch „zur Befruchtung seiner reichen, aber schlummernden Kraft den freien Zuzug deutscher Erwerbsrüstigkeit und deutscher Arbeit" erhalten sollte. (D. V. S. 1859, H. 1, S. 295). Zugleich erhoffte er hiervon eine Wiederaufnahme der deutschen Kolonisation in den Donauländern (Nationalökonomie, S. 160).

153 D. V. S. 1859, H. 4, S. 270. — „Österreich nähert sich durch den Reformweg Deutschland stärker denn je . . . Mit der Protestantenfreiheit hat es bereits einen großen Wurf getan . . . Man darf hoffen, daß die fest zugesagte Erfüllung der bundesrechtlichen Pflicht, ständische Vertretungen einzuführen, ihre baldige Erledigung finde" (S. 273 u 269).

154 D. V. S. 1859, H. 4, S. 277.

unterdrücken, um lediglich deutsch zu denken“[155]. Wenn sie mithin im Interesse des Vaterlandes eine „selbständige Vermittlerstellung“ zwischen der „gothaisch-protestantischen Überhebung“ einnehmen müssen, so sollen sie gleichwohl jeder selbständig handeln[156]. Ein Bundesstaat, aus ihnen und dem restlichen Deutschland außer Preußen und Österreich gebildet, wäre „nur ein grenzenloser Wirrwarr unnatürlicher Gegensätze zwischen 34 Regierungen und Volksvertretungen“, ein weiterer „schwerfälliger“ Apparat in dem „schon jetzt so verwickelten Triebwerk“ der deutschen Politik[157].

Wie Schäffle hier die damals durchaus aktuelle Trias-Idee — vielleicht die groteskeste Ausgeburt des deutschen Partikularismus — kennzeichnet, verrät echten politischen Blick und beweist, daß selbst sein ideell aufs Höchste gesteigerter Partikularismus sich doch der Begrenztheit der eigenen Mittel und des Mißverhältnisses zwischen Wollen und Können bewußt war. Allerdings gilt dies nur bis zu einem gewissen Grade; denn eine Art politische Triasidee steht doch auch hinter seiner Vermittlungsaufgabe der Mittelstaaten. Daß selbst dieser Ideenpolitik jede reale Machtgrundlage fehlte, erkannte Schäffle nicht. Von hieraus wird wohl verständlich, wieso er später in Österreich einen Staatsaufbau konstruieren wollte, der zumindest einem Teil der Kronländer eine ihre Kräfte übersteigende politische Aufgabe zuwies.

Waren erst einmal jene vorgeschlagenen gemeinsamen Rechtsordnungen und Organe für ganz Deutschland geschaffen, so lag darin der gegebene Anknüpfungspunkt für die Begründung eines gesamtdeutschen Verfassungslebens, vor allem für die notwendige Schaffung eines deutschen Nationalparlamentes[158]. Eine Gesamtvertretung, gewählt aus den Parlamenten der deutschen Länder, müßte jene Institutionen mit unmittelbarer Wirkung für die Partikularstaaten gesetzgeberisch behandeln.

Schäffles Hoffnungen auf eine solche Bundesreform waren freilich „nicht allzu sanguinisch“, und über die Widerstände auch in den deutschen Klein- und Mittelstaaten machte er sich wohl wenig Illusionen, wenn er es für ein dringendes Gebot der Staatsklugheit erklärte, lieber „zur rechten Zeit auf das Minimum Bedacht zu nehmen, als es auf eine

---

155 D. V. S. 1859, H. 3, S. 299. — „Die Protestantenbedrückung in Österreich ist hier nicht mehr und nicht weniger verhaßt als die Dissidentenquälerei, Kirchenzuchts- und Beichtbestrebungen der evangelischen Konsistorien“ (a. a. O.).

156 D. V. S. 1859, H. 4, S. 244 und H. 3, S. 296.

157 D. V. S. 1859, H. 3, S. 301. — „Durch den angelegten Verkleinerungsmaßstab würden selbst die kleineren und kleinsten politischen Existenzen, die jetzt willig dem Zuge der größeren Staaten sich anschließen, wieder zu einer relativen Bedeutung erhoben werden, und eine ganze Reihe jetzt latenter Gegensätze würde entbunden werden . . . Dann wäre ein drittes großes Partikularinteresse, es wäre ein triangulärer Antagonismus vorhanden, und kein Zweifel kann bestehen, daß das dritte Glied dasjenige wäre, wo die ausländische Intervention, der innere Umwälzungsgeist und das konfessionelle Intrigenspiel unaufhörlich und am wirksamsten den Hebel der Entzweiung einzusetzen vermöchten“ (a. a. O.).

158 „Wenn ein Volk so allgemein nach regelmäßiger gemeinschaftlicher Mitbestimmung seiner Angelegenheiten ringt, so kann es sich nur darum handeln, diese Mitbestimmung in dem den wirklichen Verhältnissen entsprechenden Maße und in der rechten Weise zu erforschen und einzuräumen“ (D. V. S. 1859, H. 3, S. 266).

überstürzende Bewegung ankommen zu lassen"[159]. Überhaupt ist seine Publizistik in der deutschen Frage, soweit sie ein positives Programm enthält, im wesentlichen unverkennbar an die Adresse der deutschen Mittel- und Kleinstaaten gerichtet, nur daß er den Kampf gegen die ihm „unverständliche" partikularische Selbstgenügsamkeit[160] im Gegensatz zu seinen offenen Angriffen auf die kleindeutsche Partei mehr zwischen den Zeilen führt.

Wenn Schäffle in seinen Erinnerungen seine politische Gesinnung am Ende dieses Lebensabschnittes als „tief antiradikal und antireaktionär, namentlich aber antipartikularistisch" kennzeichnet[161], so ist diese Formulierung wohl im ganzen zutreffend. Daß er persönlich am liebsten mit den gemäßigten Konservativen verkehrte, daß die Schlagworte von 1848 ihn „teilweise anwiderten" und er sich dem „radikalen Individualismus und vulgären Liberalismus . . . innerlich entfremdet" fühlte[162], erscheint durchaus glaubwürdig. Das Gleiche gilt im wesentlichen für seine, vielleicht etwas zu sehr betonte Behauptung, daß er „keine Spur" von dem Haß eines liberalen Demokraten gegen Preußen empfunden habe[163]. Alle diese Anschauungen stehen nicht nur mit der hier untersuchten Publizistik, sondern auch mit den politischen Bildungselementen Schäffles aus seiner Lehrzeit vor 1855 ganz im Einklang. Wenn Schäffle zugleich am Ende der 50er Jahre in politischer Hinsicht seine „ganze Lebensrichtung entschieden" sieht[164], so trifft das wohl für seine grundsätzlichen Ziele zu. Dagegen hat er in seinen Auseinandersetzungen mit der Parteipolitik und den konkreten Tagesproblemen noch häufig und zum Teil in wichtigen Fragen seine Stellungnahme geändert. Derartige allgemeine Behauptungen sind eben als Ausfluß der naheliegenden Neigung eines Selbstbiographen zu würdigen, der seinem Leben eine möglichst gerade durchlaufende Entwicklungslinie zu geben sucht, vor allem wenn er, wie Schäffle, einige schwerwiegende Frontwechsel vorgenommen hat. Eine solche Harmonisierung und Vereinfachung unternimmt der sich rechtfertigende Memoirenschreiber meist weniger bewußt als unbewußt.

Dies alles gilt auch für Schäffles Darstellung seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklung. Gewiß erklärt er mit Recht, „von Anfang an" gegen den „vulgären" Liberalismus gewesen zu sein und in den reinen Freihandels-Kosmopolitismus sich „keinen Augenblick verstiegen" zu haben[165]. Der von Bastiat beeinflußten Manchester-Partei Norddeutschlands, wie sie sich etwa in Schulze-Delitzsch verkörperte, mußte er ja schon aus politischen Gründen fernstehen, da die schutzzöllnerisch eingestellte österreichische Industrie niemals auf der Grundlage des Freihandels einer Zollgemeinschaft mit dem übrigen Deutschland zugestimmt haben würde. Sein ganzer Bildungsgang, dazu persönliche Erfahrung und

159 D. V. S. 1859, H. 3, S. 316.
160 Aus meinem Leben I, 65.
161 Aus meinem Leben I, 63.
162 a. a. O.
163 a. a. O.
164 a. a. O.
165 Aus meinem Leben I, 65 und 89.

Neigung widersprachen Bastiats optimistischer Harmonisierung der wirtschaftlichen Kräfte und sozialen Interessen, nicht anders wie dem vormärzlichen Liberalismus eines Schulze-Delitzsch mit seiner doktrinären Unterschätzung der Leistungsfähigkeit öffentlicher Organe gegenüber der Selbsthilfe und seiner oft grundsätzlichen Opposition gegen den Staat. Allein das Schutzzöllnertum Careys und seiner süddeutschen Gefolgsleute bekämpfte er nicht minder heftig. Gibt er doch selber zu, „im Zweifel" stets für die wirtschaftliche Freiheit gewesen zu sein[166]. Aus seinen Veröffentlichungen von 1855—59 gewinnt man sogar darüber hinaus den Eindruck einer zunehmenden Bindung an wirtschaftspolitische Ideale des Liberalismus. Dabei ist es charakteristisch für seine vielseitige, bis zum inneren Widerspruch neigende Geistigkeit, daß sich gleichzeitig eine Intensivierung seiner sozialpolitischen Vorstellungen feststellen läßt. Schon seine Abhandlungen von 1856—58 haben diese beiden Entwicklungslinien oft unvermittelt nebeneinander gezeigt.

In den 1859 gemachten Vorschlägen für eine gesamtdeutsche Ordnung der Gewerbebefugnisse und Heimatsrechtsverhältnisse fordert Schäffle auf der einen Seite gesetzgeberische Impulse für das Genossenschaftswesen und über die Selbsthilfe hinaus eine „gesunde" staatliche Wirtschaftspolitik, die die Ursachen der Armut beseitigt. Auf der anderen Seite lehnt er den solange geforderten gesetzlichen Korporationszwang plötzlich ab, da die Legalgenossenschaft nur ein „totgeborenes Kind, regungslos und entwicklungsunfähig", ein „mechanisch äußerliches Zusammenkoppeln von Ungleichen" und durch die willkürliche Belästigung der Genossen ein „indirektes Hemmnis" der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit sei[167]. Zugleich rühmt er die Gewerbefreiheit mehr denn je als „freie sittliche Übung aller Kräfte", der man „Übergangswehen, die immer dagewesen, Schatten, welche vorhanden waren, solange es eine menschliche Gesellschaft gegeben, und die nur durch das bestehende Licht allgemeinen Bewußtseins und humanen Mitgefühls schwärzeren Schein genommen haben", nicht in die Schuhe schieben darf[168]. Die ihr entsprechende „organische Gliederung" ist allein die freiwillige Genossenschaft.

Der liberale Nationalökonom spricht auch aus Schäffle, wenn er in den finanzgeschichtlichen und volkswirtschaftlichen Betrachtungen über den Krieg das „markverzehrende" System der großen stehenden Heere als die „Quelle unproduktiver Verwendungen und der Permanenz der Staatsschulden" angreift[169]. Allerdings zieht er daraus, im Gegensatz zu seiner später in Österreich erhobenen Forderung nach einer Miliz, hier noch keinerlei praktische Folgerungen, denn aus allgemeinpolitischen Gründen gibt er zu, daß ein gesichertes Wirtschaftsleben auch ausreichenden militärischen Schutz brauche, und daß gerade Deutschland als loser Staatenbund ohne innere Widerstandskraft gut gerüstet sein müsse[170].

---

166 Aus meinem Leben I, 65.

167 D. V. S. 1859, H. 1, S. 252/4.

168 a. a. O. S. 234 und 298.

169 D. V. S. 1859, H. 2, S. 2.

170 „Der Schutz des Rechtes, der Nationallehre, überhaupt der höheren Güter eines Volkes ist direkt für den ökonomischen, indirekt für den moralischen Nerv

Die ebenfalls 1859 geschriebene „Nationalökonomie" zeigt die Doppelseitigkeit von Schäffles wirtschaftlichen und sozialen Anschauungen in einer umfassenden Darstellung. Sie ist nicht ohne inneren Grund dem Hauptvertreter der historischen Schule, Wilhelm Roscher, gewidmet, dem Schäffle nach seinem eigenen Geständnis „außerordentlich viel" verdankte[171] und der auch seinerseits ihn seit 1859 verschiedentlich zu Universitätsberufungen empfahl. Schon die gleichsam naturwissenschaftliche Methode Roschers, der die Wirtschaft inmitten der zeitlichen und räumlichen Bedingtheit des Volkslebens untersuchte, mußte die empirisch veranlagte und gebildete Geistigkeit eines Schäffle sehr befruchten. Auch Roschers Ausgehen vom Volke als organischer Einheit war dem Soziologen Schäffle keineswegs fremd, da sein Hauptorganismus, die menschliche Gesellschaft, in sich die Organismen der einzelnen Völker umfaßte. Zwar widersprach Roschers morphologische Betrachtung des Völkerlebens dem evolutionistischen Glauben Schäffles an den ständigen Fortschritt der Menschheit; allein in der Auffassung von der unerbittlichen Gesetzmäßigkeit des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses waren sie sich wieder einig. Ebenso kam der geschichtliche Relativismus eines Roscher den Neigungen und der bisherigen Bildung Schäffles entgegen und bestärkte ihn vor allem in seiner Ablehnung des absoluten Geltungsanspruches der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Auf der anderen Seite verblieb allerdings gerade Roscher in der theoretischen Betrachtung des modernen Kapitalismus bei der abstrakten, individualistisch-psychologischen Auffassungsweise der liberalen Nationalökonomie, indem er die Volkswirtschaft als eine gesetzmäßig bewegte Summe eigennütziger Einzelwirtschaften ansah. Wie sehr entsprach aber auch dieses letzten Endes widerspruchsvolle Verfahren der vorsichtigen Einstellung Schäffles gegenüber den liberalen Wirtschaftsideen und ihrer wissenschaftlichen Begründung durch die „klassische" Wirtschaftswissenschaft Englands und Frankreichs.

So zeigt denn die „Nationalökonomie" Schäffles, bei aller Betonung der ideellen Faktoren im Wirtschaftsleben[172], eine Grundhaltung, die ganz von dem Glauben an die notwendige Freiheit, die natürliche Harmonie und den unaufhaltsamen Fortschritt der eigengesetzlichen Wirtschaft erfüllt ist. Das Privatinteresse erscheint als die „unentbehrliche Triebfeder" zum ökonomischen Fortschritt der Menschheit, und sein freies Walten in der Konkurrenz als „Lebenslust" und „Recht" der Einzelpersönlichkeit[173]. Sieht erst jeder ein, daß Privatinteresse und Gemeininteresse „gleichbedeutend" sind, so wird die allgemeine Interessenharmonie nicht mehr

---

der Volkswirtschaft unentbehrlich; koste er was er wolle, so ist das für ihn herausgegebene Kapital produktiv, wenn es diesen Schutz durchsetzt" (D. V. S. 1859, H. 2, S. 14).

171 Nationalökonomie, Vorwort S. IX.

172 „Das wirtschaftliche Leben der Persönlichkeit ist die niedrige Sphäre, die sich zur höheren als Mittel verhält und ihr dient, von ihr versittlicht und durchgeistigt werden muß . . . Die wirtschaftliche Persönlichkeit findet ihren Untergang, wenn sie sich vom Sitten- und Religionsgesetz abwendet und den höheren Ideen des Guten, Schönen, Wahren entfremdet" (a. a. O. S. 24).

173 a. a. O. S. 4, 15, 24.

gestört werden[174]. Wenn es auch „wohl niemals" ganz dahin kommen wird, so werden doch die einzelnen Staaten eines Tages über die Gegensätze innnerhalb ihrer Volkswirtschaften „versöhnend" siegen[175]. Zwar vertritt die „von sich selbst aus national-egoistische" Staatsgewalt wiederum durch die Ausschließlichkeit ihrer Wirtschaftspolitik das eigene gegen die fremden Nationalinteressen; aber die „nach ihrer Natur weltbürgerlichen Mächte"der Religion, Wissenschaft und Kunst, die Einheit des „Bildungs- und Humanitätsbewußtseins" und die Gleichartigkeit des „sittlichen Pflichtgefühles" werden auch dieser letzten Gegensätze Herr werden[176].

Zugleich wird der Freihandel die Beschränkung der Wirtschaftsfreiheit durch den „nationalen Sondergeist" des Schutzzollsystems mit unwiderstehlicher Gewalt und „wachsender Geschwindigkeit" überwinden[177]. Die Staaten werden sich zu einer „Staatengesellschaft", einem „Weltstaat" erheben, in welchem das allgemeine Interesse gegenseitiger Förderung der Nationen das höchste Gesetz sein wird"[178]. Sie werden die weltwirtschaftliche Gesittung pflegen und es als Ideal erachten, „daß der Erdball bevölkert wurde mit einer Menschengemeinschaft, in welcher jeder Einzelne, jedes Land und jedes Volk je nach der ihm beschiedenen Gabe — das ihm anvertraute wirtschaftliche Pfund so umtreibt, daß die ganze Menschheit auf Grund des Wirtschaftslebens in vollkommenster und allgemeinster Weise ihre höhere diesseitige Bestimmung erfülle"[179]. Gewiß ist die vom „Völkerzwist und Waffengeklirr" erfüllte Gegenwart noch „weit von diesem letzten Ziele der weltwirtschaftlichen Völkerkultur, von jenem ewigen Frieden allgemeinen Völkerglückes entfernt"[180]. Auch wird man durch „Verirrungen" stets wieder von diesem Ziele ablenken. Dennoch zeigt der ungeheure Fortschritt des Zeitalters, daß man ihm schrittweise wird näherkommen können, „und auf jeder höheren Stufe wird der innige innere Zusamenhang von Wirtschaft, Moral, Recht, Religion, Kunst sich lichter offenbaren und auf das Göttliche auch in der irdischen Ordnung hinweisen"[181].

---

174 a. a. O. S. 16.

175 a. a. O. S. 277.

176 a. a. O. S. 267 und 278. — „Je reiner also Religion, Wissenschaft, Kunst, Schule, Literatur, Kirchlichkeit das sittlich-geistige Leben gestalten und den einen sittlichen Zweck alles, auch des ökonomischen Lebens aufzeigen werden, umsomehr wird überall auch das national Ausschließende, Feindselige und Ausbeutende der internationalen Aufschließung und der Solidarität eines freien gegenseitigen Berufslebens aller Menschen weichen" (S. 278).

177 a. a. O. S. 251/3/5.

178 a. a. O. S. 277.

179 a. a. O. S. 18.

180 a. a. O.

181 a. a. O. — „In der Wissenschaft, in der Kunst, der Literatur, in der religiösen Gesittung, in den sittlichen und rechtlichen Anschauungen, selbst in der Sprache fließen doch neuerdings die Völker mit progressiver Schnelligkeit zu einer edleren und fruchtbareren Lebensgemeinschaft zusammen, und die Zeit wird kommen, wann diese internationale Kulturgemeinschaft wenigstens so vollständig gefunden sein wird, als sie jetzt schon national, d. h. für die Volksteile in der modernen Staats- und Volksgemeinschaft gefunden zu sein scheint" (a. a. O.).

In diesem Weltbild ist für die völkische Idee kein Platz. Schon 1856 hatte Schäffle die „unbewiesene Rassevoraussetzung" für das „gehässigste aller Vorurteile" erklärt[182].

Auch jetzt erwähnt er unter den störenden „Überhebungen des nationalen Sonderinteresses" besonders die „Rassenausschließlichkeit", „welche gegenwärtig in einem überspannten politischen Nationalitätsprinzip die Weltgesittung auf eine niedrigere Stufe zurückwerfen zu wollen scheint"[183].

Ebenso verfehlt aber und „lediglich der Ausdruck auch eines Sonderinteresses" sind die Forderungen der „unter dem Namen Kommunismus und Sozialismus bekannten Weltverbesserung"; denn diese mißbraucht den Vorwand der Gerechtigkeit, um dem „vermeintlichen Sonderinteresse" der arbeitenden Klasse das Interesse aller anderen und die Gesittung zu opfern[184]. Sie verstößt „wider alle Natur", die den Menschen als einzelnen geschaffen hat, und führt „zur Unfreiheit und zur Armut, zur Ausbeutung der Starken durch die Schwachen, des Kapitals durch die Arbeiter". Sie ist daher „nicht gefährlich durch ihren inneren Gehalt, sondern bloß als Losung der rohen Masse bei politischen Klassenkämpfen"[185].

Wo die Übereinstimmung der Interessen im Wirtschaftsleben fehlt, liegt das Heilmittel nicht in einer gewaltsamen Aufhebung der Klassenunterschiede durch Beseitigung des Eigentums, der Familie und des Erbrechts, „wie falsche Freunde des Proletariats wollen", sondern in der Herstellung der „natürlichen" Ordnung[186]. Das aber ist die „harmonische Ausbildung" der verschiedenen Klassen durch die wirtschaftliche Freiheit, bei der jeder die seinem Entwicklungszustand „angemessene" Stelle in der Klassenordnung einnehmen kann[187]. „Wofern Menschenwerk nicht störend eingreift", ist die „natürliche Anlage" der wirtschaftlichen Klassenordnung von selbst gesund. Man braucht sich daher „nicht zu sehr mit dem Gespenst gewaltiger zukünftiger Klassenkämpfe schrecken zu lassen"[188].

Alles dem freien Spiel der Konkurrenz zu überlassen wäre freilich „offenbar aller Wirklichkeit widersprechend". Vielmehr muß der Staat als „Organ der allgemeinen Interessen" die oft widerstrebenden Privatinteressen einem größeren Ganzen unterordnen und die „harmonische Entwicklung der gesamten Volkskraft" befördern[189]. So ist das Fehlen einer an sich lebensfähigen Industrie ein Mangel, dem durch „natürliche" Mittel, wie Verbreitung der fremden Technik, Herbeiziehung auswärtiger

---

182 D. V. S. 1856, H. 3, S. 347.

183 Nationalökonomie, S. 251.

184 a. a. O. S. 261 u. 16.

185 a. a. O. S. 261/2. — „Der Kommunismus und Sozialismus vernichtet auf jedem Punkte sich selbst, er ist absolut unausführbar" (S. 261).

186 a. a. O. S. 213.

187 a. a. O. S. 14, 211, 213.

188 a. a. O. S. 214. — „Wir glauben aber an eine Annäherung zu jener Harmonie der Klassenordnung, vermöge welcher jede Klasse im höchsten Grade der Entwicklung der anderen dient, und alle sich in humaner Weise bürgerlich achten" (a. a. O.).

189 a. a. O. S. 267 u. 270. — „Von keinem einzigen Gebiet der Volksinteressen kann die Regierungseinmischung grundsätzlich ausgeschlossen sein" (S. 270).

Arbeiter, abgeholfen werden muß. Der Schutzzoll dagegen ist als künstliches „industrielles Feudalprivileg" zu beseitigen. Ebenso ist die Festsetzung von Höchst- oder Mindestlöhnen durch den Staat ein „unnatürlicher" Eingriff in die Bestimmung des Arbeitspreises durch das jeweilige Verhältnis von Angebot und Nachfrage im freien Wettbewerb, dem die Arbeit wie jede andere Ware unterliegt. Als künstliche Hemmnisse der natürlichen Lohnbildung sind ferner Lohnverabredungen, insbesondere Streiks verwerflich. Überdies fügen sie der ganzen Volkswirtschaft großen Schaden zu, so daß förmliche Streikvereinigungen zu verbieten oder mindestens zu überwachen sind. „Eine polizeiliche Bestrafung der Arbeitseinstellung aber wäre ein Unrecht", und grundsätzlich ist auch die Koalitionsfreiheit den Arbeitern zu gewähren, da die Verbände der Unternehmer doch nicht unterdrückt werden können[190].

Ist hier der liberale Gerechtigkeitssinn Schäffles wohl mehr treibend als sozialpolitische Erwägungen, so gewinnen die letzteren dagegen beherrschenden Einfluß bei seinen positiven Forderungen für eine versittlichte Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und für körperliche, geistige und politische Hebung des vierten Standes. Jede gleichartig sich wiederholende Arbeit, bei der der Mensch „gegen seine Bestimmung zum lebenden Werkzeug wird", ist menschenunwürdig[191]. Durch eine „vernünftige" Arbeiterschutzgesetzgebung, deren Durchführung von Fabrikinspektoren nach englischem Vorbild zu überwachen wäre, müssen derartige Schattenseiten der Arbeitsteilung behoben und überhaupt alle „der höheren persönlichen Entwicklung" schädlichen Beschäftigungen, wie z. B. Kinderarbeit, verboten werden[192]. „Regelmäßige Ruhestunden" und „Beförderung leiblicher Übungen", „Darbietung geistiger Nahrung", „Entwicklung einer freieren Selbstverwaltung der Arbeiterangelegenheiten durch die Arbeiter" und „Gestattung gesetzlich freier Bewegung im öffentlichen Leben" sind für eine gesunde Leistungsfähigkeit des Arbeiters unbedingt erforderlich[193].

So sehr diese sozialpolitischen Forderungen in sich den Kern weittragender Reformideen tragen, so wenig tritt in den allgemeinen wirtschaftspolitischen Auffassungen Schäffles sein neues selbstständiges Gedankengut gegenüber den hergebrachten Anschauungen hervor. Gleichwohl zeigt die wissenschaftliche Klarheit und Sicherheit der „Nationalökonomie", daß Schäffle über die Tagesarbeit des Journalisten hinausgewachsen war. Dazu hatte ihm seine Publizistik in der Volkswirtschaftspolitik bereits einen Namen gemacht. Als Politiker war er, weithinaus über die inzwischen begonnene parlamentarische Tätigkeit in der Stuttgarter Stadtverwaltung, zu einer Persönlichkeit eigenen Charakters herangereift. Ward er schon aus diesem Grunde allmählich der „journalistischen Tagelöhnerei" überdrüssig[194], so wurde ihm die Freude am

190 a. a. O. S. 202.

191 a. a. O. S. 67.

192 a. a. O. S. 57, 67, 75.

193 a. a. O. S. 75. — „Je freier die Institutionen eines Volkes sind, je selbständiger sich jedes Individuum von Jugend auf bewegen lernt, je mehr die Volkserziehung allgemeine Sittlichkeit und Bildung verbreitet, desto besser sind die Ergebnisse der Nationalarbeit" (S. 60).

194 Aus meinem Leben I, 51.

Beruf noch besonders dadurch verleidet, daß er infolge seines Anstellungsverhältnisses im „Schwäbischen Merkur" zuweilen Meinungen Raum geben mußte, die zu den eigenen, in den Cotta'schen Blättern veröffentlichten Auffassungen häufig im Widerspruch standen. Er empfand sehr das „Drückende der geistigen Lohnarbeit", und noch in den Lebenserinnerungen klingt nach, wie diese Beschränkung seines beruflichen und persönlichen Ehrgeizes durch soziale Abhängigkeit seine Zweifel an der Richtigkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung vertiefte[195]. Dabei hatte er die Tätigkeit am Schwäbischen Merkur wohl überhaupt von Anfang an nur als Durchgangsstellung angesehen. Jedenfalls hatte sie ihre Zwecke der ökonomischen Sicherung und einer gründlichen geistigen und politischen Schulung vollauf erfüllt. Die Journalistik hatte Schäffle gegeben, was sie ihm geben konnte.

Den endgültigen Entschluß zu einem beruflichen Wechsel verursachten die außenpolitischen Enttäuschungen des Sommers 1859, zumal der Schwäbische Merkur in Abwesenheit Schäffles plötzlich umgeschwenkt war und gegen die Einmischung Deutschlands in die italienische Frage schrieb. Schäffle war aber auch ebensowenig wie früher gewillt, den Aufforderungen zur Übernahme der Hauptschriftleitung des Staatsanzeigers, des Württembergischen Regierungsorganes, nachzukommen. Übrigens zeigen diese seit 1857 immer wieder unternommenen Bemühungen, für wie zuverlässig man in den württembergischen Regierungsstellen seine dynastisch-partikularstaatliche Gesinnung hielt. Schäffle hatte mit der Begründung abgelehnt, daß er sich gegenüber den Eigentümern des Schwäbischen Merkur verpflichtet habe, im Falle seines Wegganges nicht unmittelbar an eine andere Zeitung hinüberzuwechseln[196]. Hätte sich diese Schwierigkeit etwa durch einen leichten Druck von Regierungsseite her beheben lassen, so war Schäffle wohl auch von sich aus kaum gewillt, seine politische Unabhängigkeit aufzugeben.

Die gleiche Abneigung gegen neue Bindungen dürfte ihn mit veranlaßt, haben, den Posten eines Ministerialrates, den Bruck ihm 1859 anbot, abzulehnen. Der österreichische Finanzminister war durch Schäffles Abhandlung über ein allgemeines deutsches Gewerbe- und Heimatrecht gewonnen und wollte diese Vorschläge von Österreich aus betreiben. Offiziell lehnte Schäffle ab mit der Begründung, er sei mit den Verhältnissen des österreichischen Verwaltungsrechtes zu wenig vertraut. Wenn dies auch zutraf, so zeigen seine Lebenserinnerungen doch deutlich, daß der innere Grund für seinen Entschluß ein anderer war. Schäffle strebte von ganzem Herzen nach der akademischen Laufbahn, nicht nur aus Neigung zur Wissenschaft, sondern auch, weil er hier eine freiere berufliche Stellung hatte als im höheren Verwaltungsdienst. Vor allem konnte er sich als Universitätslehrer der für ihn innerlich notwendigen publizistischen Tätigkeit ungehindert weiter widmen.

Eine günstige Möglichkeit eröffnete sich, als im Frühjahr 1860 der Lehrstuhl für Polizeiwissenschaft und Politik an der staatswirtschaftlichen Fakultät der Tübinger Universität durch Weggang des Professors

195 Aus meinem Leben I, 68.

196 Dies geht aus einer Aktennotiz des königlichen Geheimen Kabinettchefs Maucler hervor.

Helferich nach Göttingen freizuwerden versprach. Nach den Lebenserinnerungen zu urteilen, hat Schäffle seine tatsächlich erfolgende Berufung nach Tübingen auf die Empfehlung durch jenen ihm bekannten Dozenten zurückgeführt. Über die wirklichen, vor allem politischen Hintergründe des an ihn ergangenen Rufes scheint er nie etwas erfahren zu haben.

Aus den Akten des Königlichen Geheimkabinetts und des Kultusministeriums ergibt sich, daß Schäffles Berufung durch Cotta in Gang gebracht wurde. Dieser wandte sich am 22. 2. 1860 an den Geheimen Kabinettchef des Königs, Freiherr v. Maucler, mit einem Brief, der sowohl für Cottas eigene, großdeutsche und partikularstaatliche Gesinnung, wie für seine politische Hochschätzung Schäffles sehr aufschlußreich ist. Von der Frage der Wiederbesetzung des Tübinger Lehrstuhls ausgehend, schreibt er: „Neueste Erfahrungen haben gelehrt, daß, wie im allgemeinen die außerpreußischen, zumal süddeutschen Universitäten, so insbesondere die historischen und politischen Lehrstühle derselben von der bekannten, gegen das föderalistische Bundesrecht für Preußen agitierenden kleindeutschen (gothaischen) Propaganda in Beschlag genommen und für eine gegen die bestehenden historischen Verhältnisse gerichtete politische Tätigkeit mißbraucht werden. Wenn es irgend eine wirksame Maßregel gibt, jener Propaganda Einhalt zu tun, so gehört dazu die Besetzung der neu erledigten Lehrstühle mit Männern, welche, neben vollkommen wissenschaftlicher Befähigung, eine auf politischer Überzeugung fußende Loyalität und die Kraft, das Geschick und den Mut haben, ihre dem konservativen Fortschritt im Staatsleben huldigende Gesinnung auf dem Lehrstuhl, in der Presse oder sonstwie geltend zu machen, und jener Agitation entgegenzutreten."

Nachdem Cotta dann, ohne Schäffles Namen zu nennen, bemerkt, er glaube eine Persönlichkeit zu wissen, die diesen Forderungen entspreche, fährt er fort: „Zwar weiß ich nicht, inwiefern dieselbe Neinung hat, einer etwaigen Berufung zu jener Stelle zu folgen, da ich jede Besprechung mit derselben unterlassen habe. Ich persönlich würde sogar den betreffenden Mann ungern aus seiner jetzigen Tätigkeit scheiden sehen, vermöge welcher derselbe in den letzten 14 Monaten mit äußerster Hingebung und unbestechlichem kritischen Mut in meinen Organen das bestehende Recht in Deutschland gegen die Übergriffe bekannter hegemonistischer Theorien publizistisch verfochten hat . . . Ja viel lieber möchte ich diesen Mann bei meiner Allgemeinen Zeitung in Augsburg anstellen, als ihn Professor in Tübingen werden zu sehen. Allein es ist meine vaterländische Pflicht, mein Interesse in diesem Falle hintanzusetzen, damit für Württemberg als unser historisch unabhängiges Vaterland auch in Tübingen wie es sich gebührt, loyal gewirkt und gelehrt werde."

Im weiteren Verlauf des Briefes rühmt Cotta an seinem Schützling noch einmal die „aus freier Wahl geschöpfte konservative politische Überzeugung" und den „Mut in ihrer Geltendmachung". Falls noch nicht anderweitig entschieden sei, wolle er gern den Namen nennen. Cottas Absicht, den König Wilhelm zu interessieren — er deutete am Schlusse seines Schreibens an, der Brief könne gern dem König vorgelegt werden — wurde voliauf erreicht. In einer schon tags darauf von Maucler, wohl

nicht nur aus eigener Initiative nachgesuchten Unterredung teilte Cotta Schäffles Namen mit. Wie aus der Antwort Mauclers an Cotta vom 24. 2. hervorgeht, war Schäffle dem König „auch schon von anderer Seite" für den Lehrstuhl empfohlen worden, wahrscheinlich von Helferich, mit dem der König kurz zuvor eine Unterredung gehabt hatte. Jedenfalls nahm der König den Cottaschen Vorschlag auf und ließ noch am gleichen Tage dem Kultusminister Rümelin mitteilen, daß er Schäffle für die richtige Persönlichkeit halte, den Tübinger Lehrstuhl zu übernehmen. Wenn er dabei noch einmal betonen ließ, daß er Schäffle „auch besonders geeignet" für den Posten eines Redakteurs am Staatsanzeiger halte, so zeigt dies, wie sehr er Schäffles politische Einstellung schätzte, und wie richtig Cotta auf die eigenstaatlichen und immer noch eher habsburgischen als hohenzollernschen Gesinnungen des klugen Königs gerechnet hatte.

Gemäß dem königlichen Wunsche stellte das Kultusministerium sogleich das Ersuchen an die staatswirtschaftliche Fakultät und den Senat der Tübinger Universität, Vorschläge für die Neubesetzung des Lehrstuhls zu machen, während Rümelin persönlich den Rektor in vertraulicher Weise von dem Interesse des Königs an Schäffle unterichtete. Die Angelegenheit blieb dann eine Weile ruhen, da Helferich erst im Herbst Tübingen verlassen wollte. Zugleich trat eine Komplikation dadurch ein, daß ein anderer württembergischer staatswissenschaftlicher und historischer Publizist, Hermann Bischof, sich um die Tübinger Lehrstelle bewarb. Er war ein Schützling Rümelins, der ihm durch Stipendien die Beendigung des Studiums ermöglicht hatte. Ferner setzte sich der Justizminister Wächter-Spittler für ihn ein, und zwar vornehmlich wegen seiner politischen Zuverlässigkeit[197]. Auch der König hatte schon am 24. 2. Rümelin auf den Dr. Bischof als weiteren Kandidaten aufmerksam machen lassen, und am 22. 5. empfahl Maucler in königlichem Auftrag ihn nochmals als einen wissenschaftlich befähigten Württemberger, „der auch nach seinen politischen Gesinnungen würdig wäre", den Lehrstuhl zu übernehmen.

Allein die Entscheidung der wissenschaftlichen Behörden in Tübingen fiel eindeutig zu Gunsten Schäffles aus. Schon die staatswissenschaftliche Fakultät schlug ihn in erster Linie vor. Sie beantragte allerdings nur das Extraordinariat, da Schäffle „sich noch nicht als Lehrer ausgewiesen"[198], und nannte auch noch drei weitere Kandidaten, unter ihnen Bischof. Alle drei aber lehnte der Senat mit Entschiedenheit ab, da sie wissenschaftlich ungebildeter und unbedeutender seien als Schäffle, der „als Lehrer und Schriftsteller Bedeutendes zu leisten" imstande sein werde[199]. Der Senat beantragte daher auch das Ordinariat, und diesem

---

197 In einem Schreiben an Maucler v. 17. 5. 1860 rühmt Wächter-Spittler an Bischof die „vollständige Unabhängigkeit von der herrschenden, insbesondere politischen Tagesmeinung" und den „Konservativismus der Grundsätze der „vorzugsweise in unseren Tagen von entschiedenem Gewichte bei der Berufung zu einem solchen Lehramt" sei.

198 Wiedergegeben in dem Schlußbericht Rümelins an den König vom 3. 7. 1860. — In seinen Lebenserinnerungen (I, 73) erklärt Schäffle irrtümlich diesen Antrag für den des Senates.

199 Bericht an das Kultusministerium vom 28. 6. 1860. — In einer ebenso günstigen wie treffenden Charakteristik der Schäffleschen Geistesart rühmt der Senat

Antrag schloß sich Rümelin mit dem Hinweis an, daß Schäffle gerade unter finanziell sehr günstigen Bedingungen für Rostock gewonnen werden solle[200]. Noch einmal betonte der Kultusminister, das politische Verhalten Schäffles sei „nicht nur, wie der Fakultätsbericht bemerkt, ein vorwurfsfreies, sondern ein entschieden loyales und von konservativen Gesinnungen Zeugnis gebendes“[201]. Der König gab dem Antrage statt und Schäffle nahm freudig an. Als ordentlicher Professor für Polizeiwissenschaft, Politik und Enzyklopädie der Staatswissenschaften, mit dem Lehrauftrag auch für Nationalökonomie, wurde er, erstmalig für das Wintersemester 1860/1 auf den Lehrstuhl Robert v. Mohls berufen.

---

hier vor allem den „echt historischen und wissenschaftlichen Sinn“, „welcher nicht mit Idealen allenthalben reformatorisch auftritt, vielmehr das Bestehende geistig zu erfahren, in diesem selbst den Keim seiner Fortbildung zu erkennen und die hierfür tauglichen Elemente aufzufinden sucht“. — Weniger einleuchtend erscheint dagegen die Behauptung des Fakultatsberichtes, der an Schäffles Veröffentlichungen eine „von Parteitendenz freie Haltung“ hervorhebt (wiedergegeben in dem Schlußbericht Rümelins).

200 Rümelin hatte dies offenbar von dem Tübinger Universitätskanzler v. Gerber erfahren, wie ein Brief des letzteren an den Kultusminister vom 28. 6. vermuten läßt.

201 Schlußbericht vom 3. 7. 1860.

# ANHANG

## Exkurs I

Wenn man den ersten zweieinhalb Jahrzehnten von Schäffles Leben nachgehen will, so ist man allein auf seine Lebenserinnerungen angewiesen, da sonstige Aufzeichnungen von seiner Hand oder von anderer Seite herrührende Quellen nicht vorhanden sind. Erst ab 1856 ermöglichen seine zahlreichen größeren Veröffentlichungen in Zeitschriften und Büchern eine vergleichende Kritk gegenüber den Memorien. Wenig später wird mit seinem Eintritt in das Beamtenverhältnis 1860 durch die Personalakten eine weiteres Quellenmaterial greifbar.

Die Lebenserinnerungen selbst haben grundsätzlich einen verhältnismäßig guten Quellenwert. Sie zeigen allerdings zum Teil eine etwas flüchtige Schreibweise, insbesondere Unvollständigkeit bei Aufzählungen (I, 54), unrichtige Zitierungen (I, 64), Datierungsfehler (I, 65), usw. Diese unbedeutenderen Mängel sind aber wohl in erster Linie auf eine ungenaue oder überhaupt fehlende Erinnerung des fast 70jährigen Verfassers zurückzuführen. Auch hängen sie vielleicht damit zusammen, daß die Memorien erst nach Schäffles Tode und daher ohne seine Kontrolle gedruckt wurden.

Schwerwiegender ist, daß die Erinnerungen viele offene oder versteckte Angriffe und Verteidigungen enthalten. Sie sind in wesentlichen Punkten eine polemisierende Rechtfertigungsschrift. Nach Schäffles eigenen Worten wurden sie nicht nur für die Familie verfaßt, um ihr sein „richtiges und vollständiges Lebensbild zu sichern", sondern waren durchaus auch für die Öffentlichkeit bestimmt. (I, Vorw. S. XI). Gleichwohl halten sie im allgemeinen einer kritischen Prüfung, soweit diese für die späteren Lebensjahre möglich ist, gut stand. Wo dies nicht zutrifft, ist der Grund jedenfalls nicht in einer absichtlichen Entstellung der Wahrheit zu suchen. Denn Schäffle hat in seinem ganzen Leben aus seinen Anschauungen nie ein Hehl gemacht. Seine Ehrlichkeit ist auch von den Gegnern nicht in Zweifel gezogen worden. Oncken, der im 1. Bande seiner historisch-politischen Aufsätze und Reden (München 1914, S. 147 ff.) zu einem sehr negativen Urteil über den Politiker Schäffle kommt, nennt zwar die Lebenserinnerungen „eine streitbare Selbstbiographie, . . . mit ständiger, manchmal advokatorischer Deckung gegen die Kritik versehen", stellt aber ihren prinzipiellen Wahrheits- und Ehrlichkeitsgehalt mit keinem Wort in Frage (a. a. O. S. 147). Im übrigen sind natürlich alle quellenkritischen Grundsätze für die Beurteilung von

Memoiren auch auf Schäffles Lebensbericht anzuwenden. Dies gilt vor allem für sein ständiges Bemühen, das jeweilige Verhalten möglichst stichhaltig zu begründen, wobei dann leicht spätere Gesichtspunkte bei früheren Auffassungen und Entschlüssen berücksichtigt werden. Im einzelnen ist auf diese Frage im Verlaufe der Arbeit überall da eingegangen, wo die gewonnenen Ergebnisse von der Darstellung der Erinnerungen abweichen.

So wird man denn auch für die ersten Lebensjahre Schäffles seine Memoiren im wesentlichen als eine verläßliche Grundlage ansehen dürfen, in gewisser Hinsicht sogar mehr als für die späteren Ereignisse. Denn seine Schilderung ist gerade für diese Jugendzeit naturgemäß weniger streitbar als für die Mannesjahre der politischen und wissenschaftlichen Lebenskämpfe. Damit entfällt auch weitgehend die Möglichkeit einer unbewußten Entstellung.

## Exkurs II.

Othmar Spann kennzeichnet in seinem Gedenkaufsatz „Albert Schäffle als Soziolgoe" (Tüb. Zeitschr. f. d. ges. Stw., Bd. 60, S. 209 folgende) die Beziehung zu Hegel wohl etwas zu sehr als das Verhältnis einer unmittelbaren Abhängigkeit (insbes. S. 212/14 und 223). Angesichts der Darstellung in Schäffles Lebenserinnerungen wird seine Verbundenheit mit Hegel doch grundsätzlich nur als eine durch Umgebung und Zeitgeist vermittelte Befruchtung anzusehen sein. Das gilt für die Soziologie Schäffles, der Spanns Aufsatz in erster Linie gewidmet ist, nicht anders, als für seine sonstige geistige und politische Haltung. Freilich sieht Spann (S. 214) in dem von Hegel übernommenen Geistesgut nicht „selbständig aufbauende Elemente" für Schäffles soziologische Leistung, sondern nur „Milieu". Diese Auffassung ist aber wiederum allzu zurückhaltend für das durch den Hegelianismus vermittelte Geschichts- und Zeitbild Schäffles; denn hier war er in seinen Grundlagen der Hegelschen Betrachtungsweise verpflichtet.

## Exkurs III

Oncken, der bei seinem Aufsatz nur die Lebenserinnerungen benutzt hat, kommt naturgemäß zu dem Ergebnis, die Schäffle'schen Pläne als die Frucht eines „fundamentalen Irrtums" anzusehen (S. 150). Diese Auffassung trifft zwar für die Ausführungen in den Memoiren zu, aber für die historische Wirklichkeit fällt sie in sich zusammen. Das gilt auch für den weiteren Vorwurf Onckens, Schäffle sei bei seiner theoretisch richtigen Behandlung von Bedürfnissen eine Verkennung von Machtfragen" unterlaufen (a. a. O.). Aus den Lebenserinnerungen gewinnt man in der Tat diesen Eindruck; aber die maßgebenderen Quellen, Schäffles Veröffentlichungen aus der Zeit seines Kampfes, zeigen, daß ihm der Gegensatz seiner wirtschaftspolitischen Ideen zu der preußischen eigenstaatlichen Machtpolitik sehr genau bewußt war.

Das Gleiche gilt für einige sehr viel spätere Veröffentlichungen Schäffles. So schreibt er in den Grundsätzen der Steuerpolitik (1880, S. 4)

ganz im Gegensatz zu der Darstellung der Memoiren: „Man kann auf die Dauer „engere" Zoll- und Handelsgemeinschaft ohne engere staatsrechtliche (nicht bloß völkerrechtliche) Gemeinschaft, bzw. Verschmelzung und Angliederung nicht pflegen." Ebenda erinnert er an „das großdeutsch-föderative Ziel, welches von 1853—1865 dem Streben nach der deutsch-österreichischen Zoll- und Handelseinigung zugrunde gelegen hatte", und betont, daß mit dem Ausscheiden Österreichs aus dem staatsrechtlichen Verhältnis zu Deutschland die Auflösung jeder engeren handelspolitischen Beziehung die „unausbleibliche Folge" war. Entsprechend erklärt er für die Lage von 1880, daß nunmehr durch die politischen Verhältnisse eine echte Zollunion zwischen Deutschland und Österreich ausgeschlossen und höchstens eine völkerrechtliche Annährung der handelspolitischen Interessen durch einen Tarifvertrag möglich sei (a. a. O. S. 654). Lediglich in den Deutschen Kern- und Zeitfragen (1894, I, S. 295) berührt er noch einmal den Gedanken eines wirklichen Zollverbandes zwischen Deutschland und Österreich, aber auch hier nur als eine unsichere und entfernte Möglichkeit späterer Zeiten.

Freilich bleibt die Frage übrig, wie Schäffle eigentlich zu der Darstellung in seinen Lebenserinnerungen gekommen ist. Der Grund dürfte sein, daß um 1900, als er seine Memoiren verfaßte, die preußisch-kleindeutsche Auffassung im Reiche vorherrschte, vor allem soweit die Beurteilung der Jahre 1848—71 in Betracht kam. Da mag Schäffle sich gedrängt gefühlt haben, in seiner Biographie, die ja durchaus als Rechtfertigungsschrift anzusehen ist (vgl. Exkurs I), eine Begründung für seine frühere Politik zu geben, die diese gegenüber dem österreichisch-preußischen Streit gewissermaßen neutralisieren und für die preußische Anschauung unangreifbar machen sollte. Wie weit seine Darstellung vielleicht auch darauf beruht, daß er unbewußt spätere Auffassungen über die Notwendigkeit einer Zollunion auf seine früheren Anschauungen zurückbezogen hat, darüber vgl. Exkurs I.

## LEBENSLAUF

Am 14. März 1915 wurde ich in Bremen als Sohn des Dipl. Ing. Rud. Blaum und seiner Ehefrau Marie Luise, geb. Haynel geboren. Von Ostern 1921 bis Ostern 1933 besuchte ich in Bremen die Volksschule und das Alte Gymnasium. Danach widmete ich mich auf den Universitäten Heidelberg und München historischen, juristischen und volkswirtschaftlichen Studien. Vom Sommer 1935 an war ich auf der Universität Hamburg und betrieb auch hier neben juristischer Arbeit historische und kunsthistorische Studien. Am 16. November 1936 bestand ich vor dem Hansischen Oberlandesgericht das erste juristische Staatsexamen, und am 29. April 1937 promovierte ich an der Hansischen Universität als Doktor der Rechte. Im Wintersemester 1937/38 setzte ich an der Hansischen Universität das historische und kunsthistorische Studium fort. Seit dem Sommer 1938 habe ich mich dann auf der Universität Berlin der gleichen Arbeit gewidmet.

Ich habe u. a. bei folgenden Dozenten Vorlesungen gehört, bzw. Seminare mitgemacht: *Hampe, Andreas, K. A. v. Müller, A. O. Meyer, Zechlin, Schüz, Rohden, Elze, Rörig, Schüßler.*

Insbesondere verdanke ich den drei zuletzt genannten Herren die mannigfaltigsten und fruchtbarsten Anregungen für eine vertiefte und erweiterte historische Anschauung. Herrn Prof. Schüßler verdanke ich die Anregung zu der vorliegenden Arbeit. Er hat mir jederzeit in der entgegenkommendsten Weise zur Seite gestanden. Dank seiner freundlichen Führung und Förderung konnten die immer wieder auftauchenden Schwierigkeiten in der Abgrenzung und Gestaltung des behandelten Fragenbereiches überwunden werden.

Dr. iur. Rudolf Georg Blaum